

**IV [Dezember]/2010**

# Tarantel 51

Zeitschrift der Ökologischen Plattform

**DIE LINKE.**



**Sprecherrat ÖPF  
Wachstumsthesen**

**ÖPF Nordrhein-Westfalen  
Ökologie im Programm entworfen**

**Gilbert Siegler  
100000 in Berlin. Es hat er stangefangen!**

## Editorial

Liebe LeserInnen,

„Wutbürger“ ist das „Wort des Jahres 2010“. Ob diese Wahl überzeugend war, ist umstritten. Ausgedrückt soll damit jedenfalls werden, dass die Protestkultur zugenommen hat. Dabei ist interessant festzustellen, dass es bei den beiden Themen, die die Menschen am meisten mobilisiert haben, um Umweltfragen ging: Atomtransporte und Stuttgart 21. Zu beiden haben wir auch jeweils einen Artikel in dieser Ausgabe (S. 19, 27). Andererseits ist es sehr erstaunlich, dass die Wut in anderen Politikfeldern schon der Resignation gewichen ist: Zur Finanzkrise, zum Sozialabbau gab es keine Massenproteste in Deutschland. Und auch die Klimakonferenz in Cancún ist von der breiten Öffentlichkeit fast unbeachtet geblieben.

Das Ergebnis dieser Konferenz kann nur überzeugen, wenn man von den überaus niedrigen Erwartungen ausgeht, die zu Beginn an diese Konferenz geknüpft worden waren, und nicht davon, was notwendig gewesen wäre. Ob das Konferenzpapier überhaupt anerkannt werden kann, ist unklar. Bolivien hat bis zum Schluss seinen Widerspruch angemeldet, so dass das Papier nicht, wie eigentlich laut UNO-Vorgaben notwendig, einstimmig verabschiedet worden ist. Bolivien wird gegen dieses Vorgehen wohl Klage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag einlegen. Wie dieser Prozess dann ausgehen wird, ist völlig offen. Eventuell wird man am Ende wie nach der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 kein gültiges Abschlussdokument haben. Die Klimakonferenzen wären dann endgültig scheitert.

Doch selbst wenn das Abschlussdokument als gültig anerkannt werden sollte, kann dies kaum Hoffnung ausdrücken. Immer noch heißt es lediglich, dass die globale Erwärmung „sehr wahrscheinlich“ auf die zunehmende, menschengemachte Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre zurückzuführen ist. Konkrete Emissionsziele bis 2050 sollen aber erst auf der nächsten Klimakonferenz Ende 2011 im südafrikanischen Durban festgelegt werden. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass sich die Staaten dort auf scharfe Ziele einigen werden. Und selbst wenn: 2050 ist noch so weit entfernt, dass man die notwendigen Maßnahmen in die –jedenfalls aus politischer Perspektive– fern Zukunft verschieben kann. Notwendig wären klare und kurzfristig überprüfbare Zielwerte, doch diese sind extrem schwammig formuliert und enthalten zu viele Schlupflöcher. Das Ergebnis von Cancún würde die Erderwärmung nicht unter 2 Grad Celsius halten, sondern wir steuern auf die 4-Grad-Celsius-Marke zu. Ein Beispiel für das Vorgehen, weiche Festlegungen für die nahe und angeblich harte Beschlüsse für die fernere Zukunft zu fassen, ist der „Green Climate Fund“. Ab dem Jahr 2020 sollen jährlich 100 Milliarden Dollar in diesen Fun

fließen. Dass die Industriestaaten schon in Kopenhagen vereinbar hatten, bis 2012 kurzfristig als Soforthilfe 30 Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen, ist auch in Cancún nur „zur Kenntnis“ genommen worden.

Immer deutlicher wird, dass das Wirtschaftssystem so nicht bleiben kann, wenn wir die Klimakatastrophe noch verhindern wollen. Mit der Wachstumsfrage beschäftigen sich gleich zwei Artikel in dieser Ausgabe (S. 13 ff.). Wer aufmerksam liest, dem wird es deutlich werden, dass es auch in der Ökologischen Plattform zum Wachstum noch in Nuancen abweichende Positionen gibt. - Im nächsten Jahr stehen wieder viele Wahlen an, in denen DIE LINKE den ökologischen Aspekt verstärkt betonen muss, um akzeptable Ergebnisse zu erreichen. Dazu muss sie es auch in ihrem Parteiprogramm noch deutlicher machen. Dass es hier noch Verbesserungsbedarf gibt, wird in den beiden abgedruckten Artikeln zu diesem Thema sichtbar (S. 1 ff.). Positiv ist, dass die Ökologische Plattform in dem Bestreben, den ökologischen Teil des Programmtextes deutlich zu überarbeiten, breite Unterstützung erhält. So ist im Protokoll des Parteivorstandes vom 11. und 12. Dezember nachzulesen: „Insbesondere bedarf der Programmtext einer Bearbeitung zu den Themen sozial-ökologischer Umbau, Feminismus und digitale Welt.“ Die für den 15. Januar vorgesehene Sitzung der gemeinsamen Programmgruppe zwischen ÖPF und BAG Umwelt, Energie, Verkehr wird uns sicherlich sowohl in der Formulierung der ökologischen Positionen für das Parteiprogramm im Allgemeinen als auch in der Abstimmung zur Wachstumsfrage im Besonderen weiter voranbringen.

DIE LINKE muss auch noch stärker Teil der Umweltbewegung werden, auch wenn man das Erreichte nicht geringschätzen sollte. Beim Kampf gegen Kohlekraftwerke, Atomtransporte und Stuttgart 21 ist DIE LINKE vorne mit dabei. Doch damit es so bleibt und noch stärker wird, braucht DIE LINKE den Druck der Basis. Das ist die Aufgabe der Ökologischen Plattform, aber auch der Ökologen außerhalb der Plattform.

So freuen wir uns, dass die Homepage [www.nachhaltig-links.de](http://www.nachhaltig-links.de) online gegangen ist, die von Abgeordneten der Bundestagsfraktion der LINKEN getragen wird. Hier finden sich viele wichtige Informationen, und auch Diskussionen sind möglich. Auch die Homepage der Ökologischen Plattform [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de) wird in Kürze ein anderes Gesicht erhalten. Hierzu soll dann auch ein Forum gehören. Damit wir uns immer stärker vernetzen und es nicht bei der Wut bleibt, sondern der Fokus auf konkrete Anstrengungen zur Änderung der realen Politik gelegt werden kann.

Die Redaktion

## INEIGENERSACHE

### Einladung zur Tagung „Nachhaltige Schrumpfung der Wirtschaft bei einem sozial-ökologischen Umbau der Eigentumsverhältnisse und Produktivkräfte“ am 12.03.2011

**Zeit:**

Samstag, 12.03.2011, 10.30-17.00 Uhr

**Ort:**

Rosa-Luxemburg-Saal im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

**Ablauf:**

Referate von 45 min Dauer und anschließende Diskussion

1. Kapitalismus führt zur Selbsterstörung  
Referentin: Dr. Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag
2. Die Aufgaben der Ingenieure und Forscher müssen neu gestellt werden  
Referent: Prof. Dr. Dr. Götz Brandt, Mitglied im Sprecherrat der Ökologischen Plattform
3. Der optimale Eigentumsmix und die Grenzen der Planwirtschaft in einer neuen Wirtschaftsordnung  
Referent: Prof. Dr. Klaus Steinitz, AG Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand

**Anmeldung:**

E-Mail: oekoplattform@die-linke.de

Post: Ökologische Plattform,  
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Wir bitten um eine Tagungsgebühr von 5 € auf der Konferenz, um die Versorgung zu sichern.

### Sitzung des Koordinierungsrats der Ökologischen Plattform am 11.12.2010

Zeit: 10.30–12.45/13.15–15.30 Uhr

Ort: Berlin, Karl-Liebknecht-Haus, Konferenzraum 3

Es nahmen 12 Mitglieder des Koordinierungsrats teil.

Nach der Beratung des Arbeitsplans für 2011 wurde der Programmkonvent in Hannover ausgewertet und das weitere Vorgehen bezüglich der Diskussion zu Änderungsvorschlägen zum Entwurf des neuen Parteiprogramms und zur Übergabe an die Arbeitsgruppe im Parteivorstand abgestimmt. Eine Ergänzung zu den bisher vorliegenden Änderungsvorschlägen des Sprecherrats wurde verabschiedet.

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten Festlegungen zum Internetauftritt der Ökologischen Plattform: Die Webseite soll noch im Januar 2011 neu strukturiert und in einem neuen Gewand gestaltet vorliegen.

### Beschluss des Koordinierungsrats zu einer Ergänzung der Änderungsvorschläge des Sprecherrats zur Programmdiskussion

Auf der Grundlage des von Götz Brandt vorgelegten Antrags wurde beschlossen, den Vorschlag einzureichen, den Abschnitt „Die Zentralität der ökologischen Frage“ durch folgende einleitende Sätze zu erweitern:

„Die ökologische Frage ist für uns ein Teil der Systemfrage und an die Lösung der Eigentums- und Machtfrage gebunden. Die ökologische Frage kann letztendlich nur durch die Lösung der Eigentums- und Machtfrage beantwortet werden.“

### Arbeitsplan (Schwerpunkte)

- Bundestreffen der Plattform – 21./22.05.2011 in Nordhessen
- Sitzungen des Koordinierungsrats – 13.03., 20.05., 27.08., 26.11.
- Konferenz zum Thema „Wirtschaftsschrumpfung“ – 12.03.2011 in Berlin
- Konferenz gemeinsam mit der AG Friedenspolitik Hamburg zum Thema „Militär zerstört Umwelt“ – Herbst 2011 in Hamburg
- Fortführung der Beratungen in der Programmgruppe mit BAG Umwelt, Energie und Verkehr und BTF zur Vorbereitung ökologisch relevanter Ergänzungs- und Änderungsvorschläge für das Parteiprogramm – Januar 2011
- Infostände zur Liebknecht-Luxemburg-Demonstration (09.01.2011) und zum Umweltfestival (04.06.2011)
- Fortsetzung der Broschürenreihe „Beiträge zur Umweltpolitik“ mit der Dokumentation zur Konferenz zum Thema „Wirtschaftsschrumpfung“ und zum Problembereich „Militär und Umwelt“

## PROGRAMMDISKUSSION

### Ökologie im Programmentwurf

#### Ökologische Plattform Nordrhein-Westfalen

Schon von verschiedenen Seiten ist immer wieder betont worden, dass es sich beim Programmentwurf um eine gute Grundlage handelt. Dem kann sich auch die Ökologische Plattform NRW anschließen, wobei wir gleichzeitig betonen, dass Erweiterungen und Verbesserungen möglich und nötig sind.

## Ausmaß des Programms

Als erstes ein Wort zur Länge des Programmentwurfs. Dieser fällt mit 25 Seiten weit hinter dem zurück, was man von anderen Parteiprogrammen gewohnt ist: Das Parteiprogramm der Grünen („Die Zukunft ist grün.“) von 2002 umfasst 190 Seiten, die CDU hat mit „Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland“ 2007 123 Seiten aufgesetzt, das ebenfalls 2007 beschlossene „Hamburger Programm“ der SPD bringt es auf 79 Seiten. Nur die FDP legt mit ihren 1997 verabschiedeten „Wiesbadener Grundsätzen“ in Bezug auf die Seitenzahl in der Nähe des Programmentwurfs der Linken.

Doch nicht nur im Vergleich mit anderen Parteien fällt diese Beschränkung auf, sondern auch innerhalb der LINKEN. Selbst die stets als unfertig beschriebenen „Programmatischen Eckpunkte“ sind mit 32 Seiten deutlich länger als der derzeitige Programmentwurf.

Natürlich kann dem entgegengehalten werden, dass es auf die Qualität und nicht auf die Quantität ankommt. Das ist zweifellos richtig. Klar ist aber auch, dass bei dieser unnötigen Kürze vieles nicht oder unzureichend angesprochen werden kann. Im Bereich der Ökologie fehlen z.B. völlig Aussagen zu wichtigen Themen wie Biodiversität, Gewässerschutz, Emissionsschutz, Bodenschutz, Müll, Gentechnik, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei ländlicher Raum, Verbraucherschutz und Umweltbildung. Andere Themen können nur äußerst knapp aufgenommen werden. So werden die Themen Natur- und Tierschutz nur einmal behandelt, nämlich mit dem Satz: *„Der Naturschutz muss verstärkt und der Tierschutz konsequent durchgesetzt werden.“* Das ist zwar richtig, aber auch ohne jegliche Aussagekraft.

Das Umweltkapitel muss also nicht nur inhaltlich überarbeitet, sondern auch deutlich verlängert werden. Angesichts des obigen Vergleichs mit anderen Dokumenten sollte eine entsprechende Erweiterung auch nicht problematisiert werden. Natürlich können und sollten auch andere politische Themengebiete deutlich mehr Platz im Programmentwurf erhalten, nur ist dies nicht Bestandteil dieses Textes.

## Ökologie außerhalb des Umweltteils

Es dürfte weitgehend unumstritten sein, dass die Ökologie das Programm wie ein roter Faden durchziehen sollte. Unumstritten auch deshalb, weil dies schon weitgehend der Fall ist. Doch auch dieses kann noch weiter verbessert werden.

### 1. Kriege

Wer Kriege führt und die soziale Spaltung vorantreibt, der beutet auch die natürlichen Lebensgrundlagen aus. Alle drei menschen- und lebensfeindlichen Ziele entstammen der gleichen geistigen Haltung. Krieg, Zerrüttung der sozialen Strukturen und Armut, Zerstörung der Umwelt und landwirtschaftli-

cher Flächen treten zumeist gemeinsam auf. Zwar heißtes gleich in der Präambel:

*„Wir finden uns nicht ab mit einer Welt, in der ein hundert Konzerne über die Lebensperspektive von Milliarden Menschen entscheiden und brutale Ausbeutung, Kriege um Rohstoff- und Absatzmärkte und Imperialismus ganze Länder von Hoffnung und Zukunft abschnitten.“*

Doch sollte auch in Abschnitt IV.4. noch einmal deutlich herausgearbeitet werden, dass Kämpfe um Erdöl, Erdgas, Kohle, Uran, Rohstoffe und Trinkwasser wesentliche Kriegsgründe darstellen.

### 2. Soziales

Unsere Kompetenz muss die Verbindung von Sozial- und Umweltpolitik sein. Hier können wir uns auch von den Grünen absetzen, die mit ihrem „Green New Deal“ der Illusion eines Ökoliberalismus aufsitzen. Arme verfügen nicht über die Mittel, sich Gesundheits- und Umweltbelastungen zu entziehen. Z.B. bleibt Subsistenz-Bauern bei Vergiftung oder Zerstörung ihrer Felder durch Bergbau nur Gegenwehr und/oder Flucht. Auch in kapitalistisch entwickelten Ländern leiden Einkommensschwache sehr viel stärker unter Naturentzug, weil sie sich z.B. nur billige Wohnungen an viel befahrenen Straßen oder nur billige Lebensmittel leisten können, d.h. im Kapitalismus ist ökologische Lebensweise oft Wohlhabendenvorbehalten.

In diesem Zusammenhang müssen wir auch auf die – zumindest in den Industrieländern – notwendige Veränderung des Lebensstils eingehen und, dass die ungehemmte Konsumideologie des Fordschen Kapitalismus nicht länger durchzuhalten ist. Natürlich ist dabei zu betonen, dass dabei die Lebensqualität in lebenswerten Städten und auf dem Land statt des kapitalistischen Konsums im Mittelpunkt stehen sollte.

### 3. Wachstum

Ist ein qualitatives Wachstum zumindest in der mittleren Frist aus sozialen Gründen notwendig, oder ist dieses zumindest für die Industrieländer aus ökonomischer Sicht abzulehnen?

Die Wachstumsbefürworter argumentieren, dass auch die Ökologen die Produktion in einigen Wirtschaftsbereichen ausweiten wollen (z.B. erneuerbare Energien). Da sich Wachstum als die Erhöhung des Wertes der Güter und Dienstleistungen in einer Volkswirtschaft in der Regel innerhalb eines Jahres (Bruttosozialprodukt) bemisst, ist Wachstum nicht zwingend mit einer Erhöhung des Natur- und Rohstoffverbrauchs verbunden. Dies war zwar in den letzten Jahrzehnten so gut wie immer der Fall (auch wenn manchmal die Erhöhung des Bruttosozialprodukts höher als der Anstieg des Rohstoffverbrauchs war), muss es aber nicht zwingend sein. Außerdem wollen wir ja auch die Menschen mitnehmen. Wenn wir Aussagen ins Programm nehmen, die einen großen Teil unserer Wähler verschrecken, haben wir damit nichts gewonnen.

Die Wachstumskritiker weisen darauf hin, dass die Industrieländer heute schon von drei Erdkugeln leben. Der Rohstoffverbrauch muss um einen Faktor 10 verringert werden. Wenn gleichzeitig noch mehr Güter produziert werden, muss die Rohstoffproduktivität noch höher ausfallen, um dieses Ziel zu erreichen.

Mit dem Begriff „nachhaltige Entwicklung“ kann dieser Konflikt gelöst werden. Bei einer Entwicklung kann es sich auch um Wirtschaftswachstum handeln, muss es sich aber nicht. Denn so richtiges ist, dass die Wachstumskritiker die Produktion in einigen Wirtschaftsbereichen ausweiten wollen, so fordern auch selbst die Wachstumsbefürworter die Drosselung oder gar Einstellung der Produktion in anderen Wirtschaftszweigen (z.B. der Rüstungsindustrie). Oder die Erhöhung in dem einen Fall höher oder niedriger ausfällt als die Verringerung in dem anderen Fall, nicht ausgemacht.

Wichtig wäre zu betonen, dass es uns in keinem Fall um ein Wachstum um jeden Preis geht (auch nicht in Bereichen wie den erneuerbaren Energien, die wir befürworten), sondern stets um ein besseres Leben für alle Menschen. Sind hier für mehr Windkraftwerke erforderlich, so unterstützen wir diese Planungen. Könnte dieses Ziel alleine über den Weg Energieeinsparung erreicht werden, so könnten wir auf mehr Windkraftwerke auch verzichten.

#### 4. Finanzpolitik

Zu unserer Vorstellung eines gerechten Steuersystems heißt es in der Präambel: *„für ein gerechtes Steuersystem, das Gering- und Mittelverdiener entlastet, Spitzenverdiener stärker belastet und große Vermögen, Erbschaften, Kapitalerträge und Konzerngewinne deutlich stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens und zum sozial-ökologischen Umbau heranzieht. Wir wollen Einkommen und Vermögen von oben nach unten umverteilen und die Finanzierung der öffentlichen Leistungen sicherstellen und verbessern.“*

Dies ist richtig, aber auch der Preis des Umweltverbrauchs muss erhöht werden. Dies ohne, dass dies zu einer stärkeren Belastung des einkommensschwachen Teils der Bevölkerung führt. Dies lässt sich unter dem Stichwort „Ökologische Steuerreform“ zusammenfassen, die wir als Teil unseres Programms aufnehmen sollten.

#### 5. Eigentum

Zu diesem Thema ist schon von anderen umfangreich diskutiert worden. Von unserer Seite soll hier nur erwähnt werden, dass auch wir der Ansicht sind, dass nur der dezentrale sozial-ökologische Umbau im Verbund einer dezentralen Verteilung des Eigentums an den Produktionsmitteln in kommunale Hand und die Hände selbst bestimmter Bürger, die über ihre Initiativen und Mitspracherechte die sozial-ökologischen Ziele vorantreiben, die Kehrtwende hin zu einer nachhaltigen Gesellschaftsform ohne Krieg,

ohne soziale Spaltung und ohne Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen erreichen kann. Stadtwerke können einen wertvollen Beitrag zum Umbau leisten, weil die erneuerbaren Energie- und Rohstoffquellen verteilt sind. Dies soll aber mit einer Verteilung des Eigentums an diesen Stadtwerken und damit an den Produktionsmitteln in kommunale Hand sowie in Hand der Bürger vor Ort geschehen, damit diese die Einhaltung ihrer Interessen sowie des Ziels des sozial-ökologischen Umbaus achten.

#### Ökologie im Umweltteil

Dass dieser deutlich ausgeweitet werden muss, weil wichtige Umweltbereiche fehlen oder viel zu unzureichend behandelt worden sind, ist oben schon erwähnt worden. Daher soll hier vor allem auf textliche Verbesserungen eingegangen werden.

So sollte – zur gegenseitigen Verzahnung von Ökologie und Frieden – im Umweltteil erwähnt werden, dass bei Umsetzung von 100% lokaler erneuerbarer Energie sowie der Rohstoff-Kreislaufwirtschaft, die sich aufgrund des Kampfes um fossile Energie und Rohstoffe ergebenden Kriegsgründe, die Umweltzerstörungen, Gesundheitsbelastungen, die Ausbeutung der Arbeitnehmer in den Entwicklungsländern und deren Unterdrückung entfallen. Denn die Ausbeutung von Flora, Fauna und geologischer Depots an Kohle, Erdöl, Erdgas und Uran sowie Rohstoffen wird oft weg der mit ihnen einhergehenden Zerstörungen, Vergiftungen und Landvertreibungen durch staatliche oder bürgerkriegsähnliche Repression, d.h. Krieg auf niedriger Schwelle, gestützt. Die Arbeitsverhältnisse sind dabei in wenig kapitalistisch entwickelten Ländern oft menschenunwürdig. Gewinnung und Verbrennung fossiler Energieträger belasten das Klima mit CO<sub>2</sub> und die Gesundheit mit Schwermetallen, Radioaktivität und giftigen Rauchgasen.

Im Abschnitt „Die Zentralität der ökologischen Frage“ heißt es: *„Die Öl-, Kohle- und Gasreserven sind jedoch begrenzt. Der Höhepunkt der Förderung wird in absehbarer Zeit erreicht sein.“*

Diese Aussage ist mindestens umstritten, wenn nicht falsch. Die leicht zugänglichen geologischen Depots von Erdöl, Erdgas und Kohle wurden zuerst ausgebeutet, nun werden die schwer zugänglichen bzw. minderwertigen erschlossen. Dies wird den Preis für fossile Energien nach oben treiben. Hinzu kommt, dass es erstens auch Lagerstätten gibt, wo es gegenwärtig ein Förderungsverbot gibt (z.B. Antarktis). Dies muss aber nicht so bleiben. Zweitens gibt es noch große Reserven im Bereich Ölsand und -schiefer, die allerdings einen noch höheren CO<sub>2</sub>-Wert haben als Rohöl. Die wahre Grenze zieht also die Klimabelastung.

In der Zwischenzeit werden die erneuerbaren Energien immer günstiger. Sobald sich beide Angebotspreise treffen, wird der Energiepreis gedeckt sein. Wir sollten dafür sorgen, dass dies möglichst schnell passiert, also die erneuerbaren Energien fördern. Gleichzeitig sollten wir uns nicht der Illusion hin



Viele Transparente mit originellen Sprüchen waren auf der Anti-Atom-Demonstration in Gorleben am 06.11.2011 zu sehen.

ben, dass die Energiekonzerne in absehbarer Zeit allein aufgrund des Mangels an fossiler Energie von sich aus in die richtige Richtung gehen werden. Diese Klimagrenze sollte dann auch im Programm erwähnt werden. So heißt es im gleichen Abschnitt: „Um den Anstieg der Temperaturen auf der Erde zu begrenzen, muss der Verbrauch fossiler Energien radikal eingeschränkt werden.“ Üblich ist davon auszugehen, dass die globalen Durchschnittstemperaturen bis 2050 im Vergleich zu 1990 nicht um mehr als 2 Grad Celsius steigen dürfen. Erst mit dieser Erwähnung macht dieser Satz Sinn. Denn sollte die Temperaturerhöhung beispielsweise maximal auf 5 Grad Celsius beschränkt werden, bräuchte man den Verbrauch fossiler Energien nicht einzuschränken. Natürlich haben die Autoren des Programmentwurfs an diesen 2-°C-Wert gedacht, so dass die Erwähnung nur der Klarstellung dient. Dies macht aber deutlich, dass insgesamt mehr überprüfbare Grenzen bzw. Ziele und somit klare Aussagen in den Programmentwurf gehören. Ein weiteres Beispiel für eine solche Grenze wäre z.B. das Ausmaß des Flächenverbrauchs.

In der Energiefrage sprechen wir uns nicht nur für einen sofortigen Ausstieg aus der Atomindustrie, was im Programm Erwähnung findet, sondern auch für einen mittelfristigen Verzicht auf die Kohleverbrennung aus. Hierzu heißt es im Programmentwurf im Abschnitt „Energiewende“: „Mittelfristig muss der gesamte Energiebedarf aus regenerativen Quellen gedeckt werden.“

Hier ist unklar, wie dies genau gemeint ist. Erstens, weil jeder unter „mittelfristig“ etwas anderes verstehen kann. Zweitens, weil aufgrund dieser Forderung Kohle genauso lang eingesetzt werden könnte wie Öl und Gas. Üblicherweise wird aber gefordert, dass der Ausstieg aus der Kohleverbrennung vor dem Verzicht auf Erdgas geschehen sollte. Dies sollte dann auch deutlich gemacht werden.

Auch muss im Programm deutlich werden, dass „clean coal storage“ (CCS) für uns ebenso wenig ei-

ne Alternative darstellt wie DESERTEC\*. Wichtiger aber noch als Energieeinsparung oder der Einsatz erneuerbarer Energien ist die Energievermeidung.

Im Verkehrsbereich gilt Ähnliches: Auch hier sollten die Forderungen nach einer Verkehrsvermeidung zumindest erwähnt werden. Auf den Neubau von Autobahnen sollte verzichtet werden, Höchstgeschwindigkeiten sind entweder einzuführen (Autobahnen) oder zu reduzieren. Der Satz: „Der Flugverkehr ist einzuschränken, vor allem im innerdeutschen und innereuropäischen Verkehr.“ sollte näher ausgeführt werden (Flughafenbau, Nachtflüge, Kerosinbesteuerung etc.). Hier

sollten wir uns für eine schnellere, europäische Bahn aussprechen. (Nebenbei: wozu Stuttgart 21 natürlich nicht nötig ist.) Insgesamt muss deutlich werden, dass wir Verkehr als Sicherung der Mobilität und nicht als Ausdruck persönlicher Freiheit verstehen. Konkret: Wenn Personenschnell, sicher, günstig und ökologisch mit öffentlichem Verkehr zu ihrem Ziel gelangen, ist dies eher in unserem Sinne, als wenn jeder seine eigenes Auto hierfür benutzte.

## Fazit

Trotz aller Vorzüge des Programmentwurfs sollte deutlich geworden sein, dass dieserauch aus ökologischer Sicht noch Verbesserungspotenzial aufweist. Noch einmal soll erwähnt werden, dass auch in diesem Paper das Fehlen der Themen wie Biodiversität, Gewässerschutz, Emissionsschutz, Bodenschutz, Natur- und Tierschutz, Müll, Flächenverbrauch, Gentechnik, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, ländlicher Raum, Verbraucherschutz und Umweltbildung erwähnt, aber nicht weiter ausgeführt worden ist. Wie unsere Forderungen in diesen Bereichen auszusehen haben und wie diese Themengebiete ins Programm eingebunden werden können, muss an anderer Stelle behandelt werden. Auch gibt es mehr Themengebiete außerhalb des klassischen Ökologiebereichs, in denen Umweltaspekte berücksichtigt werden sollten, als sie hier behandelt worden sind. Ein weiteres Beispiel wäre hier der Wohnungsbau (mit Verbindung zu Energieeinsparung und -vermeidung sowie Flächenverbrauch).

\* Anmerkung d. Red.: Siehe Artikel zum Wüstenstromprojekt in Tarantel Nr. 50.

## Zum Programmentwurf der LINKEN. Ein Diskussionsbeitrag der „Initiative Ökosozialismus“

Bruno Kern

Dieser kleine Beitrag erhebt nicht den Anspruch einer erschöpfenden Auseinandersetzung mit dem Programmentwurf. Was hierbeizuwürdigen wäre, ist unter anderem das Festhalten an einer konsequenten sozialen Umverteilungspolitik und die recht konkreten Vorschläge zur Vergesellschaftung bzw. gesellschaftlichen Kontrolle der Bereiche öffentliche Daseinsvorsorge inklusive des Energie- und Bankensektors. Auffallend sind die Rückschritte in der Friedenspolitik (vor allem die Einschränkung des Verbots von Rüstungsexporten auf „Krisengebiete“, was nichts anderes als die Festschreibung des Status quo bedeutet). Kein Wunder, ist diese doch der entscheidende Stolperstein auf dem Weg zur Regierungsfähigkeit. Im Folgenden beschränken wir uns lediglich auf das, was unmittelbar ökologisch relevant ist.

### 1. Grenzendes Wachstums? Fehlanzeige!

„Wir brauchen reguliertes, selektives Wachstum auf der Basis von erneuerbaren Energien.“ (Präambel) Die Formeln „selektives“ bzw. „qualitatives“ Wachstum sind ein semantischer Betrug, solange man sie nicht konkretisiert und genauer sagt, was wachsen soll und was nicht, solange man suggeriert, dass es ein ressourcenneutrales Wachstum gibt, und solange man nicht gleichzeitig dazusagt, dass die Ökonomie im Sinne des BIP in nächster Zeit insgesamt erheblich schrumpfen wird und schrumpfen muss! Wir haben es mit einer zweifachen Grenze des Wachstums zutun. Die erste ist durch die kapitalistische Verwertungslogik selbst bedingt. Die innere Widersprüchlichkeit des Kapitalismus untergräbt desseneigene Basis: Der Zwang zur Kapitalakkumulation aufgrund des Konkurrenzdrucks – nunmehr auf weltweiter Stufenleiter – löst einen Produktivitätswettbewerb aus, der gleichzeitig die eigene Verwertungsbasis vernichtet. Jede neue Runde des Konkurrenzprozesses bedeutet eine Kapitalvernichtung im großen Stil, damit aber auch eine Vernichtung der Kaufkraft und der Verwertung des Kapitals. Die Finanzkrise ist letztlich nichts anderes als die vorläufige Substitution der zerstörten Kaufkraft. Die zweite Grenze ist geologisch und ökologisch bedingt und stellt eine absolute Grenze dar: einerseits durch die immer knapper werdenden nicht erneuerbaren Ressourcen, allen voran natürlich die fossile Energieträger, aber auch bestimmte Erze, seltene Metalle wie Lithium etc. Andererseits durch die notwendige Einschränkung des Verbrauchs an fossiler Energie wegen der Klimakatastrophe. Eine Entkopplung von Wachstum des BIP und Ressourcenverbrauch ist nur in einem eher bescheidenen Um-

fang möglich. Deshalb sind Projekte wie etwa ein Green New Deal etc. von vornherein illusorisch. Zu bedenken sind dabei auch die Rebound- und Backfire-Effekte, die Grenzen der Effizienzsteigerung, das grundsätzlich beschränkte Potenzial erneuerbarer Energien etc.

In Deutschland werden zurzeit 16% des Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugt. Strom stellt aber nur 20% unseres Gesamtenergieverbrauchs dar! Das Transportwesen, energieintensive Fertigungen und Verfahren wie etwa die Herstellung von Zement, Aluminium, Stahl, chemischen Produkten wie etwa Kunstdünger sind dabei gar nicht berücksichtigt. Auch erneuerbare Energien sind nicht CO<sub>2</sub>-neutral, sie setzen die Produktion und zyklische Erneuerung von Anlagen und Infrastruktur voraus, die derzeit nur auf der Basis fossiler Energie möglich sind. Die Energiedichte der Erneuerbaren ist wesentlich geringer als die der fossilen Energieträger. Bei ehrlicher Bilanzierung der erforderlichen Vorleistungen ist der EROEI (energy return on energy invested, das Verhältnis von gewonnener zur zuvor investierten Energie also) oftmals sehr gering, wenn nichts sogar negativ. Es gibt erhebliche Speicherprobleme. Ein theoretisch vorhandenes Potenzial steht oftmals im Widerspruch zu anderen wichtigen Bedürfnissen (Landverbrauch z.B.). Die relativen Erfolge und der rasche Ausbau erneuerbarer Energien im letzten Jahrzehnt dürfen nicht dazu verleiten, diesen Trend einfach linear fortzuschreiben und daraus eine Erreichung des 100%-Ziels (wohlgemerkt ohne nur für den Strom!) bis 2050 abzuleiten. Zu Beginn wurden natürlich die besten Standorte bereits genutzt, das Potenzial nimmt also immer stärker ab, je mehr bereits erschlossen wurde. Der derzeitige Ausbau war nur möglich durch Nutzung fossiler Energien, die un- in immer geringerem Maß zur Verfügung stehen. Fazit: Selbst bei konsequentem Ausbau erneuerbarer Energien und einer Ausschöpfung der Effizienzpotenziale (sie werden allerdings weltweit! bis zum Ende dieses Jahrhunderts auf etwa 250 bis maximal 330% eingeschätzt) haben wir in den kommenden Jahrzehnten wesentlich weniger Nettoenergie zur Verfügung. Für das Wirtschaftswachstum im Sinne des BIP bedeutet das eine rasche Abnahme der Wachstumsraten mit Erreichen des Peak Oil und in der Folge eine permanente Depression. (Zur detaillierteren Begründung vgl. Bruno Kern, „Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar“, zu finden auf der Homepage: [www.oekosozialismus.net](http://www.oekosozialismus.net).)

\* Anmerkung d. Red.: In der Ökonomie bedeutet ein Reboundeffekt (eng. für Abprall, Rückprall), einen Effekt, durch den das Einsparpotenzial von Effizienzmaßnahmen teilweise oder völlig reduziert; der Begriff Backfire (eng. für Zurückfeuern) wird verwendet, wenn es sogar zu einem erhöhten Verbrauch, d.h. zu einem Reboundeffekt von über 100% kommt.

## 2. Fortsetzung des Wachstumswahns mit anderen Mitteln: Der Keynesianismus als eine der Säulen der Politik der LINKEN

„Wir brauchen einen Richtungswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie muss für ein sozial und ökologisch gesteuertes selektives Wachstum sorgen und eine neue Vollbeschäftigung anstreben. Dazu muss die inländische Nachfrage durch eine Umverteilung zugunsten kleiner und mittlerer Einkommen und eine Ausweitung öffentlicher Leistung gestärkt werden.“

DIE LINKE fordert große öffentliche Zukunfts- und Investitionsprogramme in Bildung, in soziale, ökologische und Verkehrsinfrastruktur. Dies schafft Nachfrage und Beschäftigung in privaten Unternehmen ebenso wie im öffentlichen Dienst.

„Zugleich verschärfte die Abkopplung der Löhne von der Entwicklung der Produktivität und sinkende Sozialeinkommen das Problem industrieller Überkapazitäten und entmutigen reale Investitionen ... Drei Jahrzehnte des Wachstums sind nicht nur in Deutschland, sondern weltweit an vielen Menschen vorbeigegangen.“ (Finanzblase und soziale Spaltung)

„Wir wollen regelmäßige Lohnzuwächse, die mindestens den Produktivitätszuwachs und die Preissteigerungen ausgleichen.“

Hier wird der Keynesianismus, ohne als solcher benannt zu werden, als einer der „Grundsäulen“ der Politik der LINKEN (Oskar Lafontaine) etabliert. Über die Tragfähigkeit keynesianistischer Konzepte unter den heutigen Bedingungen, über die Grenzen nationaler Steuerung und die Möglichkeit eines globalen Keynesianismus etc. wäre viel zu diskutieren. Ich beschränke mich hier lediglich auf einen, für mich allerdings den entscheidenden Aspekt: *Der Keynesianismus kennt keine Grenzen des Wachstums.*

Wir können Keynes selbst seine kurze Sicht der Dinge verzeihen. Aber die Ökologie-Blindheit der heutigen Keynesianer ist unverzeihlich. Sie fordern für den Umweltschutz eine Erhöhung der staatlichen Geldausgaben, die gleichzeitig das Wirtschaftswachstum fördern soll, also unweigerlich zu mehr Ressourcen- und Umweltverbrauch führt – es sei denn, man geht von der Annahme aus, dass zusätzliche Einkommen ausschließlich in so immaterielle Dinge wie Museumsbesuche und Seelenmessen investiert würden. Während Keynes solche Ausgaben aus den Ersparnissen der Gesellschaft finanzieren würde, wollen die heutigen Keynesianer zu dem Zweck in aller Welt Geldleihen und sogar die Geldmenge durch die Willkür der Zentralbank erhöhen lassen. Verschuldung ist aber nichts anderes als antizipiertes Wachstum. Von Grenzen des Wachstums scheinen die Keynesianer überhaupt nichts gehört zu haben. Der Keynesianismus – einerlei, ob als nationaler oder globaler – bleibt ein Programm für die Fortsetzung des Wachstumswahns in schon industrialisierten Ländern. Er schlägt nur eine andere Strategie dafür vor. Nehmen wir zum Beispiel das „Memorandum 2005“ der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Auf das Argument der Neoliberalen,

den, die in öffentlicher Verschuldung einen ungedeckten Wechsel zu Lasten künftiger Generationen sehen, erwidert die Gruppe:

„... öffentliche Defizite ... gehen nicht zu Lasten künftiger Generationen: Diese erben mit den Schulden auch die Ansprüche auf Zinsen und Rückzahlung – und sie erben überdies eine durch staatliche Investitionen gestärkte Grundlage wirtschaftlicher Entwicklung.“ (Memorandum 2005, 7).

Die gesamte Diskussion über die Energie- und Ressourcenproblematik scheinen die Keynesianer verschlafen zu haben. Die künftigen Generationen werden leere Ölquellen, unrentabel gewordene Kohlenbergwerke, erodierte Böden, verfallende Häuser und, kurz gesagt, eine verwüstete Biosphäre erben, wenn der Wachstumswahn so weitergeht. Und da noch keine erneuerbaren, umweltfreundlichen, preiswerten und üppigen Energiequellen in Sicht sind, steht uns eine Renaissance der Atomenergie bevor. Da werden die künftigen Generationen auch Berge von atomarem Müll und Ruinen von Atomkraftwerken erben.

Peter Bofinger, der derzeit wohl prominenteste Keynesianer unter den deutschen Ökonomen, ignoriert diese Fragen zumindest nicht völlig. Aber in seinem Buch „Wir sind besser als wir glauben. Wohlstand für alle“ widmet er dem Thema nur zwei Seiten. Nachdem er seine Vision einer Verdoppelung des Wohlstands durch ein 35 Jahre lang anhaltendes Wachstum dargelegt hat, stellt er sich eherlicher Weise die folgenden Fragen:

„Vielen Menschen fällt es schwer, sich eine solche Entwicklung vorzustellen. Haben wir nicht schon jetzt einen sehr hohen Lebensstandard? Woher sollen denn die zusätzlichen Güter kommen, die zu einer solchen Verdoppelung des Lebensstandards führen würden? Wie wirkt sich ein anhaltendes Wirtschaftswachstum auf die Umwelt aus?“ (Bofinger 2005, 259)

So ehrlich seine Fragen sind, so enttäuschend oberflächlich sind seine Antworten: „Wachstumsskeptiker sind häufig Menschen mit einem relativ guten Einkommen ... Will man ... die Lage der Menschen mit geringen Einkommen verbessern, ohne dabei das Geld von den Wohlhabenden zu nehmen“, bleibt nur die Lösung des Wirtschaftswachstums.“ Und darum sollte man seiner Ansicht nach die wunderbaren „Effekte des exponentiellen Wachstums nicht unterschätzen“. Bofinger hat offensichtlich keine Ahnung von den Problemen mit der Ressourcenbasis industrieller Wirtschaft, den ökologischen Effekten des exponentiellen Wachstums und von der Problematik der erneuerbaren Ressourcen, obwohl die ganze Menschheit schon seit 1972 über diese Fragen diskutiert. Und wieso darf das Geld nicht von den Wohlhabenden genommen werden? Die LINKE könnte gerade auf der Grundlage dieser Erkenntnis ihre Argumentation für eine soziale Umverteilung zu spitzen: Gerade weil uns der Weg eines weiteren Wirtschaftswachstums nicht mehr offen steht, müssen wir umso nachdrücklicher auf einer radikalen Umverteilung des vorhandenen Reichtums bestehen!



Was wird aus dem Ziel „Wohlstand für alle“, das nach Bofinger die höchste Priorität haben soll, wenn unsere Lebensgrundlagen schwinden? Welcher Wohlstand wird auf den Ruinen unserer Industriegesellschaft noch möglich sein? „Mad Max“ lässt grüßen...

Auf die Frage, ob so viel Wachstum überhaupt technisch möglich ist, antwortet Bofinger einfach herablassend: „Wachstumsskeptiker sind manchmal auch Menschen mit geringer Phantasie.“ Mit dieser Aussage gibt er zu, dass er sich mit seinem Fortschrittsoptimismus, mit seinem Setzen auf Forschung und Innovation, im Reich der Phantasie bewegt! Eine reale Basis haben diese Glaubensannahmen nicht. Und was die Auswirkungen des Wirtschaftswachstums auf die Umwelt betrifft, dreht er den Kausalzusammenhang um: „Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat gezeigt, dass die meisten Gesellschaften in dem Maße umweltbewusster geworden sind, in dem sich auch ihr materieller Wohlstand erhöht hat.“ Also je mehr Wohlstand, desto mehr Umweltbewusstsein. Fragt sich nur: Was kann man mit so einem Umweltbewusstsein anfangen, wenn der materielle Wohlstand selbst die Hauptursache der Umweltzerstörung ist? (Alle Zitate aus Bofinger 2005, 259f.)

Zum Stichwort „Produktivitätssteigerungen“ sollte man neben seinen Erfahrungen aus der Tarifkommission ruhig auch ein wenig marxistische Analyse bemühen:

Um Kapital zu akkumulieren, müssen Kapitalisten (Individuen, Staaten oder Konzerne) einen Teil des Mehrwerts in die Produktionsmittel und die Arbeitskraft investieren, die für ein potenziell profitables Geschäft Verwendung finden. Wenn das Verhältnis von Kapital und Arbeitskraft (das physische oder technische Verhältnis zwischen Produktionsmittel und Arbeitskraft) konstant ist, dann darf die Kapitalakkumulation nicht schneller vonstatten gehen als das Wachstum der verfügbaren Arbeitskraft innerhalb der Bevölkerung. Andernfalls würde die Kapitalakkumulation bald zur Erschöpfung der Reservearmee an Arbeitskräften führen, die die Profitrate somit verringern und in die Krise führen. Um sich von den Beschränkungen der verfügbaren Arbeitskraft zu befreien und die Reservearmee an Arbeitskraft wiederherzustellen, ist es notwendig, dass sich das Verhältnis von Kapital und Arbeit zugunsten des Kapitals verschiebt. Dieser erfordert es, Arbeitskraft durch Maschinen und andere Produktionsmittel zu ersetzen. „Als Maschinerie erhält das Arbeitsmittel eine materielle Existenzweise, welche Ersetzung der Menschenkraft durch Naturkräfte ... bedingt.“ (MEW 23, 407) Mit wachsender Verhältnisverschiebung von Arbeitskraft hin zu Kapital tendiert auch der Verbrauch von Energie und anderen materiellen Ressourcen schneller zu wachsen als die Bevölkerung.

Ferner: Mit der Ausweitung der kapitalistischen Produktion muss auch der Konsum der Bevölkerung entsprechend steigen, damit der Mehrwert realisiert werden kann (das heißt damit dem tatsächlichen Angebot eine entsprechende tatsächliche Nachfrage gegenübersteht). Da Konsumgüter immer an-

spruchsvoller werden und Ausdruck der neuesten Technologien sind, wird der Konsum immer „kapitalintensiver“ und bedingt einen wachsenden Bedarf an Energie und anderen materiellen Rohstoffen. Es sollte also bedacht werden: Die Steigerung der Arbeitsproduktivität in den Nachkriegsjahrzehnten war nur aufgrund der fossilen Energiebasis möglich, die billig und scheinbar unbegrenzt zur Verfügung stand. Das wird in naher Zukunft nicht mehr so sein. Damit sind aber auch alle Politikvorschläge neu zu hinterfragen, deren Ausgangspunkt weitere Produktivitätssteigerungen sind.

### 3. Konkrete Aussagen zur Ökologiepolitik

„Das 21. Jahrhundert muss ein Jahrhundert der Verteilungsgerechtigkeit, der nachhaltigen Entwicklung und eines qualitativen und selektiven, die Umwelt schonenden Wachstums werden.“ (Wie erhalten wir Natur und Gesellschaft?)

„Eine ökologisch nachhaltige Entwicklung steht im Widerspruch zur kapitalistischen Wachstumslogik.“ (Die Zentralität der ökologischen Frage) Der zentrale Widerspruch kommt in den beiden Zitaten bereits zum Ausdruck. An dem kann man sich nicht vorbeimogeln.

Darüber hinaus enthält dieser Programmteil nichts direkt „Falsches“, erleidet er aber andernfalls, was ernsthaft sagt bzw. nicht akzentuiert genug sagt, und er verharmlöst und entdramatisiert. Nach der Lektüre dieses Programmteils gewinnt man den Eindruck, es geht nicht um unsere Lebensgrundlagen insgesamt, sondern um die Rentenformel o.ä. Der energiepolitische Dreiklang Erneuerbare – Effizienzsteigerung – Suffizienz, der inzwischen Allgemeingut geworden ist, wird hier benannt, doch nicht in den richtigen Proportionen! Die klaren Grenzen des Potenzials erneuerbarer Energien und die Grenzen von Effizienzsteigerungen werden nicht aufgezeigt. Es wird der Eindruck der alleinigen technischen Lösbarkeit erweckt, so dass eigentlich die Erwähnung eines anderen Lebensstils (in einem Halbsatz!) wie ein Fremdkörper wirkt: Warum eigentlich sollten wir unseren Lebensstil ändern müssen, wenn der „Umbau“ technisch möglich ist? Hier müsste konkreter gesprochen werden, ansonsten ist das unverbindliche Lyrik. Der Ausdruck (sozial-ökologischer) „Umbau“ bedeutet implizit, dass die Industriegesellschaft als solche nicht in Frage gestellt wird!

Als Fazit bleibt: Ökologiepolitik kann nicht nachträglich in einen Programmtext hineinformuliert werden, der insgesamt von einer teilweise sehr naiv anmutenden Wachstumseuphorie geprägt ist. Das kommt insbesondere in den historischen Ausführungen zum Ausdruck, in denen am Nachkriegswohlstandsmodell lediglich moniert wird, dass Teile der Bevölkerung davon ausgeschlossen waren. Es wird überhaupt nicht hinterfragt, welchen sozialen (auf Weltebene) und ökologischen Preis dieses Modell hatte. Linke Politik auf der Höhe des heutigen Problemstandes muss den Kampf um unsere Lebensgrundlagen (und zwar weltweit unter der Maß-

gabe internationaler Gerechtigkeit) zum bestimmen Vorzeichen der gesamten Programmatik machen. Nur so wird vermieden, dass Politikvorschläge in Bezug auf Ökologie nicht unterlaufen und konterkariert werden durch einen ökonomischen Ansatz, der an weiterem Wachstum festhält. Der Anspruch einer sozialistischen und nicht lediglich sozialdemokratischen Politik könnte aber gerade so an Glaubwürdigkeit gewinnen, weil die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen weltweit die Überwindung des kapitalistischen Systems zur Bedingung hat. Dies möglichst konkret durchzubuchstabieren wäre die Aufgabe der antikapitalistischen Kräfte im Zuge der Programmdebatte. Den lediglich technisch orientierten Scheinlösungen eines grün angestrichenen Kapitalismus mit anderen Mitteln könnte ein alternativer Gesellschaftsentwurf mit Überzeugungskraft entgegengesetzt werden. Nutzen wird diese Chance!

Initiative Ökosozialismus: [www.oekosozialismus.net](http://www.oekosozialismus.net)

## GRUNDSATZFRAGEN UND PERSPEKTIVEN

### Was soll das eigentlich heißen: „Natur“?

#### Friedrich W. Sixel

Als ich vor einiger Zeit in einen Kreis von Leuten kam, die sich durchaus ernsthaft mit sogenannten „Umweltproblemen“ befassten, konnte ich nicht umhin, ein paar Fragen in die Diskussion zu werfen, vor allem als von „Naturzerstörung“ die Rede war. Ich erbat Aufklärung darüber, was das denn sei: „Naturzerstörung“? Ob der Mensch dazu überhaupt in der Lage wäre? Würde er sich nicht längst vor Vollerfüllung solch eines Zerstörungswerks selbst den Garaus gemacht haben? Unwille war die überwiegende Reaktion auf meine Fragen. Einer der Teilnehmer an der Diskussion erklärte mir, dass ein Blumenbeet ja doch wohl „zerstört“ sei, wenn man Beton darüber gösse. Abgesehen von dem Hinweis, dass ein Blumenbeet nicht die ganze Natur sei, habe ich mir auch die Frage versagt, welche Art von Stoff denn Beton sei? Etwas ein „unnatürlicher“ oder gar ein „übernatürlicher“? Jedenfalls begegnen uns viele Betonbauten in den wunderbarsten Formen, sprechen direkt zu unseren Sinnen, also zu der Natur, die wir selbst sind, und zerstören dabei nichts und niemanden. So einfach ist das also nicht mit der Natur und der Beziehung zwischen ihr und uns; zwischen ihr und, sagen wir, Beton.

Ich verließ diese Diskussion einigermassen beunruhigt. Immerhin fand sie in einem Kreis von Leuten statt, die „von Marx herkamen“. Aber offensichtlich hatten sie es nicht weiter entwickelt. Es war

ihnen offenbar zu „reiner“, längstabgestandener Philosophie geronnen. Ohne jedoch den Geist (besser: Ungeist) unserer Zeit aus der heute herrschenden Praxis kritisch und damit lebendig zu erfassen, wird das großartige, aber jetzt historisch gewordene geistige Produkt des Marxschen Materialismus nicht nur missverstanden, vielmehr vergibt sich derjenige, der diesen Fehler macht, auch der Möglichkeit, die jetzige Praxis von innen heraus „aufhebend“ zu verändern.

Nun sei eingeräumt, dass sich Karl Marx mit Fragen zur Natur vornehmlich in seinen philosophischen Schriften auseinandergesetzt hat<sup>1</sup> und auch dort nicht in einer Weise, wie wir das heute müssen. Wie konnte er auch? Für die Wirtschaftsform seiner Zeit, also für den traditionellen Industriekapitalismus, waren Naturkräfte gratis; sie kosteten nichts. Nur ihre Sicherstellung, ihr Transport und die Wegschaffung verbrauchter Stoffe als Abfall verursachten Kosten. Lediglich insofern musste sie damals bei einer Kritik der Politischen Ökonomie in Rechnung gestellt werden. Daran hat sich im Globalkapitalismus nichts geändert. Neu ist an ihm jedoch, dass er auf die Zerstörung der Natur abzielt, die uns zum Leben erforderlich ist. Das rapide Anwachsen von Ressourcenausschlachtung und von Abfall sind die Ursachen dieser immer ernster werdenden Gefahr. Die Aufwendungen zum Eindämmen dieser Gefahr wachsen phänomenal und veranlassen die Kapitaleigner immer mehr dazu, diese Kosten zu externalisieren. Und das bleibt in ihrer Sicht kein anderer Ausweg, als sie in zunehmendem Maße dem Steuerzahler, also den Bankenpleiten der letzten Jahre werden exorbitante Profite egofokal hereingeholt, während Bankrotte von der Allgemeinheit getragen werden müssen. Dies ist einer der vielen, indes offensichtlichen Widersprüche des Globalkapitalismus, die der kritischen Analyse bedürften, was aber über den Rahmen eines kurzen Aufsatzes hinausgeht. Da indes das Grundübel des Globalkapitalismus darin liegt, die Natur für uns unbehausbar zu machen, heißt das, dass wir vor allem zu erkennen haben, was unserem praktischen Umgang mit der Natur heute zugrunde liegt. Wer dieser Frage nachgeht, wird einerseits zu einem zeitgemäßen Begriff von Ausbeutung gelangen. Dieser Begriff entwickelt das Marxsche Verständnis von Ausbeutung jedoch nur weiter. Andererseits wird beim Durchleuchten unseres Umgangs mit der Natur ein Begriff von Naturans Licht kommen, der, statt sich dem üblichen Gerede von „Umwelt“-Problemen anzuschließen, uns Klarheit darüber verschafft, dass wir und wie wir den Haushalt der Natur für uns, nicht für „die Natur“, zum Problem machen. Es geht also um Ökologie, nicht um „Umwelt“. Letzterer Begriff suggeriert uns fälschlicherweise, dass die Natur nur „da draußen“ existiere. Statt dass es gilt es endlich zu begreifen: Wir sind sie.

<sup>1</sup> Zum Naturbegriff von Karl Marx siehe Schmied-Kowarik, Wolf Dietrich: „Das dialektische Verhältnis des Menschen zur Natur“, Freiburg, München, 1984.

Es ist hier überflüssig, Klarheit darüber zu suchen, dass wir der allumfassenden Natur in so vielen ihrer Erscheinungsformen Schaden zufügen. Darüber ist massenhaft geschrieben und geredet worden, wengleich so häufig unter dem hier als falsch charakterisierten Vorzeichen „Umwelt“. Hier geht es um den Klärungsversuch der Frage, wie wir den Haushalt der Natur für uns zum Problem machen. Was sind die Bedingungen dieses essuizidalen Geschäfts? Halten wir mit Blick auf diese Frage zunächst einmal fest, dass wir seitlichen Jahren vor allem in Bezug auf die hoch industrialisierten Länder oft von Konsumismus reden. Darunter verstehen wir die zum Prinzip gewordene Vorstellung, dass der Konsum immer weiter zu wachsen hat. Niemandem sagt man etwas Neues, wenn man bemerkt, dass damit auch die Produktion immer weiter ansteigen muss. Der dadurch zunehmende Rohstoffverbrauch und das Anwachsen des Abfalls werden auch gesehen. Immerhingegen sie dann Besorgten hinreichenden Grund, Mahnungen und Maßnahmen in dieser Hinsicht vorzuschlagen. Des ungeachtet herrscht seit der jüngsten Finanzkrise und dem damit einsetzenden Schrumpfen des Wirtschaftsvolumens aber auch Einigkeit darüber, dass das Wirtschaftswachstum wieder angekurbelt werden muss. Dieser Glaube verbindet nicht nur Kapitaleigner und Lohnabhängige, Produzenten und Konsumenten, sondern auch Kulturschaffende in Erziehung, Religion, Kunst etc. Zweifeln an ihm gibt es praktisch nicht. Dieser Glaube ist so stark, dass er alte Klassentrennungen verdeckt; er „eint“ uns. Nur in einem vollen Augenblick freizeitleichen Tiefsinns wird daran gedacht, dass schon vor vielen Jahren vom „Ende des Wachstums“ die Rede war, und dass schon damals mit Recht. Wenn also gegen den Konsumismus und damit gegen das Wirtschaftswachstum weder moralisierendes Anmahnen tradierter Werte („Bescheidenheit“) noch rationale Argumente („Ressourcenknappheit“, „Klimawandel“) etwas ausrichten können, dann muss er Teil eines anscheinend unerschütterlichen Gesellschaftssystems sein. Dem entspricht, dass viele Theoretiker dieses System für alternativlos halten, ja in ihm das „Ende der Geschichte“ sehen.<sup>2</sup> Worin besteht dieser Glaube? Worauf gründet er sich? Zur Beantwortung dieser Fragen scheint es angebracht, sich daran zu erinnern, dass der „alte“ Kapitalismus, den Marx einst kritisch analysiert hat, im heutigen Globalkapitalismus fortlebt. Nicht nur hat sich die „alte“ Ausbeutung am Arbeitsplatz verschlimmert<sup>3</sup>, es sind auch andere Formen der Ausbeutung hinzugekommen. Sie erleidet man z.B. dann, wenn man sein Ersparnis der Bank anvertraut, sich beim Einkauf selbst bedienen muss, statt öf-

licher Verkehrsmittel das so viel teurere Auto zu nehmen hat, um „in“ zu sein, sich der Magersucht hingibt oder sich für Millionengewinn zum Leistungssport zwingt. Diese wenigen Beispiele deuten darauf hin, dass die „Globalisierung“ des Kapitalismus nicht nur geografisch zu verstehen ist, sondern auch in dem Sinne, dass das dem Kapital schon immer essenzielle Verwertungsdenken jetzt in alle menschlichen Beziehungen eingedrungen ist. Ohne diesen Entwicklungsprozess<sup>4</sup> hier nachzeichnen zu können, hat dies dazu geführt, dass das Begreifen, Erkennen und Denken jedweder Objekte vom Instrumentalismus<sup>5</sup> dominiert werden, also von einer jede Alternative ausschließenden Konzeptualisierung von Objekten als Mittel. Da erreichte Zwecke im Nu wieder als Mittel begriffen, erkannt und gedacht werden, ist das Perpetuum Mobile des Erreichens von Nur-noch-Mitteln in Gang gesetzt. Es ist nicht nur weiterhin essenzielles Interesse des Kapitals, auf Wachstum abzielen, sondern es steht ganz allgemein nur derjenige auf der Höhe der Zeit, der allem und jedem mit der Frage gegenübertritt, „was steckt für mich da drin“, „was kann ich damit anfangen“. Es ist nahezu überflüssig darauf hinzuweisen, dass es der herrschende Wettkampf eines jeden gegen jeden ist, der einerseits das Aufwerfen von Fragen dieser Art unvermeidlich macht und der andererseits nützliche und trotzdem flexible Bündnisse nicht ausschließt. Alles, und das heißt die Natur in allen ihren Erscheinungen, sei es die Natur „draußen“, sei dies eine „unberührt“ oder vom Menschen überformt, sei es die im Mitmenschen oder die in einem selbst, alles ist lediglich Mittel zu einer Befriedigung, von der von vorne herein klar ist, dass sie, zum Mittel geronnen, nicht vorhält und dass sie nicht „satt macht“. Diese Praxis bestimmt heute unser Wissen von der Natur aller Dinge; das ist Natur für uns. Es bleibe dahingestellt, ob Marx bereits diese Art von Wissen im Auge hatte, als er schon vor 1860 davon schrieb<sup>6</sup>, dass das Wissen sich in Zukunft vom Produktionsmittel zur Produktionskraft wandeln würde. Klar war ihm jedoch, dass das Wissen in der für ihn nahen Zukunft nicht mehr bloß in der Produktion angewandt werden würde (wie Physik beim Herstellen von Eisenbahnschienen), sondern dass es die Produktion (durch Betriebs- und Volkswirtschaftslehre oder heute auch durch Systemtheorie) strukturieren würde. Wie so viele andere Gedanken hat Marx auch diesen nicht ausführen können<sup>7</sup>; außerdem bestand für ihn dazu auch noch kein Anlass. Aber es darf gewiss angenommen werden, dass er

<sup>2</sup> Fukuyama, Francis: „The End of History and the Last Man“, Glencoe, 1992.

<sup>3</sup> In einem Aluminium-Presswerk, in dem ich Mitte der 50er Jahre Werkstudent war, musste eine Presse von fünf Arbeitern bedient werden. Schon in den 80er Jahren bediente ein Betrieb ein Arbeiter mehr als zehn Pressen. Der Lohn dieses Arbeiters war erheblich höher als der seiner Kollegen 30 Jahre vorher, aber bei Weitem nicht um das Fünzigfache. Er wurde also in einem Vielfachen mehr ausgebeutet als seine Vorgänger.

<sup>4</sup> Siehe hierzu die Zusammenfassung in Sixel, Friedrich W.: „Die Natur in unserer Kultur“, Würzburg, 2003, S. 41 ff. und die dort auf S. 344 ff. angegebene Literatur.

<sup>5</sup> Zum Instrumentalismus siehe u.a. Adams, Richard N.: „The Eighth Day“, Austin, 1984; Habermas, Jürgen & Luhmann, Niklas: „Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie“, Frankfurt (Main), 1971; siehe auch die Diskussion des Instrumentalismus in: Sixel, F.W., op.cit. S. 115 ff.

<sup>6</sup> Siehe Marx, Karl: „Grundrisse“, Frankfurt (Main) o.J. (verfasst 1857/58), z.B. S. 587, 594.

<sup>7</sup> Siehe hierzu Brandt, Götz: „Die Naturfrage bei Karl Marx“, in: „Tarantel“ Nr. 45, 2010, S. 6ff.

dem heutigen Entwicklungsstand im Zuge von Denkergebnissen nachgegangen wäre, die aus seinen frühen Auseinandersetzungen mit Hegel und auch Feuerbach stammen. Indem er den Idealisten Hegel durch gründliche Kritik „vom Kopf auf die Füße“ stellte und den Materialismus von Feuerbach zu Ende dachte, gewann Marx die Einsicht, dass nicht dem Geist, sondern der Natur das Primat in allem Seienden zukommt. Das Gemeinsame oder, wie Marx sagte, das „Übergreifende“ zwischen Natur und Mensch war demnach die Natur, nicht der Geist. Geist wurde von ihm erkannt als „das andere“ in der menschlichen Natur. „Geist-an-sich“, also Geist ohne sich in der menschlichen Natur zu äußern, ward damit in Horizonte verbannt, in denen der Mensch nichts verloren und nichts zu suchen hat. Das menschliche Erkennen und Wissen und deren Ergebnisse entwickeln sich für Marx genauso wie alle anderen menschlichen Tätigkeiten und Produkte aus der Auseinandersetzung zwischen Natur (These) und dem Menschen, der „anderen Natur“ (Antithese) <sup>8</sup>.

Von da aus lässt sich, hier aber nur ganz grobskizziert, die materialistische Dialektik von Karl Marx durchaus weiterdenken. Beim Versuch eines solchen Weiterdenkens gehen wir von Ergebnissen der heutigen Neurobiologie und -philosophie aus. Diese können hier selbstverständlich nur zusammengefasst ins Spiel gebracht werden. <sup>9</sup>

Der Mensch ist mit der Natur nicht nur, wie offensichtlich, durch Atmen, Essen, Geschlechtsverkehr, Körperausscheidungen etc. aufs engste verbunden, sondern auch durch seine Denk- und Wissensfähigkeit. Jede dieser Beziehungen des Menschen zur Natur hat ihren materiell-konkreten Aspekt, und zwar nicht nur hinsichtlich des Bereichs der ihm äußeren Natur, sondern auch hinsichtlich des Bereichs der Natur, die ihn selbst ausmacht. Das höchst kompliziert geordnete Zünden der Neuronen eröffnet dem Menschen zudem einen Bezug zur Welt, der weit über das In-der-Natur-sein anderer Lebewesen hinaus geht. Neuronal gesteuert kann er nicht nur seinen Hunger stillen, sondern auch seinen Wissensdurst. Das heißt nicht, dass die in ihm neuronal gesteuerten Bezüge zur Welt alle in sein Bewusstsein vordringen, aber es bleibt Grundlage allen Wissens und Erkennens, dass dem Menschen materiell-konkrete Gegenstände auch materiell-konkret erscheinen und sie materiell-konkret (neuronal) verarbeitet; kurz: dass sie wahrnimmt. Ohne dass ihm Signale erreichen, so weiß auch die Kommunikationsforschung seit langem, könnte er diese nicht zu Symbolen, also zu verstandenen Signalen, erheben. Auch „geistig“ steht der Mensch also ganz und gar in dieser Welt. Muss es da nicht als seltsam angesehen werden, dass es von den allermeisten Men-

schen akzeptiert wird, dass wir mit unseren oft als „bloß körperlich“ bezeichneten Bedürfnissen der Natur zugerechnet werden, nicht aber mit unserer Geistigkeit? Wird aber gerade durch eine solche Einengung unsere Geistigkeit nicht zu einem Fremdartigen in dieser Welt? Da halten wir es doch eher mit Marx, der den Geist als „das andere“ der Natur erfasste, aber eben als Natur.

Es nimmt nicht Wunder, dass da, wo das „Übergreifende“ der Natur nicht auch in der Natur des Geistes erlebt wird, die Menschen vereinzelt und sich gegenseitig fremd bleiben. Es fehlt das materiell-konkrete Band - früher hieß das „Solidarität“, das die Menschen in ihrer durch Geistigkeit gewonnenen Individualität zusammenhält <sup>10</sup>. Dann aber wird der Kampf aller gegen alle gelebte Praxis, und es wird zum ideologischen Überbau, dass dies in der Natur des Menschen läge. Selbst wenn der individualisierte Machtkampf alternativlos in der Natur des Menschen läge und wenn Geistigkeit bzw., wie der Anthropologe Richard Adams formuliert, „Kultur“ nichts anderes als „die Geheimwaffe des Menschen im Überlebenskampf“ wäre <sup>11</sup>, dann hieße das immer noch nicht, dass das Benutzen dieser Geheimwaffe unserer Spezies diene. Wir sehen ja - und das kann gerade heute zu einer uns allen dienenden Einsicht werden, dass diese Geheimwaffe nach rückwärts losgehen kann. Wenn sie nicht uns allen den Gar aus macht, dann macht sie zumindest das Leben für uns alle immer miserabler. Hunger und vorzeitiges Sterben nehmen unter den Armen dieser Welt zu, und es kann keine Rede davon sein, dass es das Glück derer steigere, die dem wachsenden Überfluss hinterher hetzen. An all dem ist gewiss nichts „Unnatürliches“. Aber es stellt sich doch die Frage, ob an der so einzigartig ausgestatteten Natur des Menschen, an seiner Geistesfähigkeit, derzeit nicht etwas verkehrt bzw. etwas verdreht worden ist. Selbstmord die Bestimmung unserer Spezies? Vielleicht stimmt da etwas nicht mit dem Zünden unserer Neuronen?

Wenn wir mit diesen Fragen die heute herrschende Denkweise des Instrumentalismus, also das globalisierte Interesse an Mitteln, ein wenig genauer in Augen schein nehmen, dann lässt sich anhand von Ergebnissen der heutigen neurobiologischen und -philosophischen Forschung ein wichtiges Resultat heraus Schälen. Der „reine geistige“ Fortschritt des Instrumentalismus liegt ja in seiner scheinbar unbegrenzten Fähigkeit, die Bedeutung von Objekten jedweder Art immer wieder so umdefinieren zu können <sup>12</sup>, dass sie als Mittel einsetzbar erscheinen. Bedeutend am Umdefinieren ist nicht so sehr, dass es bestehende Definitionen nicht einfach abschafft („garbage out“) und von ihnen angesichts mangeln-

<sup>8</sup> Siehe hierzu Sixel, Friedrich W.: „Understanding Marx“, University of America Press, 1995, S. 12 und die dortigen Verweise auf Karl Marx.

<sup>9</sup> Siehe z. B. Roth, Gerhard: „Das Gehirn und seine Wirklichkeit“, Frankfurt (Main), 1994; Spitzer, Manfred: „Geist im Netz“, Heidelberg, 1996.

<sup>10</sup> Zur Ich-Werdung des Menschen sind die Denkergebnisse von George Herbert Mead und seinen Nachfolgern in der Kommunikationsforschung zu beachten. Als Einführung siehe Mead, George Herbert: „Mind, Self and Society“, zuerst Chicago, 1934.

<sup>11</sup> Adams, Richard N.: „Energy and Structure“, Austin, 1975, S. 283.

<sup>12</sup> Zusammenfassend siehe hierzu Sixel, Friedrich W.: „Die Natur in unserer Kultur“, Würzburg, 2003, S. 126ff.

der Verwertbarkeit, „bis auf Weiteres“ abrückt, sie so nur „virtualisiert“ für später. Von entscheidender Bedeutung ist vielmehr, dass bei instrumentalistischem Denken unsere Neuronen in einer Weise zünden, die einerseits einem schon vorher erfolgten spontanen Zünden hinterherhinkt, und die andererseits immer auf ein Noch-nicht abgestellt ist. Das heißt, dass das Zünden der Neuronen unter den derzeit dominanten Bedingungen so abzulaufen hat, dass ihm als innerer Natur die äußere, aber zu handene Natur zu nichts anderem als zum Objekt distanzierteren Kalküls wird. Wo dieses Denken von Kindesbeinen an eingeübt wird<sup>13</sup>, erscheint die Distanz zur äußeren und inneren Natur als das „Normale“. Wo alles dem Verwertungsdenken verfällt, also einer Wissensform, die Marx nicht bis ins Einzelne hinein aber immerhin in klaren Zügen als eine neue Produktionskraft voraussah, da kann es nichts anderes mehr geben als Wachstumsorientierung; Kapitalismus global!

Damit erwacht die mythische Figur des Midas zum Leben. Wie ihm verwandelt sich auch uns alles, was wir berühren, ja ins Auge fassen, in Gold, dem *par excellence*. Aber Gold können wir genauso wenig essen wie Midas. Genuss und Befriedigung bleiben uns fremd. Dadurch haben Ausbeutung und das Wachstum des traditionellen Kapitalismus im jetzt herrschenden Globalkapitalismus eine neue Qualität angenommen. Das heißt, sie sind nicht nur weit größer als zuvor, sie haben auch ein neues Fundament erhalten. Und dieses liegt in der oben angedeuteten Verdrehung der innermenschlichen Natur.

Uns, die wir im Abendland seit Jahrtausenden an das Primat des Geistes geglaubt haben, ja sogar die endlich eingesehene „Dialektik der Natur“ und den dialektischen Materialismus zu praxisanleitenden(!) Wissenschaften „erhoben“ haben, fällt es schwer zu sehen, was denn heute „zurück zur Natur“ praktisch heißen soll.<sup>14</sup> Wir sind immer noch versucht zu meinen, dass, wie oben erwähnt, moralisierende Annahmen und rationale Argumente einen Ausweg aus unserem verdrehten Leben weisen könnten. Dabei ist längst zu sehen, dass bloß Verbales nicht gegen den Instrumentalismus gefeilt ist. Wachstumsorientierte Moralunternehmen florieren schon seit langem vielerorts, nicht nur in Parteien, Parlamenten und Gemeinden jedweder Couleur. Selbst große Unternehmen beanspruchen, „ökologisch bewusst“ zu sein, zielen aber vor allem auf typisch kapitalistisches Wachstum. Angesichts des grassierenden Instrumentalismus scheint uns die von der Linken oft gestellte Leninsche Frage „Was tun?“ nicht mehr

<sup>13</sup> Als eines von unzähligen Beispielen sei hier darauf hingewiesen, dass in den Schulen heute allzu häufig für die die erreichte Zensur gilt, nicht aber das wirkliche d.h. die Bereicherung der persönlichen Identität durch Nachvollzug der Gedankenwelt, „hinter“ dem Lehrstoff.

<sup>14</sup> Neben dem oft verkannten Umstand, dass Rousseau dies als ein methodologisches Motto verstanden hat, war es vor allem auch als Aufforderung an den Menschen gedacht, sich seiner eigenen individuellen Natur bewusst zu werden. Ohne dem wäre für ihn Begriff und Praxis des „Gesamtwillens“ nicht denkbar. Auf keinen Fall stellt dieses Motto eine Aufforderung zur Rückkehr zu Primitivgesellschaften dar.

beantwortbar. Dies aber nur so lange, wie wir das Primat der Natur nicht selbst auf neue, naturgegründete Weise verstanden haben. Nur aus einem solchen Verstehen heraus wird die LINKE diejenige systemverändernde Politik betreiben können, die unsere Spezies vor der immer mehr drohenden Misere bewahren wird. Ohne dieses Verstehen bleibt Politik jedoch Teil, ja durch Teilnahme fördernder Bestandteile des herrschenden Systems.

Es liegt in der Natur der Sache, dass man allenfalls in groben Zügen<sup>15</sup> materiell-konkrete Schritte für neue Politik vorschlagen kann. Sie müssen sich in einer Praxis entwickeln, die über ethische und rationale Argumentationen hinausgeht, da diese ja immer noch dem bloßen Intellekt das Primat geben. Neue Politik wird vielmehr durch eine neue Ästhetik überzeugen, wie sie unter anderen Maxim Gorki als „Ethik der Zukunft“ vorschwebte. Sie wendet sich nicht nur gegen die traditionelle Ausbeutung am Arbeitsplatz, die ja nach wie vor die Grundlage gewaltiger Kapitalakkumulationen und des Verwertungsdenkens ist, sondern auch gegen die Ausbeutung, die globalisiert durch Raub an wahrem Genuss und satt machender Befriedigung das ganze Leben zu unstillbarem Hunger macht. Ansätze einer zukunftsweisenden Ästhetik, die über das bloß denkerische Argument hinausgeht, kündigen sich an in neuen Formen politischer Demonstrationen, z.B. in den aufgezogenen Menschenketten gegen Atomkraftwerke. Auch in anderen Gruppierungen, denen das Leben unter den herrschenden Bedingungen zu Ärger und Leid geworden ist, entwickeln sich Formen des Andersseins, drücken sich dies nun in Musik, Kleidung, Wohnformen und anderem aus. Solche Gruppierungen mögen aus Gewerkschaften stammen, Lebensgemeinschaften bilden wie Kommunen oder sich nur ad hoc zusammenfinden, in ihnen vermittelt sich den Menschen vor allem sinnlich ihre gezielte Verneinung dessen, was herrscht und worin die zu bejahende Zukunft liegt. Ohne lebendige Verbindung zu solchen oppositionellen Bewegungen ist oppositionelle Politik auch heute nur scheinbar oppositionell. Nur mit ihnen kann die LINKE Avantgarde sein. Und die Tragweite solchen Zusammengehens ist nicht abzusehen, wenn die LINKE sich auf Parteiversammlungen, auf Tagungen und sonstigen Begegnungen von diesem Geiste leiten ließe und auch Hilfe, ihn weiter zu entwickeln, ihm gar festliche Dimensionen zu verleihen. Ästhetik solcher Art bedeutet nicht ein Zurückdrängen geistiger Fähigkeiten – alle wissen, um was es geht!, sondern deren Kultivierung. Dann ist Kultur nicht mehr individualisierte „Geheimwaffe im Überlebenskampf“, sondern Steigerung der in uns wirkenden „anderen Natur“.

<sup>15</sup> Hierweise verwiesen auf Sixel, Friedrich W.: „Überlegungen zur Systemveränderung“, in: „Tarantel“ Nr. 48, 2010, S. 12ff.

# Ökosozialismus oder Weltgemeinschaftsordnung? Zur Kasseler Erklärung der Bildungsgemeinschaft SALZe.V.

Werner Grundmann

Am 13./14.03.2010 fand die von der Bildungsgemeinschaft SALZ e.V. ausgerichtete Konferenz zu Ökologie und Sozialismus in Kassel statt. Im Anschluss an die Konferenz wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Beschlusskonferenz eine Erklärung „Für eine ökosozialistische Wende von unten!“ verabschiedet, in der die Unterzeichner „die ökosozialistische Erklärung von Belém [unterstützen]“ und sich „als Teil der weltweiten ökosozialistischen Bewegung [verstehen]“. Sie verweisen darauf, dass die „kapitalistische Produktionsweise mit einer ökologisch verantwortlichen Wirtschaften und einer lebenswerten zukunftsfähigen Welt nicht vereinbar [ist]“ und dass die „Erwärmung der Erdatmosphäre durch den Ausstoß von Treibhausgasen das Überleben der Menschheit [gefährdet]“ (vgl. „Tarantel“ Nr. 49 vom Juni 2010, S. 6-8). Ich teile prinzipiell diese Befürchtungen der Konferenzteilnehmer, möchte jedoch auf einige generelle Widersprüche verweisen, deren Auflösung eine verbesserte wissenschaftliche Fundierung des Aufbaus einer nachkapitalistischen Ordnung ermöglichen könnte.

Die tiefer liegende Problematik hinsichtlich der Gestaltung einer ökosozialistischen bzw. einer sozialökologischen Wende wird offenbar, wenn die Frage nach dem Primat des Ökologischen oder des Sozialen bei der Ablösung des kapitalistischen Systems im Weltmaßstab beantwortet werden muss. Falls sich die Lösung der ökologischen Frage aus existenziellen Gründen als vordringlicherweist, falls wir als weltweite Lösung der sozialen Fragen nur in dem Maße voranbringen dürfen, dass das Überleben der Menschheit gesichert bleibt, dann wären die Versuche zum Aufbau einer sozialistischen Ordnung unter sträflicher Vernachlässigung des Ökologischen der falsche Weg! Dann ist es aber auch fragwürdig, eine weltweite ökosozialistische Ordnung aufzubauen, weil sie das Primat des gesteigerten Sozialen sprachlich gleichfalls impliziert. Letztlich ist zu beantworten, ob der Versuch zum Aufbau des Sozialismus in Konkurrenz zum Kapitalismus unter Verschärfung der ökologischen Krise eine historische Sackgasse war?

Wer sich auf Karl Marx und Friedrich Engels beruft, sollte hinsichtlich der ökosozialistischen Wende die folgenden wichtigen Fakten und Hinweise beachten: Erstens: Marx und Engels haben das „Kommunistische Manifest“ hinterlassen und kein „Sozialistisches Manifest“. In den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten“ aus dem Jahre 1844 ist für Karl Marx der Kommunismus „die wahrhafte Auflösung des Widerstreites zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen“, was im Sinne der einheitlichen

Lösung der ökologischen und der sozialen Frage verstanden werden kann.

Zweitens: Unterschiedliche Aussagen von Karl Marx zur nachkapitalistischen Ordnung lassen vermuten, dass er infolge der Konzentration auf die Arbeiten an der „Kritik der politischen Ökonomie“ zu keiner klaren Position hinsichtlich ihres primären Charakters fand. In der „Kritik des Gothaer Programms“ aus dem Jahre 1875 spricht er von der „ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft“ sowie von „einer höheren Phase“. In der „Vorbemerkung zur französischen Ausgabe“ von Engels' „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ bezeichnet Marx im Jahre 1880 den theoretischen Teil der Arbeit von Engels zögerlich als „gewissermaßen eine Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus“. Drittens: Wenn wir von der Marxschen Lehre der historischen Abfolge ökonomischer Gesellschaftsformationen ausgehen und (unter Berufung auf Aristoteles) den Verweis von Karl Marx im ersten Band des „Kapital“ zur Existenz zweier Ökonomien beachten, dann stellt sich die Frage, welche der angedeuteten Ökonomien (Chrematistik oder Ökonomik) Grundlage für eine nachkapitalistische Ordnung sein müsste. Viertens: Wenn wir zudem berücksichtigen, dass Friedrich Engels in den „Umrissen zu einer Kritik der Nationalökonomie“ die Ökonomie seiner Zeit als „Privatökonomie“ bezeichnete, dann geht es auf dem Weg zu einer nachkapitalistischen Ordnung, die ökologisch und sozial orientiert sein soll, sicherlich um die Suche nach einer Ökonomie gegensätzlichen Charakters! Statt einer gewinnorientierten Ökonomie brauchen wir eine bedürfnisorientierte Ökonomie! Die Wiederherstellung und Erhaltung einer gesunden Lebenswelt muss von vornherein als eines der Grundbedürfnisse zum Gegenstand dieser Ökonomie gehören!

Fünftens: Ein Denken im Sinne der *ökonomischen Renaturierung* unter Einbeziehung der Eigenleistungen der Natur geht über das (gewinnorientierte) Wirtschaftlichkeitsdenken weit hinaus. Nicht nur aus diesem Grunde ist es fragwürdig, Ökonomie und Wirtschaftlichkeit gleichzusetzen. Wirtschaftlichkeitstrebestrebungen gehen in hohem Maße zulasten der Natur! Sie entsprechen den Anforderungen der Privatökonomie!

Sechstens: Das Gegensätzliche zu privatkapitalistischen Interessen sind gesellschaftliche und gemeinschaftliche Interessen, woraus sich die Frage nach der objektiven Existenz von Gesellschaftsökonomien und von Gemeinschaftsökonomien ableitet. Gesellschaftsökonomien sind an Ländergrenzen gebunden und können Konkurrenzökonomien zu anderen Ländern darstellen. Gemeinschaftsökonomien liegender Lebens- und Produktionsweise von Gemeinschaften im Rahmen ihrer natürlichen Lebensbedingungen bzw. zu ihrer Wiederherstellung zugrunde. Sie sind nicht an Ländergrenzen gebunden und ordnen sich weltweit hierarchisch in jene global erforderliche Gemeinschaftsökonomie ein, deren Nutzung notwendig ist, um die Gemeinschaft irdischen Lebens zu erhalten.

Siebtens: Es darf angenommen werden, dass die Grundform jener bedürfnisorientierten Gemeinschaftsökonomie einer nachkapitalistischen Überlebensordnung auf die rationelle Befriedigung der Grundbedürfnisse unter gemeinschaftlichen Lebensbedingungen gerichtet ist. Sie muss nicht wertgebunden sein. Ökonomisches Verhalten im Sinne der Gemeinschaftsökonomie existiert auch in der Natur unabhängig vom Menschen.

Die sozialistische Ökonomie hat als Gesellschaftsökonomie und als Konkurrenzökonomie analog zur Verschärfung der ökologischen Krise beigetragen wie die kapitalistische Ökonomie. Selbst in Bereichen ohne ökonomische Konkurrenz, wie dem Städtebau, kam es – unter Vernachlässigung der innerstädtischen Bausubstanz – durch extensives Bauen am Rande der Städte zu einem hohen Verlust an natürlicher Umgebung. Über die „Steigerung der Arbeitsproduktivität“ diente die „Ökonomie der Produktion“ der Erzeugung von immer mehr Produkten – auch zulasten der „Umwelt“. Diese einseitige Orientierung verhinderte das Entstehen der objektiv notwendigen „Ökonomie der Reproduktion“ zur rationalen Erhaltung des Bestehenden und notwendige Renaturierungsmaßnahmen. Im Gegenteil: Im Prozess der rationalen Gewinnung von fossilen Energieträgern kam es zur Zerstörung ganzer Landschaften! Wer ökosozialistische Positionen vertritt und sich in der Tradition von Karl Marx versteht, muss sich beantworten, welche Ökonomie der neuen Ordnung bzw. der Lebens- und Arbeitsweise der neu zu schaffenden und neu auszurichtenden Strukturen im Rahmen der bestehenden Ordnungen zugrunde gelegt werden soll. Reicht es aus, wenn der Gegenstand jener sozial-ökologisch zu nutzenden Ökonomie sich auf marktrelevante Bedürfnisse erstreckt, oder sollten wir jene Ökonomie der Renaturierung mit anstreben, die letztlich auf die Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts zwischen der irdischen Flora und Fauna gerichtet sein muss? Es ist nicht nur die Zunahme an Treibhausgasen, die tendenziell zur Klimakatastrophe führt, sondern auch die tendenzielle Abnahme der Waldbestände durch Abholzen, Brandrodung, Waldbrände und Belastung mit Schadstoffen, die eine Verringerung der möglichen Aufnahme von atmosphärischen Treibhausgasen bewirkt! Eine rationelle und effektive Renaturierung würde dem Überlebensbedürfnis der Menschheit und den Anforderungen der Nachwelt entsprechen!

Infolge der außerordentlichen Dominanz des Wirtschaftlichkeitsdenkens bedarf die Akzeptanz der vorgeblich neuen Ökonomie viel Zeit und Vorbilder. Ihre mögliche Nutzbarkeit unter der vorherrschenden privatökonomischen Dominanz muss als sinnvoll und möglichst nachgewiesen werden. Doch es werden sich Menschen finden, die sie gemeinschaftlich erfolgreich nutzen, die bewusst „Zellen der Gemeinschaftsökonomie“ bilden. Sie muss sich als Überlebensökonomie erweisen und fähig sein, die vorherrschende Ökonomie im Verlaufe von Jahrzehnten zu verdrängen, ohne Konkurrenzökonomie im Sinne von Wirtschaftlichkeit zusein!

Mir ist bewusst, dass ich mit meinen Ausführungen und Vorschlägen über die Ziele von SALZ „Soziales, Arbeit, Leben und Zukunft“ hinausgehe. „Leben und Zukunft“ müsste durch „Überleben“ ersetzt werden! Doch „SALZ ist undogmatisch und plural“! SALZ ist nicht bereit, „radikaldemokratische, radikallinke, radikal feministische, revolutionär-sozialistische, marxistische und kommunistische Ansätze“ (vgl. [www.bildungsgemeinschaft-salz.de](http://www.bildungsgemeinschaft-salz.de)) auszugrenzen! Der Bildungsgemeinschaft SALZ e.V. empfehle ich:

1. SALZ sollte entscheiden, ob sie sich künftig als Teil einer Bewegung zur Schaffung einer weltweiten Gemeinschaftsordnung versteht.
2. SALZ müsste die auf den Menschen gerichtete egozentrische Denkweise des „gerechten“ Verbrauchens an „Ressourcen“ überprüfen, die den Menschen zum Eigentümer über die Natur, über seine Lebenswelt, erhebt, ihn aber tendenziell zur Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts führt. Wenn wir uns schon zugrunde richten – soles wenigstens „gerecht“ zugehen?
3. SALZ sollte eine Lebens-, Produktions-, Kooperations- und Austauschweise unter Nutzung der bedürfnisorientierten Gemeinschaftsökonomie sowie unter Anwendung voller Demokratie fördern. Soz. B. könnte angestrebt werden, selbstverwaltete landwirtschaftliche Genossenschaften zu Zellen der Gemeinschaftsökonomie umzubilden. Der Begriff des „ökologischen Wirtschaftens“ ist in hohem Maße fragwürdig.

...(gekürzt – d.Red.)

Aus der Akzeptanz meiner Argumente und Vorschläge ergibt sich: Es geht um das Initiieren einer ökologisch (und sozial) ausgerichteten Entwicklung zur schrittweisen Schaffung einer weltweiten überlebensfähigen Gemeinschaftsordnung! Eine ausführlichere Begründung meiner Vorschläge findet sich in Form einer wissenschaftlichen Konzeption zum Stand von April 2010 in den abrufbaren „Berliner Thesen für eine nachkapitalistische Gemeinschaftsordnung“ ([www.bwgrundmann.de/BT2010.htm](http://www.bwgrundmann.de/BT2010.htm), 83 S.) sowie in den abrufbaren „Erkenntnissen aus den Berliner Thesen für eine nachkapitalistische Gemeinschaftsordnung“ ([www.bwgrundmann.de/BT2010Erk.htm](http://www.bwgrundmann.de/BT2010Erk.htm), 11 S.).

## Thesen zur Wachstumsfrage

### Sprecherrat der Ökologischen Plattform

**1. Das Wachstum ist dem kapitalistischen System immanent und für den Fortbestand der kapitalistischen Gesellschaft unentbehrlich. Wirtschaftswachstum ist in der BRD ein politisches Ziel, das gesetzlich verankert ist (StWG 1967).**

Eine Marktwirtschaft beruht auf dem ständigen Einsatz und der Vermehrung von Kapital, deren Eigner Gewinnmaximierer sind, und zwar unter Wettbe-

werbsbedingungen. Wettbewerb zwingt die Unternehmer bei Strafe des Konkurses zu Kapitalwachstum (J. Priewe). Die Profitrate ist der Stachel der kapitalistischen Produktion (K. Marx).

„Der aus den Gesetzen des Kapitalismus hervorgehende Zwang zu ständigem Wachstum bei Strafe des Untergangs hat bewirkt, dass der Kapitalismus alle aus den Gesetzen der Natur sich ergebenden technologischen Möglichkeiten von Stufe zu Stufe steigend entwickelt hat, weil er nur durch ständig steigende Produktivität der Arbeit, also mit Hilfe des technischen Fortschrittes, dieses Wachstum realisieren und der ihn ständig verfolgenden Stabilitätskrisen entgegengehen kann.“ (R. Havemann)

Aus der Widersprüchlichkeit zwischen den nahezu unendlichen Möglichkeiten des Geldes, d.h. den gesamten stofflichen Reichtum bekommen zu können, und seiner praktisch quantitativen Begrenztheit folgt das grenzenlose Streben nach unendlicher Geldvermehrung (Karathanassis).

## **2. Die Bedürfnisbefriedigung ist nicht Ziel des kapitalistischen Wachstums, sondern der Profit. In einer demokratischen sozialistischen Solidargemeinschaft muss die nachhaltige Befriedigung der Grundbedürfnisse Ziel des Wirtschaftens sein.**

Bedürfnisbefriedigung ist nicht erstrangiges Ziel der kapitalistischen Produktion, Ziel ist der Profit. Waren sind das Vehikel für den Wert.

Waren müssen nicht unbedingt ein notwendiges Lebensbedürfnis stillen, sondern sie müssen verkauft werden, und erhalten deshalb eine Gestalt, die den Käufer anlockt, und ein Bedürfnis für die angebotene Ware wird über die Werbung künstlich geweckt. Die kapitalistische Produktion orientiert sich natürlich auch an der Befriedigung von Bedürfnissen und, sofern diese vorhanden sind und die entsprechende Kaufkraft, bringt die Produktion der betreffenden Waren auch Profit.

Da der Profit das primäre Ziel der kapitalistischen Produktion ist, findet die Gebrauchswertproduktion immer unter dem Primat der Kapitalverwertung statt. Aus Gründen der betrieblichen Rentabilität werden Maßnahmen unterlassen, die aus ökologischer Rücksicht oder Vorschriften erforderlich wären.

## **3. Immer deutlicher wird, dass die Wachstumsgesellschaft kontraproduktiv geworden ist. Die Wachstumsgesellschaft kann die natürliche Umwelt nicht erhalten, sondern wird sie zwangsläufig vernichten.**

Die Wertgestalt des Kapitals braucht immer eine stoffliche Entsprechung, d.h. eine naturrelevante Entsprechung. Zur Dauerhaftigkeit der Kapitalverwertung müsste auch die stoffliche Natur unendlich und unbegrenzt sein.

Die natürliche Begrenztheit der Stoffe und die Grenzen der schadstofflichen Belastbarkeit der Natur

müssen durch den kapitalistischen Produktionsverbrauch irgendwann notwendigerweise überschritten werden. Das Kapital ignoriert das qualitative Wesen der Natur (Karathanassis).

Naturzerstörung folgt nicht aus der Gebrauchswertproduktion an sich, sondern durch die Kopplung dieser mit den Zielen des kapitalistischen Verwertungsprozesses. Dieser ist Ursache einer ungebremsten Zerstörung der Natur.

## **4. Wirtschaftswachstum bringt weder mehr allgemeinen Wohlstand, noch schafft es Arbeitsplätze, noch sichert es die Sozialsysteme. Noch können die Staatsschulden abgebaut werden, und die Entwicklungsländer erhalten nicht mehr Hilfe. Wirtschaftswachstum macht nur die Reichen reicher, verstärkt die Ausbeutung der Arbeiter im In- und Ausland und richtet die Natur zugrunde.**

Behauptet wird, dass Wachstum mehr Wohlstand bringt. Fakt ist aber, dass der Wohlstand ungleich verteilt wird. Die Reichen werden immer reicher, die Armen werden mehr und ärmer. In den letzten 30 Jahren ist der „wirtschaftliche Wohlstand“ gesunken, obwohl das BIP gewachsen ist.

In den letzten 40 Jahren ist die Arbeitsproduktivität um 260% gestiegen, die Materialeffizienz aber nur um 50 bis 70%. Die Anzahl der Vollarbeitskräfte ging durch technologische Rationalisierung ständig zurück. Wirtschaftswachstum bringt nicht mehr Arbeitsplätze und sichert auch nicht die vorhandenen. Es wird behauptet, dass Wirtschaftswachstum die Sozialsysteme sichern würde. „Der Kuchen wird immer größer, doch das Stück, welches für die Mehrheit der Menschen, ob arbeitend oder nicht, davon abgegeben wird, wird immer kleiner“ (Blessing). Die Steuerlast verteilt sich auf 90% auf Arbeit und Verbrauch (MWSt) und zu 10% auf Unternehmen und Vermögen.

Wirtschaftswachstum würde die Staatsschulden abzubauen, wird erklärt. Ob stagnierende, wachsende oder rückläufige Entwicklung der Wirtschaft, die Staatsschulden nehmen zu.

Wirtschaftswachstum wäre die Voraussetzung für die Hilfe für Entwicklungsländer. Abgesehen davon, dass etwa 80% der Entwicklungshilfe wieder in die Geberländer zurückfließen, wird die Hilfe immer mehr gekürzt. Die reichen Länder USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien liegen auf dem letzten Platz.

## **5. Die auf Wachstum ausgerichtete Wirtschaft der Industrieländer wird die Quellen der Industrierohstoffe und Nahrungsmittelproduktion erschöpfen und zu einer Katastrophe der menschlichen Zivilisation führen.**

In den nächsten 20 Jahren wird es ernste Versorgungsschwierigkeiten bei Erdölprodukten, Gas, Uran, Kupfer, Gold, Blei, Quecksilber und anderen



Industrierohstoffen geben. Der Bedarf wird insbesondere durch die wachsenden Volkswirtschaften von China und Indien anwachsen. Die Rohstoffpreise sind gestiegen und werden weiter steigen.

Der Peak Soil, die größte Anbaufläche für Nahrungsmittel, ist seit den 1980er Jahren Realität. Die weltweite Anbaufläche geht durch Bodendegradation zurück. Die Bodenfruchtbarkeit wird durch die industriemäßige Landwirtschaft, die Plantagenwirtschaft, den Anbau von Monokulturen ständig verschlechtert, bei steigender Bevölkerung. Schon jetzt hungern über eine Milliarde Menschen, künftig werden noch deutlich mehr Menschen hungern.

Der ungebremste Klimawandel wird zu einer Hitzezeit auf unserem Planeten führen. Schmilzt das Eis der Antarktis und von Grönland, dann wird der Meeresspiegel um 12 m steigen und fast alle größeren Bevölkerungsballe und Großstädte der Welt werden im Meer versinken. Das kann schon Ende dieses Jahrhunderts passieren. Klimaflüchtlinge werden nach Norden drängen, zuerst innerhalb der EU und dann aus Afrika.

**6. Durch Verstaatlichung oder staatliche Einflussnahme können die kapitalistischen Marktgesetze und das Profitstreben nicht außer Kraft gesetzt werden. Der Staat ist überdies fest in der Hand der großen Konzerne und Banken (Bankenrettung, Atomgeheimvertrag).**

In einer kapitalistischen Umgebung kann ein kommunales oder staatliches Unternehmen sich nur marktkonform verhalten, oder es geht Pleite.

Die Überführung der Wirtschaftsbereiche, die die Versorgung mit öffentlichen Gütern zur Aufgabe haben, wie z.B. Energie, Wasser, Abwasser, Abfall, öffentliches Eigentum, wird nur die bisherige Preistreiberie der Konzerne mildern und möglicherweise zu naturschonenderen Verfahren führen, am kapitalistischen System aber nichts ändern.

**7. Die von den Befürwortern des kapitalistischen Systems propagierten Lösungen, um die Natur zu erhalten und den Rohstoffverbrauch zu senken, sind Scheinlösungen, die bisher an der „Wachstumsgesellschaft“ nichts geändert haben, außer dass wir uns noch schneller auf die Katastrophe zubewegen.**

Die Wirtschaft muss in zweierlei Hinsicht schrumpfen: Der Naturverbrauch muss um 80% sinken, die Naturvergiftung muss vollständig eingestellt werden. Es ist Aufgabe der Wirtschaft, den Stoffverbrauch um 80% zu senken und dabei alle unentbehrlichen Güter in der notwendigen Menge und unbedingt erforderlichen Gebrauchswertfunktion herzustellen. Das ingenieurtechnische Personal und die Forschungszentren müssen auf die neue Aufgabenstellung eingeschworen werden und die Entwicklung von bisher produzierten und neuen Produkten auf Stoffminimierung und Funktionsoptimierung umstellen.

Ziel ist nicht mehr, neue profitable Produkte mit beruflichen Gebrauchswerteigenschaften herzustellen.

**8. Im Rahmen des kapitalistischen Systems muss das System verändert werden. Erster Schritt ist, die Konzerne und Banken zu enteignen oder in Treuhand zu nehmen und die Macht des Kapitals zu brechen.**

Der Zwang zur Kapitalverwertung macht alle Bemühungen zur Erhaltung der Natur und der Einstellung der ungebremsten Rohstoffausbeutung zunichte. Lösungen, die ein „qualitatives“, „selektives“, „sauberes“, „effizienteres“ Wachstum versprechen und als „Green New Deal“ anpreisen, sind Propagandalügen, die von der ernstesten Situation ablenken sollen und dem Kapital nicht wehtun.

Eine schrittweise Überwindung der Ausbeutung von Mensch und Natur durch das Kapital wird vor allem durch das globalisierte Kapital verhindert.

**9. Ein glückerfülltes Leben ist in der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft objektiv nicht möglich. Vom Kapital angebotene Ersatzbefriedigungen und Ablenkungen führen nur zu vermehrtem Energie- und Rohstoffverbrauch. Die Menschen müssen sich wieder zu Solidargemeinschaften auf allen Ebenen des Lebens zusammensuchen und das Leben gemeinsam gestalten. Der Konsumverzicht einzelner Vorbildmensch kann das Wachstum und die Verschwendung nicht aufhalten.**

Die Propagandamaschine des Kapitals suggeriert über die Medien ein Menschenbild, des „sich selbst verwirklichenden Menschen“, der immer mehr Güter anhäufen muss, um glücklich zu sein.

Durch die örtliche Trennung von Wohnen, Arbeitsstelle, Freizeiteinrichtungen, Einkaufen und Bildung werden die Menschen zu isolierten, vereinzelt, egoistischen, politisch unorganisierten und uninteressierten, leicht manipulierbaren Ausbeutungsojekt des Kapitals.

**Auszug aus den 13 Thesen des „Forums Demokratischer Sozialismus“ zum Entwurf des Programms der Partei DIE LINKE zum Thema „Wachstum“**

„Das Wachstum in den 70er Jahren war rein ökonomisch determiniert und basierte auf einem dramatischen Raubbau an der Natur. Von dieser Wachstumsvorstellung, die auch einer der Gründe des staatssozialistischen Scheiterns war, wollen wir uns verabschieden. Wachstum, ob im Kapitalismus oder Sozialismus, kann und soll künftig nur diejenigen Bereiche umfassen, die der Nachhaltigkeit und Lebensqualität dienen. Schrumpfen muss, was Naturressourcen ausbeutet, die Risikoverlagerung begünstigt und sozial ungerecht ist.“

## Wachstumüberalles? Nein Danke!

### Wolfgang Huste

Das europaweite Mantra: „Wir brauchen ein stetig steigendes Wirtschaftswachstum“ wird von den herrschenden Eliten - und nicht nur von denen! - gar nicht oder nur recht zaghaft und oberflächlich eine radikalen, wissenschaftlich fundierten Analyse unterzogen. Kaum einer spricht sich als odevtlichst jegliches (!) Wirtschaftswachstum aus. Die meisten verbleiben mit ihrer berechtigten Kritik am Wirtschaftswachstumsfetischismus eher an der Oberfläche und zielen keineswegs darauf ab, den Kapitalismus „als solchen“ zu kritisieren oder gar konsequent seine Abschaffung zu fordern. Der Kapitalismus beruht bekanntlich primär auf der Akkumulation von Kapital und der Ausbeutung von Menschen und von (endlichen!) Ressourcen.

Wirtschaftswachstum ist ein entscheidendes Element der Kapitalakkumulation mit all seinen entsprechenden Auswirkungen, die da heißen: mehr Ressourcenverbrauch, mehr Energieverbrauch, mehr soziale und ökonomische Folgekosten.

Konkrete Beispiele: So bedroht zum Beispiel Atom- müll, der bekanntlich noch nach vielen Tausend Jahren strahlt und entsprechende Lagerkosten verursacht, Mensch und Umwelt. Autos verpesten die Luft, die Menschen werden dadurch krank – andere werden im schlimmsten Fall von Autos überfahren. Wenn sie einen Unfall überleben, werden sie oftmals kostspielig wieder „instandgesetzt“, sind im Extremfall Invaliden. Das belastet wiederum die Krankenkassen. Wir „da unten“ müssen(?) über steigende Arzt- und Kassenkosten letztendlich die „Zeche“ zahlen, frei nach dem Motto: „Die letzten beißen die Hunde!“ Die Autoproduktion verbraucht enorm viel Energie und Materialressourcen usw.

Es ist ebenfalls allgemein bekannt, dass der Einzelkapitalist meilenweit davon entfernt ist, irgendein Produktionsprozess einer von mir skizzierten „Gesamtbilanzierung“ zu unterziehen – erst recht nicht seinen eigenen. Der Kapitalist stellt sich also in der Regel nicht die Frage, welche Langzeitauswirkungen sein Produkt hat – es sei denn, es wird von staatlichen Stellen sanktioniert, wenn ein Produkt negative Auswirkungen auf Mensch und Umwelt mit sich bringt. Eine solche „Kritik von oben“ kommt aber nur sehr selten vor, und wenn doch, dann nur durch den gesellschaftlichen Druck „von unten“, von der außerparlamentarischen Opposition, die mittlerweile in ganz Europa solidarisch auf den Straßen und Plätzen versammelt, das Steuer zugunsten der Massen und der Umwelt wieder umzudrehen. Ironisch formuliert: Auch E605\* war lange Zeit ein „normales“ Produkt

\* Anmerkung d. Red.: E605 ist Synonym für Parathion, Ester der Thiophosphorsäure, Insektizid und Akarizid (Biozid gegen Milben und Zecken).

für Haus und Garten; auch DDT\*\* wurde in Deutschland viele Jahrzehnte eingesetzt, bevor man es auf den Index der verbotenen Produkte setzte. In vielen anderen, insbesondere sehr armen, treffender: arm gemachten, Ländern wird es hier und da noch staatlicherseits legal verwendet. Es gibt danoch viele andere Beispiele.

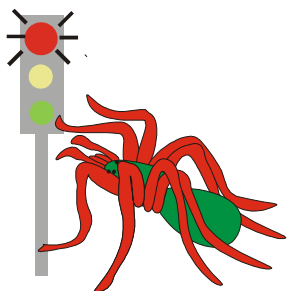
Bis heute werden Tellerminen/Streubomben und ähnliche gefährliche „Dinge“ produziert; „Produkte“, die für die Majorität nicht nur höchst überflüssig, sondern auch höchst gefährlich sind: für Menschen, für die Natur; Produkte, die im weitesten Sinne wertvolle Ressourcen vergeuden (immer unter der Prämisse einer ökonomischen und ökologischen Gesamtbilanzierung außerhalb der kapitalistischen Logik). Es ist auch nicht nötig, dass wir so viel Müll produzieren - ich denke da an die teilweise unverrottbaren, giftigen Verpackungen und andere chemische Produkte. Ganz zu schweigen von den zahlreichen Kohlekraftwerken, insbesondere von den Braunkohlekraftwerken, die bekanntlich die größten Dreckschleudern Europas sind und neben Kohlenmonoxid, Kohlendioxid und Schwefeldioxid auch das hochgiftige Quecksilbermetall in die Luft emittieren. (Allein in Deutschland etwa fünf Tonnen pro Jahr. 120 bis 160mg können für einen Menschen tödlich sein. Quecksilber hat einen sehr hohen Dampfdruck und wird deshalb in Gasform eingeatmet.) Auch das verursacht mannigfache „Sekundär-Kosten“. Ist das der Preis für ein ungebremstes Wirtschaftswachstum? Wer zahlt da die Zeche? Welcher „Normalo“ weiß schon, dass man aus Erdöl auch Medikamente und Nahrung herstellen kann? In den Schulen erfährt man selten von solchen alternativen Anwendungsmöglichkeiten. Wir verbrennen Erdöl in rund 100 Jahren - wofür die Natur über 100 Millionen Jahre brauchte. Wachstum bedeutet auch: mehr Artensterben. Täglich (!) sterben viele Tiere und Pflanzen auf der Welt aus - für immer! Was die Evolution in Millionen von Jahren kreiert hat, vernichtet der Kapitalismus oftmals in wenigen Jahren. Ursache ist das Wachstum - damals wie heute. Und wieder stellt sich die Frage: Ist das der Preis für ein ungehemmtes Wirtschaftswachstum?

Meine These: Wir brauchen kein beschleunigtes Wachstum, sondern weit hereine ökonomische und ökologische Entschleunigung und eine sozial und ökologisch verträgliche Gleichgewichtswirtschaft, bei der keiner auf der Verliererseite steht. Auch hier gilt der Satz: „Weniger ist letztendlich, auf Dauer gesehen, mehr!“ Wir sollten uns entschieden von der Wachstumsideologie verabschieden, diesen Begriff auch nicht in einem positiv gedachten Sinn wie „qualitatives Wachstum“ oder „Wachstum im sozialen Bereich“ verwenden. (Das schafft eher Verwirrung als Aufklärung in den Köpfen.) Mit einer solchen konsequenten Forderung kommen wir mit der kapitalistisch determinierten Ökonomie in Konflikt, denn dieses System lebt vom Wachstum, von der Ausbeutung des Menschen, der mannigfachen Naturressourcen und muss untergehen, wenn dieses Prinzip durch-

\*\* Anmerkung d. Red.: Dichlordiphenyltrichlorethan, Insektizid.

brochen wird. Wer also gegen Wachstum ist, wendet sich damit gleichzeitig gegen den Kapitalismus, auch wenn das nicht jedem so bewusst ist – und das führt zum Widerstand seitens der herrschenden Eliten, der Kapitalistenklasse.

Ein weiterer Aspekt in diesem Zusammenhang: Viele loben die „Führerschaft“ Deutschlands auf dem Gebiet der innovativen Technologien wie Windräder, Photovoltaikanlagen usw. und mahnen an, dass wir auch hier weiterhin „Exportweltmeister“ bleiben müssen. Das bedeutet letztendlich: Andere Staaten werden bei diesem immer brutaler werdenden Wachstums- und Exportwettbewerb zwangsläufig auf der Strecke bleiben. Welche Auswirkungen das hat, sehen wir nicht nur in Griechenland und Irland, sondern bald auch in Spanien und Portugal. Auch hier gilt das Prinzip: Die Gewinner kreieren gleichzeitig auch die Verlierer. Hier wird „von oben“, den herrschenden Eliten – aber teilweise auch von konservativen Gewerkschaftern – ein nationalstaatlicher (entsolidarisierender) Ansatz propagiert – wie gehabt. Wie schon gesagt: Das ist teilweise auch der Ansatz der braven, systemtreuen Gewerkschaftsoberen, die auch den entpolitizierenden Begriff „Sozialpartnerschaft“ seit Jahrzehnten (!) auf den Lippen tragen. All das fördert den Wachstumsfetischismus. Nun wird dieser Ansatz mit der Begrifflichkeit „erneuerbare Energien“ positiv verbrämt – hier soll es ruhig „wasen“, meinen viele gutmeinende Menschen. Es ist aber im Endeffekt alter Wein in neuen Schläuchen. Auch bei den erneuerbaren Energien sind die Herrschaftsverhältnisse (über die Produktionsweise, über die allgemeine Wertschöpfung, über die Distribution der Energie, also letztendlich über die Verfügungsgewalt der damit hergestellten Güter) in den Händen der Oligopole. Das sollten wir – wiederum europaweit! – energisch „von unten“ und radikal zum Besseren ändern! Oder anders formuliert: Auch mit erneuerbaren Energien lassen sich zum Beispiel Tellerminen, Streubomben und anderes Kriegsmaterial herstellen, ebenso gefährliche Umweltgifte. Letztendlich wird die Wachstumsspirale, wenn wir sie nicht wie einen gordischen Knoten schnellstens zerhacken, uns und unsere Umwelt vernichten – eventuell schon in weniger als 150 Jahren!



## EUROPA-UNDBUNDESPOLITIK

### Damit Lebensmittel Farbe bekennen

Sabine Wils

#### Lebensmittelampel wäre verbraucherfreundlich – und wurde vom Europaparlament abgelehnt. Die Wirtschaftslobby hat gewirkt

Samstagmorgen – der große Wochenendeinkauf steht auf dem Programm. Im Supermarkt herrscht Gedränge, alle sind in Eile. Im Wagen landen Produkte mit bunten Aufschriften: „Mit wertvollem Getreide“, „Fit und schlank“, „Ausgewogen leicht“. Da diese Botschaften Schokoriegel, süße Limos und Tiefkühlpizzabewerben, sollte ein Stützpunkt machen. Aber leider haben nur die wenigsten von uns Zeit und Geduld, sich in das Kleingedruckte auf der Packungsrückseite zu vertiefen. Laut Verkaufsforschung beschäftigen wir uns durchschnittlich 1,6 Sekunden mit einem Produkt.

Eine der fortschrittlichsten Ideen für die verbraucherfreundliche Kennzeichnung von Lebensmitteln wurde am 16. Juni im Straßburger Europaparlament zu Grabe getragen: Die Lebensmittelampel bekam bei der Abstimmung über einen Gesetzentwurf für die Kennzeichnung von Lebensmitteln kein grünes Licht.

#### Sind wir zu dümm für eine gesunde Ernährung?

Die Lebensmittelhersteller geben Jahr für Jahr Milliarden aus, um ihre Produkte durch kreative Werbung in die Einkaufswagen zu schmuggeln. Aus Marmelade wird der Fruchtaufstrich, der nicht nur schmeckt sondern auch Vitamine enthält, für eine bessere Ausstrahlung sorgt und das Familienglück garantiert. Dank der cleveren Taktik der Werbemacher gehen Millionen Eltern der fett- und zuckerhaltigen Schokoreme auf den Leim, die „mit dem Besten aus 1/3 Liter Milch“ als vermeintlicher Calciumträger für den Nachwuchs daher kommt. Wir lassen uns beim Einkauf von der Werbung verführen und vertrauen auf die Botschaften der Lebensmittelindustrie.

Laut der Verbraucherschutzorganisation Foodwatch gelten 60 Prozent der Erwachsenen und 20 Prozent der Schulkinder in der Europäischen Union als übergewichtig oder fettleibig. Millionen Menschen leiden zudem an Bluthochdruck (Hypertonie). Probleme, die in den vergangenen Jahren immer weiter zugenommen haben – und alleine in Deutschland jedes Jahr mehr als 70 Milliarden Euro Kosten im Gesundheitssystem verursachen. Es besteht also eindeutig Handlungsbedarf.

## Die Ampelkennzeichnung

Für die allermeisten Produkte waren bisher keine Nährwertangaben verbindlich vorgeschrieben. Doch erst wenn die Verbraucher wissen, wie viel Zucker, Fett oder Salz in einem Produkt steckt, können sie sich eine ausgewogene und gesunde Ernährung zusammenstellen und erkennen, wenn vermeintlich gesunde „Light“-Produkte in Wahrheit nichts anderes als getarnte Zuckerbomben sind.

Die wohl progressivste Idee der letzten Jahre ist die Lebensmittelampel. Das in Großbritannien bereits angewandte Prinzip ist so einfach wie bestechend: Die Verbraucher sind dank der Ampel in der Lage, sich auf einen Blick über den Zucker-, Fett- und Salzgehalt eines Produkts zu informieren. Dabei werden für jedes Produkt direkt auf der Vorderseite der Verpackung die Gehalte der wichtigsten Nährwerte (Fett, gesättigte Fettsäuren, Zucker und Salz) in absoluten Grammzahlen aufgeführt. Und zwar zum leichteren Vergleich einheitlich pro 100 Gramm bzw. 100 Milliliter. Zur besseren Orientierung wird jeder Wert dann noch mit einer der Signalfarben Rot (für einen hohen Gehalt), Gelb (mittel) und Grün (niedrig) versehen.

Die Vorteile der Ampelkennzeichnung sind offensichtlich und entgegen den Behauptungen der Lebensmittellobby wissenschaftlich fundiert. Was die Ampel anderen Kennzeichnungssystemen voraus hat, sind im Wesentlichen zwei Dinge: ihre leichte Verständlichkeit und ihre Vergleichbarkeit.

Mit der Lebensmittelampel wäre schnell geklärt, welche Cornflakes mehr Zucker haben und ob die Light-Chips wirklich so wenig auf die Figur schlagen, wie man sich von der attraktiv-schlanken Frauensilhouette auf der Verpackung erhoffen mag.

## Die Lobby

Verständlicherweise grautes der Lebensmittelindustrie bei der Vorstellung, dass Verbraucher mit Hilfe der Ampel schneller erkennen könnten, welche Lebensmittel besonders fettarm oder mit wenig Zucker hergestellt sind, und dass so bestimmte Produkte seltener in den Einkaufswagen wandern.

Denn die Großkonzerne wollen vor allem eins: verkaufen. Ob die Produkte gesund sind und der Käufer nachvollziehbare Informationen erhält, ist dabei unwichtig. Nicht umsonst waren viele bisherige Nährwertangaben derart unleserlich und kompliziert, dass der Normalverbraucher sie entweder garnichtentziffern konnte oder sie schlichtweg nicht verstand.

Zuerst sah es aus, als bekäme die Ampel grünes Licht. Linke, Grüne und Sozialisten machten sich zu erst im Umweltausschuss und später im Plenum des Europäischen Parlaments für die Einführung der Ampel stark. Die meisten der Abgeordneten ahnten zu dem Zeitpunkt nicht, dass sie im Begriff waren, eine der größten Lobbykämpfe zu erleben, die die EU je gesehen hat. Laut Corporate Europe Ob-

servatory\* sollen die Lebensmittelkonzerne mehr als eine Milliarde Euro in ihre Blockadepolitik investiert haben. Kurz vor den Abstimmungen im Umweltausschuss und im Plenum wurden die Abgeordneten mit mehr als 100 E-Mails und Anrufen am Tag behelligt, in den Postfächern fanden sich großzügige Produktproben namhafter Lebensmittelhersteller. Nicht alle hielten dem Druck stand. Allen voran hatte sich die zuständige Berichterstatterin, Renate Sommer von der CDU, vor den Karren der Industrie spannen lassen. Wie ein Frontal-21-Beitrag zeigt, wiederholte sie als Sprachrohr der Konzerne teils wortwörtlich die „Empfehlungen“ der Lebensmittellobby.

## GDA-Verwirrung

Neben massiver Meinungsmache hat die Lebensmittellobby auch ein eigenes Kennzeichnungskonzept, die sogenannte GDA-Kennzeichnung, entwickelt. Sie ist bereits auf zahlreichen Produkten zu finden und ein Paradebeispiel für Verbraucherverwirrung und Unverständlichkeit. Und genau das ist ihre Absicht. Die bisherige GDA-Kennzeichnung auf der Packungsvorderseite bezieht sich auf den relativen Anteil der „empfohlenen“ Tagesaufnahme an Energie, Fett, gesättigten Fettsäuren, Zucker und Salz, der einer bestimmten Menge eines Lebensmittels steckt, bezogen auf die „40-jährige Durchschnittsfrau“. Wem das nicht schon vage genug ist, der kann sich selbstverständlich noch weiter durch den Hinweis auf die Portionsgröße verwirren lassen. Alle Angaben beziehen sich nämlich auf eine frei von den Konzernen festgelegte „Portionsgröße“. Da kommen auch gerne mal so absurde kleine Angaben wie 25 Gramm Erdnüsse, was noch nicht mal einer knappen Handvoll entspräche, oder eine halbe Tiefkühlpizza zustande. Denn je kleiner die Portion, desto geringer auch die Prozentzahlen an Fett, Zucker und Co. Dass eine solche Taktik den Verbraucher ausschließlich von den eigentlich viel zu hohen Zucker- und Fettgehalten ablenken soll, versteht sich von selbst. Eine beispiellose Mogelpackung!

## Das Aus der Ampel

Das Ende der milliardenschweren Lobbykämpfe: Die Ampel ist in der ersten Lesung vom Tisch. Immerhin sollen sich zukünftig die GDA-Werte bzw. ihre Angaben auf die realistischere Größe von 100 Gramm beziehen. Die Hersteller sollen ihre Berechnungen nicht mehr nach Gutdünken vornehmen können. In Zukunft soll die Europäische Behörde für

\* Anmerkung d. Red.: Abkürzung CEO; europäische Gruppe, die sich mittels Forschung und Kampagnen dafür einsetzt, Bedrohungen der Demokratie, Gleichheit, sozialen Gerechtigkeit und der Umwelt abzuwehren, die von der ökonomischen und politischen Macht der Konzerne und ihrer Lobbyisten ausgeht.

\*\* Anmerkung d. Red.: Abkürzung für Guideline Daily Amount (eng. – Richtwert der täglichen Menge), Richtwert für die Tageszufuhr von Energie und bestimmten Stoffen mit der Nahrung.

Lebensmittelsicherheit (EFSA<sup>\*\*\*</sup>) für die Berechnungszuständig sein.

Das Europäische Parlament in Straßburg hat mit seinem Kniefall vor der Lebensmittelindustrie einmal mehr bewiesen, dass Bürgernähe und unabhängige Politik nicht unbedingt immer zu seinen Stärken zählen. Nicht nur Berichterstatterin Sommerhats sich bereitwillig und karrierebewusst der Meinung der Lobbyisten angeschlossen und brav alle deren Phrasen wiederholt. Auch die Mehrheit der Abgeordnete stimmte in den Chor mit ein und votierte in der Abstimmung am 16. Juni gegen die Ampel. Hier zeigt sich, dass die von der Industrie verbreiteten Halbwahrheiten Anklang gefunden haben. So bevormundet die Lebensmittelampel die Verbraucher, wurde behauptet; sie Sorge auch nicht für bessere Ernährung, sie diskriminiere manche Lebensmittel gegenüber anderen oder gebe falsche Anreize. Alles Quatsch, sagt die Expertin von Foodwatch, die mit den wichtigsten zehn Vorurteilen gegen die Ampel aufgeräumt haben.

So sei es beispielsweise Unsinn, dass die Ampelkennzeichnung die Verbraucher bevormunden würde. Sie gibt lediglich gut sichtbar an, welche Nährwerte in den Produkten enthalten sind. Nicht mehr und nicht weniger. Wen das nicht interessiert, der kann darüber hinwegsehen, wie er es auch schon bisher getan hat. Dennoch sollte die Politik sich in der Pflicht sehen, den Verbraucher darauf aufmerksam zu machen, was in den Produkten steckt, die im Einkaufskorb landen.

Fast eben so beliebt bei den Lobbyisten und hoch im Kurs bei Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner ist die These, die Lebensmittelampel würde falsche Anreize geben, indem gemeinhin als gesunder erachtete Nahrungsmittel wie Bioapfelsaft oder Brot einen roten Punkt für Zucker bzw. Salz kassierten, wohingegen zum Beispiel Cola Light mit vier grünen Punkten davon käme. Dieser Einwand scheint auf den ersten Blick verständlich; tatsächlich erhielt die mit Süßstoff statt mit Zucker gesüßte Cola Light vier grüne Ampelpunkte. Fruchtsaft dagegen bekäme wegen seines natürlichen Gehalts an Fruchtzucker einen gelben oder sogar roten Zucker-Punkt. Das heißt aber nicht, dass Saft ungesund ist als Cola Light sondern nur, dass Saft mehr natürlichen Fruchtzucker enthält. „Die Ampelkennzeichnung macht eine Angabe über die vier wichtigsten Nährwerte. Siedar nicht als Universalkennzeichnung für alle Inhaltsstoffe eines Lebensmittels missverstanden werden“, so Foodwatch.

Weitere Informationen zum Thema: [www.sabine-wils.eu](http://www.sabine-wils.eu), [www.foodwatch.de](http://www.foodwatch.de)

Sabine Wils ist Europaabgeordnete der LINKEN.

Quelle:

Disput, Juli 2011 ([http://die-linke.de/politik/disput/arc\\_hiv/detail/archiv/2010/juli/browse/1/kategorie/disput/zurueck/archiv-1/artikel/damit-lebensmittel-farbe-bekennen/](http://die-linke.de/politik/disput/arc_hiv/detail/archiv/2010/juli/browse/1/kategorie/disput/zurueck/archiv-1/artikel/damit-lebensmittel-farbe-bekennen/))

\*\*\* Anmerkung d. Red.: European Food Safety Authority (engl.)

## 100000 in Berlin. Es hat erst angefangen - jetzt weiter für die Vergesellschaftung der Energieversorgung!

Gilbert Siegler

Die Empörung war groß bei den 100000 Demonstrantinnen und Demonstranten auf der Anti-Atom-Demo am 18.9.2010. Selten hat die Bundesregierung so offen demonstriert, dass sie nicht mehr ist als die Vollstreckerin von Konzerninteressen, dass sie sich auch die Energiepolitik direkt von den großen Energiekonzernen (RWE, E.ON, Vattenfall, EnBW) diktieren lässt.

Wer den unverantwortlichen Atomkurs stoppen will, muss die Macht der Energiekonzerne brechen, wer verhindern will, dass durch das unverantwortliche Festhalten an einer Energieversorgung durch Atom- und Kohlekraftwerke der Weg in eine soziale und klimaschonende Energieversorgung verbaut wird, muss dafür sorgen, dass die Energieversorgung nicht mehr von großen Konzernen kontrolliert wird. Sie gehört wieder in die Hand der Kommunen. Um zu verhindern, dass ein Unternehmen im öffentlichen Besitz wie ein privater Konzern agiert (HEW früher, DB heute), muss durch direkt-demokratischen Einfluss der Bevölkerung sichergestellt werden, dass die Energieversorgung nicht länger ein Mittel zur Erzielung hoher und höchster Konzernprofite ist, sondern die sozialen und ökologischen Interessen der Menschen zum Maßstab werden.

Der Castortransport im Herbst bietet eine gute Möglichkeit, sich den Atomkonzernen und ihren politischen Vollstreckern massiv in den Weg zu stellen. Die Unterstützung auch aus Hamburg sollte noch größer sein als im letzten Jahr.

In Hamburg ist der erste Schritt in Richtung Rekommunalisierung der Energieversorgung getan. Die Volksinitiative (VI) „Unser Hamburg-unsere Netze“ hat im Sommer in sechs Wochen über 17000 Unterschriften gesammelt. Sie fordert die Überführung der Energienetze (Strom, Gas, Fernwärme) Hamburgs in die öffentliche Hand mit dem Ziel einer sozialen, klimafreundlichen und demokratisch kontrollierten Versorgung mit Strom, Gas und Fernwärme. Gelingendes, Vattenfall und E.ON die Versorgungsnetze – und im Falle der Fernwärme die Heizkraftwerke gleich mit – aus der Hand zu nehmen, so wäre das ein wesentlicher Schritt hin zu einer Schwächung der beiden Energiekonzerne in Hamburg.

In seiner Regierungserklärung hat der neue Hamburger Bürgermeister Ahlhaus sich nicht zur erfolgreichen Volksinitiative geäußert. Nachdem kürzlich vom Landeswahlleiter auch offiziell der Erfolg der VI bestätigt wurde, hat die Bürgerschaft vier Monate Zeit zu erklären, ob sie die Forderungen der VI über-

\* Anmerkung d. Red.: Hamburgische Electricitäts-Werke

\*\* Anmerkung d. Red.: Der Beitrag wurde vor der Anti-Atom-Demo in Gorleben Anfang November verfasst. - Einige Bilder in der Druckversion der Demonstration sind in der Tarantel enthalten.



Der Lobbyismus, d.h. die Einflussnahme der Wirtschaft – genau so, wie es eigentlich eine Art „verdeckte“ Korruption – auf die Politik, die die Demokratie ausgehöhelt hat, wurde in Gorleben angeprangert.

nimmt oder mit dieser über Kompromisse verhandeln will. Da ein Volksentscheid parallel zur nächsten Bürgerschaftswahl kaum im Interesse der Senatsmehrheit liegen dürfte, besteht die Möglichkeit, dass der Senat auf die VI zugeht. Allerdings besteht die Gefahr, dass der Senat die Bürgerschaft eine Empfehlung beschließen lässt, die Netze in die öffentliche Hand zu übernehmen, um später mit fadenscheinigen Gründen („lässt sich leider nicht finanzieren“) die Umsetzung zu verweigern. Die Übernahme der Netze lässt sich ganz ohne Zweifel durch die Erlöse der Netze finanzieren; das muss aber erst einmal – gegen die Hamburger Presse – in die Bevölkerung kommuniziert werden. Weiterhin besteht die Gefahr, dass sich der Senat zur Übernahme der Netze bereit erklärt, aber die andere Forderung der VI – „Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.“ – mit unverbindlichen Erklärungen zu entsorgen versucht. Dagegen hilft nur massiver politischer Druck. Es wird also in jedem Falle notwendig sein, das Bündnis der VI weiter zu stärken. Die große Zahl der in kürzester Zeit gesammelten Unterschriften macht deutlich, dass es eine beträchtliche Unterstützung für die Forderungen der VI gibt; das ist eine gute Voraussetzung für weitere Aktivitäten.

### Warum ist diese Auseinandersetzung so wichtig?

- Die Energieversorgung Hamburgs ist durch SPD, GAL und CDU privatisiert worden. Die Folgen waren steigende Preise für die normalen VerbraucherInnen, eine extrem klimaschädigende Konzernpolitik (Kohlekraftwerk Moorburg, das Festhalten an den Atomkraftwerken) und drohender Arbeitsplatzabbau.
- Nachdem verschiedene Senate in großem Umfang und zum Nachteil der HamburgerInnen städtisches Eigentum verkauft haben, kann aus der Rekommunalisierung der Energienetze der

Beginn einer Umkehr dieser verhängnisvollen Privatisierungswut werden.

- Die Übernahme in die öffentliche Hand, in kommunales Eigentum ist Voraussetzung dafür, dass Energie eingespart wird, dass zügig auf erneuerbare Energie umgestellt wird und Energie für alle Menschen bezahlbar ist. Allerdings kann nur eine direkte demokratische Kontrolle durch die Hamburger Bevölkerung sicherstellen, dass diese Unternehmensziele tatsächlich eingehalten werden.

Mit der Rekommunalisierung der Netze erhält Hamburg wieder die Kontrolle über die städtische Infrastruktur im Energiebereich.

Die Entwicklung der Netze kann nach kommunalen Erfordernissen erfolgen. Die durch die Netze entstehende Wertschöpfung bliebe in Hamburg, statt Konzernprofite zu steigern.

- Die Übernahme der Versorgungsnetze durch die Stadt muss ein erster Schritt zur Energieversorgung durch Hamburgische Stadtwerke werden, die frei ist von gefährlichem Atomstrom und klimazerstörendem Kohlestrom.

- 15000 Stromabschaltungen pro Jahr in Hamburg sind möglich, weil die Energieversorgung der Menschen zu einer beliebigen Ware verkommen ist, mit der möglichst hohe Profite erzielt werden sollen.

Energieversorgung als öffentliche Daseinsvorsorge für alle HamburgerInnen wird nur möglich durch Energieversorgung als gesellschaftliche Aufgabe in gesellschaftlichem Eigentum.

- Jede Schwächung der großen Energiekonzerne ist ein Schritt nach vorn für eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung. Denn nur gegen die Energiekonzerne ist eine Energieversorgung durchsetzbar, die den sozialen und ökologischen Interessen der Menschheit statt dem Profit.

Ein Erfolg dieser Kampagne würde vielen Menschen, auch weit über Hamburg hinaus, zeigen: Es ist möglich, gegen die großen Konzerne und ihre politische Sachwalter Veränderungen durchzusetzen.

Von den Parteien in der Hamburger Bürgerschaft unterstützt zur Zeit nur DIE LINKE die Volksinitiative ohne Wenn und Aber. Daraus erwächst auch eine große Verantwortung:

Unterstützen wir das Bündnis dabei, sich selber zu verbreitern, auch Betriebsräte und Gewerkschaften mit ins Boot zu bekommen, seine Forderungen weiter zu präzisieren und damit in die Öffentlichkeit zu kommen – kurz: so viel Druck zu entwickeln, dass die Rekommunalisierung der Energieversorgungsnetze Wirklichkeit wird.

„Linke Parteien haben nur dann eine politische Daseinsberechtigung, wenn sie Veränderungen des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses befördern.“

Das ist nicht mit 5 oder 10% der Abgeordnetensitze erreichbar, sondern durch breite außerparlamentarische Bewegungen. Die entscheidende Aufgabe linker Parteien besteht darin, diese sozialen Bewegungen zu unterstützen, zu intensivieren und zusammenzuführen.“ (WASG Wandsbek im Januar 2006). Genau.

Und was kann ich individuell sofort tun? Dazu siehe : [www.atomausstieg-selber-machen.de](http://www.atomausstieg-selber-machen.de)

Quelle:

<http://www.die-linke-hh.de/politik/diskussionen/detail/artikel/100000-in-berlin.html>

## AUSDENLÄNDERN

### Referat auf der 2. Tagung des 2. Landesparteitags des Landesverbandes Hamburg am 20.11.2010

Gilbert Siegler

#### Klima- und Energiepolitik

Also das ist doch total langweilig, völlig unpolitisch, dieser Klimakram – wir sollten uns den wirklich wichtigen politischen Fragen zuwenden! Was sollen der LINKEN die schwitzenden Eisbären?

So hört man es gelegentlich auch noch in unserer Partei. Worum geht es, wenn wir von Klima- und Energiepolitik reden? Es geht um Krieg und Frieden, es geht um soziale Gerechtigkeit, und es geht um die Eigentums- und Machtverhältnisse in dieser Gesellschaft.

Die Erfolgsgeschichte kapitalistischer Gesellschaften wäre undenkbar ohne ihre energetische Basis, also ohne Kohle, Erdöl und Erdgas. Fossile Energieträger gab es billig und im Überfluss.

Das ist nun vorbei: Peak Oil, der Höhepunkt der Ölförderung, ist in diesen Jahren erreicht. Unabhängige Experten sind sich darübereinig: Die Zeit des billigen Öls ist vorbei, und die Förderung wird in den nächsten Jahren zurückgehen.

Die Folgen:

- Militarisierung der Außenpolitik, Kriege mit furchtbaren Folgen für die betroffenen Länder, wie gegenwärtig im Irak;
- neokoloniale Ausbeutung zahlreicher Länder, die das „Glück“ haben, über fossile Energiereserven zu verfügen.
- Ganze Länder des Südens können ihre Energierechnung nicht mehr bezahlen.

- In Hamburg wird jedes Jahr über 15000 Haushalten der Strom abgestellt. Wie viele werden es in 10 Jahren sein?

Die kapitalistischen Hauptländer haben in weniger als 200 Jahren Energiereserven verbraucht, die in Millionen Jahren entstanden sind. Die massenhafte Verbrennung von Kohle, Öl und Gas blieb – und bleibt – nicht ohne Nebenwirkung: Das Erdklima erwärmte sich, und zwar in zunehmender Geschwindigkeit.

„Klimawandel“ ist ein stark verharmlosender Begriff. Was die Aufnahmefähigkeit für Treibhausgase betrifft, so ist die Leistungsfähigkeit der Ökosysteme der Erde bereits heute deutlich überschritten. Die Erde erwärmt sich viel schneller, als noch vor wenigen Jahren vorausgesagt. Vor allem das Abschmelzen der Eismassen Grönlands und von Teilen der Antarktis hat sich beschleunigt.

Wenn nicht schnell drastische Veränderungen durchgesetzt werden, wird sich die globale Durchschnittstemperatur bis Ende des Jahrhunderts um 4,3 Grad erhöhen. 4,3 Grad scheinen nicht viel zu sein, aber der Temperaturunterschied zwischen der letzten Eiszeit und heute beträgt gerade 5 Grad.

Zu den Folgen gehören eine starke Ausbreitung von Wüsten, häufigere und stärkere Unwetter und ein Anstieg des Meeresspiegels um durchschnittlich bis zu 2m bis zum Ende dieses Jahrhunderts, also im Verlaufe eines Menschenlebens. Milliarden Menschen in den äquatornahen Ländern und in den großen Deltagebieten verlieren ihre Lebensgrundlagen. Ob ein solcher Meeresspiegelanstieg – der ja am Ende des Jahrhunderts nicht aufhört, in Norddeutschland technisch bewältigt werden kann, ist mindestens offen.

Die Verursacher und Nutznießer kapitalistischer Energienutzung sitzen in den reichen Industrieländern des Nordens, die Menschen in den armen Ländern des Südens tragen als erste die Folgen.

Die internationale Klimakonferenz in Kopenhagen vor knapp einem Jahr ist auch deshalb gescheitert, weil die Regierungen der reichen Länder des Nordens diese Tatsachen nicht anerkennen wollten.

Die volkswirtschaftlichen Verluste bei einem „Weiterso“ werden auf bis zu 5–20% des zu erwartenden Volkseinkommens geschätzt. Soziale und politische Destabilisierung, Verarmung großer Bevölkerungsteile, große Flüchtlingsbewegungen und zunehmende Ressourcenkriege wären die Folgen.

Gegenwärtig sterben etwa 300000 Menschen jährlich an den Folgen des Klimawandels, und es gibt über 20 Millionen Klimaflüchtlinge. Die Rede von den „schwitzenden Eisbären“ ist nicht nur zynisch, sie ist auch asozial. Linke sind Internationalisten und deshalb kann es uns nicht egal sein, welche Folgen die herrschende Ökonomie und Politik für die Völker anderer Länder hat.

Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit, und wenn „soziale Gerechtigkeit“ einen Sinn hat, dann gilt sie für alle Menschen.

\* Anmerkung d. Red.: Gemeint ist Grad Celsius, siehe auch Anmerkung auf S.28.

Eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf maximal 2 Grad, um die Folgen vielleicht noch beherrschen zu können, erfordert ein radikales Umsteuern besonders in der Energiepolitik, bei den Verkehrssystemen und in der Landwirtschaft. Warum gelingt das bisher nicht?

Unter den 500 größten und mächtigsten Konzernen weltweit – ähnlich in Europa – machen bis zu 30% ihre Profite mit der Förderung, Verarbeitung und Vertrieb von Kohle, Öl und Gas und mit der Nutzung von Öl, also mit Autos und Flugzeugen. Diese Konzerne haben sich durchgesetzt: Bei den Konferenzen in Kopenhagen und anderswo, bei der Privatisierung der Energieversorgung in den letzten 20 Jahren und bei der Laufzeitverlängerung für AKW vor wenigen Wochen.

Um ihre Profite zu steigern, vernichten Energie-, Auto- und Flugzeugkonzerne Arbeitsplätze, schaffen immer mehr prekäre Arbeitsverhältnisse, machen Energie und Mobilität für immer mehr Menschen unbezahlbar, und sie forcieren die globale Erwärmung und zerstören damit langfristig die Lebensgrundlagen von Milliarden Menschen.

Eine ähnlich katastrophale Rolle spielt das Finanz- und Immobilienkapital. Es profitiert, nicht zuletzt als Kapitalanleger in den o.g. Bereichen, ebenso von der Zerstörung natürlicher und sozialer Lebensgrundlagen der Menschen. Stuttgart 21 ist ein prägnantes Beispiel.

Ein wirksamer Klimaschutz, eine wirksame Energiepolitik können folglich nur durchgesetzt werden gegen die großen Konzerne, die an der Nutzung vor allem von Kohle und Öl Milliarden verdienen. Dazu gehören auch die transnationalen Unternehmen, die Immobilien bauen und betreiben, die Chemiekonzerne und nicht zuletzt die Großbanken und anderen Finanzkonzerne. Nur gegen sie und ihre politischen Handlanger in Parteien und Regierungen kann wirksamer Klimaschutz durchgesetzt werden.

Wer die Verantwortung von RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW verschweigt, wer sich mit diesen und den Auto- und Flugzeugkonzernen nicht anlegen will wie CDU/CSU, SPD und die GRÜNEN, kann keine Energiewende durchsetzen, kann keinen Klimaschutz verwirklichen, welcher der Dramatik der Klimaveränderung auch nur annähernd gerecht wird! Unter den im Bundestag vertretenen Parteien ist gegenwärtig nur DIE LINKE bereit und in der Lage, die Ursachen und die Verursacher der drohenden Klimakatastrophe schonungslos zu benennen und Lösungswege aufzuzeigen.

Das im Kapitalismus alles zur Ware wird, hat Karl Marx schon vor 160 Jahren festgestellt. Selbst die genialen Köpfe wird sich kaum vorgestellt haben, wie weit das einmal gehen würde.

Es kann aber doch nicht richtig sein, dass Gesundheit und Bildung, Energie- und Wasserversorgung, die Altersvorsorge und der Klimaschutz Objekte kapitalistischer Verwertungsinteressen bleiben, dass sie dem Profitinteresse dienen statt den Lebensinteressen der Menschen!

Die ungeheure wirtschaftliche und politische Machtkonzentration bei den Energiekonzernen muss

Schritt für Schritt eingeschränkt und überwunden werden. Die Energieversorgung ist eine elementare Lebensvoraussetzung. Energie darf nicht freigehandelt werden wie Brötchen. Energieversorgung gehört in die öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle der Bevölkerung! Wir müssen gerade auch in diesem Bereich die Systemfrage stellen, wie es Oskar Lafontaine einmal formuliert hat.

Notwendig ist ein grundlegender sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft, der die sozialen und ökologischen Interessen der Bevölkerung statt der Profitinteressen einer kleinen Minderheit zum Maßstab wirtschaftlichen und politischen Handelns macht. Eine solche Politik werden wir nicht allein und nicht vorrangig über die Parlamente durchsetzen. Was notwendig ist, sind breite gesellschaftliche Bündnisse, in denen ökologische, soziale und auf Demokratisierung gerichtete Interessen sich zusammenfinden. Die Anti-AKW-Bewegung hat sich zunehmend zu einem solchen Bündnis entwickelt. „Unser Hamburg – unser Netz“, das Hamburger Bündnis für die Rekommunalisierung der Energieversorgungsnetze, hat gute Voraussetzungen, ein breites, schlagkräftiges Bündnis auf Hamburger Ebene zu werden. Eine Kooperation mit der ver.di-Volksinitiative gegen Privatisierungen wäre in diesem Sinne sicher sinnvoll. Eine ganz wesentliche, vielleicht die wichtigste Aufgabe der LINKEN, der Partei wie der Fraktionen, besteht darin, die Entwicklung solcher außerparlamentarischen Bündnisse nach Kräften zu unterstützen. Es geht darum, unsere Analysen und Forderungen in die Diskussionen in den Bewegungen einzubringen, auch einmal initiativ zu werden, damit etwas in Bewegung gerät, unsere Strukturen für die Unterstützung zu nutzen, zu helfen, parallele Bewegungen zusammenzuführen und Perspektiven zu entwickeln. Zugleich können wir in der praktischen Mitarbeit viel lernen. Und wir können – und müssen – durch unsere parlamentarische Präsenz den Bewegungen helfen, Gegenöffentlichkeit herzustellen. Es geht also nicht darum, außerparlamentarische Bewegungen für uns auszubeuten, wie wir es bei SPD und Grünen immer wieder beobachten können. Sondern es geht darum, das Entstehen von Unmut und Widerstand gegen die herrschende Politik zu fördern und alles in unseren Kräften stehende zu tun, damit die Bewegungen wachsen und Menschen selber für ihre Interessen aktiv werden, damit im außerparlamentarischen Kampf die Kräfte stärker werden, die wirkliche gesellschaftliche Veränderungen durchsetzen können. Das gilt für die Klima- und Energiepolitik, aber genauso für alle anderen Felder der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. In der Klima- und Energiepolitik wird der Zusammenhang von sozialen und ökologischen Fragen, von Ökologie und Frieden, von Gegenwarts- und Zukunftsinteressen so deutlich wie kaum sonst irgendwo. Erfolgversprechende Veränderungsstrategien und tragfähige Lösungsansätze können nur von einer kapitalismuskritischen Linken kommen. Deshalb trägt unsere Partei hier eine gewaltige Verantwortung.



Wie die soziale und die Friedensfrage dürfen wird Klima- und Energiepolitik nicht dem großen Kapital und seinen Parteien überlassen. Sie muss zum Kernbereich unserer Politik gehören!

### Was heißt das nun für Hamburg, für unsere Politik auf Landesebene?

Der Senat hat als verbindliches Ziel erklärt, dass von Hamburg bis 2020 um 40% weniger CO<sub>2</sub> emittiert wird als 1990. Dieses Ziel ist richtig und notwendig, aber mit den beschlossenen Maßnahmen keinesfalls zu erreichen.

Während in den letzten Jahren der Bau neuer Kohlekraftwerke an anderen geplanten Standorten verhindert wurde, hat ihn der schwarz-grüne Senat in Moorburg ermöglicht. Statt den Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr zu fördern, sollen demnächst wieder die HVV-Fahrpreise erhöht werden. Statt die etwa 700000 mangelhaft wärme gedämmten Wohnungen in Hamburg zügig energetisch zu sanieren – was zugleich viele Arbeitsplätze schaffen würde, gibt es hauptsächlich eine üppige Förderung für das schwarz-grüne Klientel beim Bau von Villen in Passivhaus-Bauweise.

Nachdem SPD, CDU und GAL die HEW an Vattenfall verkauft hatten, wurde nun HAMBURG ENERGIE gegründet, ein Unternehmen ohne Geld, ohne nennenswerte eigene Stromproduktion – ein Placebo zur Beruhigung der GAL. Es wird noch viel politischer Druck notwendig sein, damit aus HAMBURG ENERGIE ein Unternehmen wird, das eine sozial gerechte und klimaverträgliche Energieversorgung aus zunehmend regenerativen Quellen verwirklicht. Eine Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 40% bis 2020 und um 80–90% bis 2050 ist natürlich nur möglich, wenn gerade in den großen Städten erhebliche Anstrengungen unternommen werden, wenn es eine radikale Umkehr in der Klima- und Energiepolitik gibt.

Hamburg hat in drei Bereichen große Möglichkeiten und große Verantwortung, welcher der schwarz-grüne Senat nicht gerecht wird:

#### 1. Ein wesentlicher Teil des Energiebedarfs ist der Wärmebedarf für Raumheizung.

Anders als beim Strom ist eine schnelle Umstellung auf regenerativ erzeugte Wärme nicht möglich. Es gibt aber riesige Möglichkeiten der Energieeinsparung und Energieeffizienz. Auch und besonders hier gilt: Die beste Kilowattstunde ist die, die nicht verbraucht wird.

Entscheidend ist hier die energetische Sanierung des Gebäudebestands. Sie kommt aber nur im Schnecken temp voran. Die Sanierungsrate liegt bei 1–2%. Sie muss auf das 5–10-Fache erhöht werden.

\*\* Anmerkung d. Red.: Hamburger Verkehrsverbund.

\*\*\* Anmerkung d. Red.: siehe Anmerkung\* S. 19.

Statt wie bisher lediglich auf die Einsicht der Hauseigentümer zu hoffen und immer höhere Fördergelder anzubieten, ist es zum einen notwendig, Informations-, Finanzierungs- und Planungsdefizite konkret anzugehen. Dafür ist eine Gebäudesanierungs-Agentur erforderlich, die quartiersweise die Planung und Begleitung von Gebäudesanierung und Veränderung der Energieversorgung übernimmt.

Und zum anderen fordern wir eine Verpflichtung von Hauseigentümern zur energetischen Sanierung mit gesetzlich festgelegten Zeitzielen. Zudem ist die Verpflichtung zum Einsatz erneuerbarer Wärme gesetzlich zu regeln. Dabei ist sicherzustellen, dass mindestens im öffentlich geförderten Wohnungsbau die Mietsteigerungen nicht die Einsparungen bei den Heizkosten übersteigen.

Neubauten im Passivhaus-Standard, insbesondere Einzelhäuser, werden in Hamburg üppig gefördert. Für ein Einfamilien-Passivhaus von 130 m<sup>2</sup> kann man in Hamburg einen Zuschuss von knapp 33000 € bekommen. „Natürlich“ ist die Förderung im Mietwohnungsbaunicht so üppig.

Die Verschleuderung öffentlicher Mittel für die Förderung der schwarz-grünen Klientel ist unverzüglich zu beenden. Da bei Neubauten heute nur noch der Passivhaus-Standard als nachhaltig betrachtet werden kann, ist dieser unverzüglich für alle Neubaute einzuführen. Im Mietwohnungsbereich und insbesondere bei Sozialwohnungen muss durch öffentliche Förderung dafür gesorgt werden, dass die Warmmieten nicht höher sind als beim gegenwärtig vorgeschriebenen Baustandard. Bei Mehrfamilienhäusern ergibt sich daraus kein besonders hoher Förderbedarf.

Für die Senkung des Wärmebedarfs ist allerdings die energetische Sanierung im Bestand viel wichtiger. Das liegt zunächst an der großen Zahl der bestehenden Bauten. Und zum anderen sind die Kosten der Förderung um ein Vielfaches niedriger.

Auch die besten Gesetze sind nur dann erfolgreich, wenn ihre Einhaltung kontrolliert wird. Ob bei den Gebäudesanierungen auch an die damit verbundenen Verpflichtungen zu energetischer Sanierung gedacht wird und ob die Größe der Anforderungen auch eingehalten wird, das kontrolliert in Hamburg niemand. Der Einspareffekt liegt bei den realisierten Sanierungen 30–60% niedriger als vorgeschrieben. Hier schlägt die neoliberale Politik wieder einmal kräftig zu: Die Stellen der PrüferInnen wurden bei den Bauämtern gestrichen. Der Staat soll sich zurückziehen, der Markt regelt schon alles. Wir fordern also die Einstellung einer ausreichenden Zahl von Fachleuten in den zuständigen Ämtern. Damit lassen sich große Effekte mit sehr geringem finanziellen Aufwand erzielen.

Und wieso soll die Stadt das bezahlen? – lautet der übliche Einwand. Die nachträgliche Wärmedämmung, die Modernisierung der Heizungsanlagen und die Entwicklung von Nah- und Fernwärme machen viel Arbeit. Viele Menschen werden wieder Arbeit finden, sind nicht mehr von ALG abhängig und zahlen Steuern. Die Maßnahmen finanzieren sich für die öffentliche Hand mittel- und langfristig selbst.

Und darüber hinaus sollte klar sein: Wenn unab-  
weisbare Aufgaben nicht mehr geleistet werden kön-  
nen, müssen die Einnahmen Hamburgs erhöht wer-  
den.

## **2. Der zweite große Bereich, auf den Hamburg einen wesentlichen Einfluss hat, ist der Verkehr.**

Die CO<sub>2</sub>-Emissionen des PKW-Verkehrs bewegen sich in Deutschland seit Jahren auf einem viel zu hohen Niveau, die Emissionen beim Straßengüterverkehr und beim Luftverkehr steigen steil an. Alle Propagandakampagnen für Agrotreibstoffe oder für Elektroautos ändern daran nichts. Ein Mobilitätssystem, das vorrangig aus motorisiertem Individualverkehr besteht, ist nicht zukunftsfähig. Die notwendige Abkehr vom erdölbasierten Verkehr kann nur gelingen, wenn der öffentliche Nahverkehr deutlich preisgünstiger wird und wenn alle Teile Hamburgs geschlossen sind. Deshalb müssen die HVV-Preise drastisch sinken statt zu steigen. Erstens, weil es ein Skandal ist, dass Geringverdienende und Hartz-IV-Opfer durch die hohen Preise von der Nutzung des HVV weitgehend ausgeschlossen werden. Und zweitens, weil ein preisgünstiger öffentlicher Verkehr eine wesentliche Voraussetzung für den Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn ist.

Das reicht aber nicht. Die Kapazitäten insgesamt und die Anbindung benachteiligter Stadtteile sind deutlich zu verbessern. Dafür sind kurzfristig die Taktzeiten von Bussen zu verdichten. Mittelfristig braucht Hamburg eine neue Straßenbahn, die Stadtbahn. Sie ist komfortabler, hat größere Kapazitäten, ist wetterunabhängiger und deutlich billiger zu haben als neue U- oder S-Bahnstrecken. Zahlreiche Städte im In- und Ausland wissen, warum sie ihre Straßenbahn erhalten oder neu gebaut haben; Hamburg hinkt wiederum mal hinterher.

Zugleich ist es notwendig, die Subventionen für den Auto- und vor allem auch den Flugverkehr zurückzuführen. Die frei werdenden Mittel sind im öffentlichen Verkehr besser aufgehoben – im sozialen Interesse wie im Klimainteresse, was ja langfristigauch ein soziales Interesse ist.

## **3. Die Energieversorgung ist der dritte Bereich, indem Hamburg etwas bewegen kann und muss.**

120000 bei der Menschenkette im April, 100000 auf der großen Demo in Berlin, 50000 am 6. 11. in Dannenberg und nicht zuletzt fast 18000 Unterschriften unter die Forderung nach Rekommunalisierung der Energienetze in Hamburg zeigen: Diese Fragen bewegen viele Menschen. Auf den Demos gegen Atomkraft ging es – und das ist etwas Neues – immer auch um die Klimafrage, es wurde immer wieder deutlich gemacht, dass Kohlekraftwerke keine Alternativen sind, und immer mehr Menschen haben erkannt, dass eine Energiewende nur ohne und gegen die großen Energiekonzerne möglich ist:

- damit Hamburg nicht auf Dauer von Atomanlagen umzingelt bleibt;
- damit nicht weiterhin jedes Jahr Hunderte Atomtransporte durch Hamburg rollen und der Senat so tut, als ginge ihm das nichts an;

- damit es Vattenfall nicht gelingt, seine Fernwärmetrasse durch St. Pauli und Altona zu schlagen;
- damit in Hamburg die Energiepreise nicht weiter explodieren, um Vattenfall und E.ON maximal profitieren zu ermöglichen;
- damit Hamburg nicht länger dafür wirkt, dass sich die Völker von Tuvalu, der Malediven und anderer kleiner Inselstaaten ein Exil suchen müssen, weil ihre Heimat bald überflutet wird.

Damit alles das nicht passiert, sondern ernsthafter Klimaschutz und ein Grundrecht auf Energieversorgung Wirklichkeit werden, gehört auch in Hamburg die Energieversorgung, die Versorgung mit Fernwärme, mit Strom und mit Gas in die öffentliche Hand. Und damit das zuständige öffentliche Unternehmen, die Stadtwerke nämlich, wirkliche einesozial gerechte, klimaschonende Energieversorgung aus erneuerbarer Energie realisieren, müssen diese Stadtwerke durch die Bevölkerung demokratisch kontrolliert werden. VertreterInnen von Umwelt- und Sozialverbänden, von Gewerkschaften und Mietervereinen sind daran zu beteiligen.

An dieser Stelle sind zwei Bemerkungen zu HAMBURG ENERGIE notwendig. Es ist richtig und notwendig, wieder ein Energieversorgungsunternehmen der Stadt zu schaffen, nachdem SPD, GAL und CDU die HEW und Hein Gas verkauft haben. Allerdings ist HAMBURG ENERGIE fast ausschließlich Stromhändler und verkauft zudem Strom aus einem 34 Jahre alten österreichischen Wasserkraftwerk als Ökostrom – reine Rosstäuscherei! Dabei geht es anders: München hat sich vorgenommen, alle Haushalte bis 2015 mit Strom aus regenerativen Quellen zu versorgen, dafür beteiligt sich München an neuen Anlagen; dadurch wird der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Quellen wirklich erhöht.

Ein weiterer Punkt ist bei HAMBURG ENERGIE, dessen Aufsichtsratsvorsitzender Christian Maaß (GAL) ist, scharf zu kritisieren: Das Unternehmen verweigert Vertragsabschlüsse mit Menschen, die einen Schufa-Eintrag haben. Das ist ein Skandal, für ein kommunales Unternehmen völlig inakzeptabel! Wir fordern die BSU \*\*\*\* auf, diese diskriminierende Klausel sofort aus den AGB entfernen zu lassen!

Der erste Schritt zu einer kommunalen Energieversorgung ist die Rekommunalisierung der Energieversorgungsnetze in Hamburg. Mit dem Fernwärmenetz würden zugleich die Anlagen zur Wärmeversorgung übernommen. Aus dem Stand, mit wenigen Wochen Vorlauf hat ein Bündnis aus Umweltverbänden und Moorbürgertreffen-Ini, Attac und Diakonie, Verbraucherzentrale und Robin Wood eine Volksinitiative aus dem Bodengestampft. In sechs Wochen, mitten in der Ferienzeit, haben wir fast 18000 Unterschriften gesammelt. Nach dem Ratschlag des Bündnisses am 26. Oktober haben inzwischen über 20 Initiativen und Organisationen eine Resolution mit den Forderungen der Volksinitiative unterschrieben. Die Breite des Bündnisses zeigt: Immer mehr Menschen

\*\*\*\* Anmerkung d. Red.: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg.

schen sehen, dass ökologische und soziale Belange gerade auch bei der Energieversorgung kein Gegensatz sind, sondern dass sie nur zusammen durchgesetzt werden können.

Damit die Ziele dieses Bündnisses – die auch unsere Ziele sind – Wirklichkeit werden, müssen wir diesen außerparlamentarischen Kampf mit aller Kraft unterstützen.

Aus unserer Sicht wäre eine Enteignung zum Zwecke der Vergesellschaftung von Vattenfall und E.ON nach §§ 14, 15 GG der richtige Weg. Voraussetzung dafür ist allerdings ein grundlegend verändertes gesellschaftliches Kräfteverhältnis, für das wir zusammen mit vielen Partnern noch hart arbeiten müssen.

Eine Rekommunalisierung der Netze – und der Anlagen der Wärmeversorgung – wäre aber auch dann ein riesiger Erfolg, wenn sie nicht durch Vergesellschaftung zustande kommt. Es wäre eine Voraussetzung für den nächsten, größeren Schritt: Vattenfall und E.ON die Energieversorgung in Hamburg insgesamt zu entreißen.

Und es wäre ein hervorragender Beweis dafür, dass „die da oben“ eben doch nicht immer machen können, was sie wollen, dass Menschen ihre Interessen gegen die Herrschenden und Regierenden durchsetzen können – dass diese Gesellschaft veränderbar ist!

#### **4. Klimaschutz soll vor dramatischen Folgen einer außer Kontrolle geratenden globalen Erwärmung schützen, er ist deshalb nicht zuletzt vorsorgende Sozialpolitik.**

Zugleich dürfen wir die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, dass alle gegenwärtig für den Klimaschutz eingesetzten Instrumente die Wohlhabenden bevorzugen und Geringverdiener benachteiligen. Die Wohlhabenden können sich einen effizienteren Kühlschrank kaufen, durch Sonnenkollektoren auf dem Dach oder Anteile an Windkraftanlagen von staatlicher Förderung profitieren, werden weniger durch die Ökosteuer belastet usw.

Klimaschutzmaßnahmen müssen erheblich verstärkt werden, das ist unabweisbar. Aber damit sie die Umverteilung von unten nach oben nicht weiter verstärken, müssen soziale Ausgleichsmaßnahmen her. In den „50 Forderungen zu Energiepolitik und Klimaschutz in Hamburg“ haben wir dazu erste konkrete Vorschläge entwickelt. Viele davon lassen sich auch ohne Änderung von Bundesgesetzen in Hamburg umsetzen – wenn denn der politische Wille da ist.

Ein konkretes Beispiel nannte ich schon. Alle Wohnungen müssen zukünftig im Passivhaus-Standard gebaut werden. Damit nicht insbesondere bei Sozialwohnungen die Mieten stärker steigen als die Heizkosten sinken, muss die Differenz durch die Stadt abgefangen werden.

DIE LINKE ist die einzige Partei in der Bürgerschaft, welche die Ursachen für das Ausbleiben der Energiewende und für das Ausbleiben eines ernsthaften Klimaschutzes benennen. Und DIE LINKE ist die einzige Partei, die darauf besteht, dass Klimaschutz

nicht auf Kosten der Armen, sondern zu Lasten der Reichen passiert.

Mit dem heute vorliegenden Antrag und den „50 Forderungen zu Energiepolitik und Klimaschutz in Hamburg“ haben wir Instrumente, mit denen wir den Senat und die ihn tragenden Parteien gründlich zurechnen können. Mit denen wir zugleich zeigen: Wir sind die Partei des Klimaschutzes und der sozialen Gerechtigkeit – beides gehört untrennbar zusammen.

Im Entwurf für ein Parteiprogramm der LINKE heißt es: „Eine ökologisch nachhaltige Entwicklung steht im Widerspruch zur kapitalistischen Wachstumslogik. Die ökologische Frage ist zugleich eine ökonomische, soziale und kulturelle – eine Systemfrage.“

Die große Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist der Klimawandel

Nehmen wir diese Herausforderung an!

### **LINKE gegen Kohlekraftwerke Krefeld-Uerdingen und Lünen**

#### **Pressemitteilung der Landtagsfraktion DIE LINKE NRW und der Ökologischen Plattform DIE LINKE NRW**

Die Landtagsfraktion DIE LINKE NRW und die Ökologische Plattform DIE LINKE NRW sprechen sich gegen das geplante Kohlekraftwerk Krefeld sowie gegen den Bau des Kohlekraftwerks Lünen aus, an denen viele Stadtwerke über die Trianel, Aachen, beteiligt sind.

„Der Neubau des geplanten Steinkohlekraftwerks Krefeld zementiert die Gesundheitsbelastung mit schädlichen Rauchgasen sowie die Belastung des Klimas mit 4,6 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> jährlich für mindestens 40 Jahre“, so Ralf Henrichs, Sprecher der Ökologischen Plattform NRW (ÖPF). Dies stehe im Widerspruch zum Koalitionsvertrag der SPD und der Grünen in NRW. Die Landesregierung will den landesweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 um 25% und bis 2050 um 80% bis 95% reduzieren und darüber hinaus den Umbau der Energiewirtschaft auf erneuerbare Energiequellen forcieren. In der Koalitionsvereinbarung heißt es: „Planungen für alle neuen Kraftwerke müssen im Einklang mit den Klimaschutzziele stehen. NRW wird dies zur Leitschnur bei der Raumordnung machen. Neue fossile Kraftwerke dürfen nicht in einen Widerspruch zum Ausbau der erneuerbaren Energie geraten, sondern müssen die sinnvoller ergänzen.“ Aber die Stromproduktion eines Kohlekraftwerks könne nicht schnell hoch- und herunter geregelt werden, damit widerspreche es den Anforderungen bei der schwankenden Einspeisung der erneuerbaren Energie. Sollt das Kraftwerk Krefeld genehmigt werden, dann werden entweder die landesweiten und die nationalen Klimaschutzziele verfehlt, oder das Kraftwerk wird zu einer Fehlinvestition, so Ralf Henrichs, beides sei unverantwortlich. In Lünen sei das Kind bereits in den Brunnen

gefallen, denn dieses Steinkohlekraftwerk befindet sich bereits im Bau. Er fordert den sofortigen Baustopp und eine Planungsänderung hin zu einem kleineren GuD\*-Kraftwerk, falls die Abwärmesinnvoll nutzbar sei.

„Import von Kohle macht uns nicht nur abhängig, der Bergbau in wenig entwickelten Ländern geht zumeist mit menschenunwürdiger Ausbeutung, Zerstörung landwirtschaftlicher Flächen und Unterdrückung der Bevölkerung einher, dies sind Fluchtgründe,“ erklärt Hamide Akbayir, MdL und umweltpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW.

Wenn schon Verbrennung unumgänglich sei, wie für den Standort des Chemparks Krefeld-Uerdingen, in dem die Abwärme des Kraftwerkes als Prozesswärme benötigt wird (sogenannte Kraft-Wärme-Kopplung), würde sich eher ein Gasturbinenkraftwerk eignen. Außerdem können Gaskraftwerke auch mit kleineren Leistungen ökonomisch errichtet werden als Kohlekraftwerke. „Gasverbrennung stößt sehr viel weniger CO<sub>2</sub> und Rauchgase aus, diese Art Kraftwerke können sehr schnell geregelt werden und ergänzen so ideal die erneuerbaren Energien. Damit wäre ein kleineres, schnell regelbares Gasturbinenkraftwerk ökonomisch betreibbar, denn Spitzenlaststrom ist teuer“, so Michael Aggelidis, MdL und energiepolitischer Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE NRW. Ein Gaskraftwerk stehe - anders als der Ausbauder Kohleverstromung - dem Ausbauder Energie aus erneuerbaren Quellen nicht zwangsläufig entgegen. Ein Gaskraftwerk könne in Zukunft dann mit Biogas aus landwirtschaftlichen Abfällen, Gülle und Abwässern betrieben werden, wenn die beteiligten Stadtwerke in ihren Kommunen Landwirten langfristige Lieferverträge über Gas aus neu zu errichtenden Biogasanlagen anbieten. Das sichere qualifizierte lokale Arbeitsplätze und stärke die kommunale Wirtschaft. Biogasherstellung aus eigens dazu angebauten Energiepflanzen lehne DIE LINKE NRW ab, weil dadurch Lebensmittel verknappt und verteuert werden, mit weltweit verheerenden Auswirkungen.

Mit einer solcher Strategie könnte die Trianel bzw. die beteiligten Stadtwerke sogar echten Ökostrom aus einem neu errichteten Kraftwerk anbieten. Michael Aggelidis kritisiert, dass die weitaus meisten sogenannten Ökostromanbieter ihren nicht-ökologischen Strom nur mit Zertifikaten „grünwaschen“, ohne den Strommix tatsächlich zu ändern. Trotz des Labels „Ökostrom“ werde das Klima hierbei unvermindert belastet. Michael Aggelidis und Hamide Akbayir fordern, dass die Stadtwerke echten Ökostrom aus neu errichteten Kraftwerken der erneuerbaren Energien anbieten, statt ihren Kunden einen konventionellen Strommix mit Zertifikaten als Ökostrom anzudrehen: „Dazu benötigen wir vor Ort in den Kommunen viele neue Windkraftwerke, Solar- kraftwerke, Biogasanlagen, Biogaskraftwerke, Speicher und den Ausbau der Stromnetze sowie ein neues dezentrales Netzmanagement, um auf die

Schwankungen reagieren zu können.“ Der Umstieg auf eine Energieversorgung zu 100% aus erneuerbaren Quellen müsse ohne Aufschub konsequent eingeleitet werden, damit den Kriegsgründen, der Umweltzerstörung und der sozialen Spaltung der Windausden Segel Ingenommen werde.

Informationen: <http://www.kohle-protest.de/krefeld/>

## Bericht von der Jahreshauptversammlung der ÖPF NRW

### Ralf Henrichs

Am 13. November traf sich die Ökologische Plattform in NRW zu ihrer Jahreshauptversammlung. Personell ging es dabei um die Neuwahl des Koordinierungsrats, der komplett wiedergewählt wurde. Im Koordinierungsratsind damit weiterhin:

- Hamide Akbayir, MdL, zuständig für den Kontakt zur Landtagsfraktion;
- Thomas Besler, Schriftführer;
- Jörg Büte für, Mitgliederverwaltung;
- Martina Haase, Atompolitik;
- Ralf Henrichs, auch Mitglied im BundessprecherInnenrat der ÖPF, Sprecher der ÖPF NRW, Internet;
- Claudia Jetter, umweltpolitische Sprecherin im Landesvorstand;
- Peter Kämmerling, Energiepolitik, Flyer.

Dader Koordinierungsrats quotiert gewählt worden ist und aus acht Personen besteht, ist ein quotierter Platz frei geblieben und wird bei Gelegenheit nachgewählt.

Inhaltlich wird sich die ÖPF NRW im nächsten Jahr mit folgenden Schwerpunkten befassen:

- Anschreiben der Kreisfraktionen und -parteien, wer dort für die Umweltsache zuständig ist, um zu einer stärkeren Vernetzung beizutragen;
- Verbesserung des Internetauftritts (hier haben auf der Jahreshauptversammlung auch Genossen ihre Mitarbeit angeboten);
- (Mit-)Durchführung eines Antiatom-Hearings, das im ersten Quartal 2011 im Landtag stattfinden soll;
- verstärkte Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion (z.B. Mitformulierung von Anfragen oder auch Ideenfindung für solche Anfragen);
- gute Zusammenarbeit mit der BAG Umwelt, Energie, Verkehr: Dies gilt auch, wenn die BAG in NRW einen eigenen Landesverband gründen sollte.
- Weiterhin wollen wir versuchen, auf die ökologischen Teile des zu entwickelnden Parteiprogramms Einfluss zu nehmen.

Im letzten Jahr hat die ÖPF NRW sich am Entwurf des Landtagswahlprogramms und natürlich am Wahlkampf beteiligt (u.a. mit den Flyern „Sozial-

\* Anmerkung d. Red.: Gas- und Dampf-Kombikraftwerk oder Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerk.

ökologisches Wirtschaften ist möglich“, „Sozial-ökologischer Verkehr ist möglich“, „100% Erneuerbare Energie ist möglich“). Wir arbeiten im AK III der Landtagsfraktion mit, in dem Bereich Umwelt fällt lt. Das Bundestreffen 2010 hat die ÖPF NRW in Rodinghausen durchgeführt. Auch die Zusammenarbeit mit der BAG Umwelt, Energie, Verkehr gestaltet sich gut. So fand das erste Treffen der BAG in Westdeutschland überhaupt s- am 27. November in Münster, NRW, statt. Beim Landesrat im November, auf dem in vier Arbeitsgruppen der Programm entworfen und debattiert wurde, hat Ralf Henrichs das Input-Referat zum Thema Ökologie gehalten. Die Treffen des Koordinierungsrats sind öffentlich. Das nächste Treffen wird am 8. Januar um 11 Uhr in Essen, Severinstr. 1 (dem Fraktions- und Parteibüro der LINKEN) stattfinden. Hierzu ist jeder gerne ein- geladen. Um die Treffen attraktiver zu gestalten, möchten wir einen Referenten aus der Antiatombewegung einladen, um die Situation allgemein, aber insbesondere vor dem 26. April 2011 zu besprechen. An diesem Tag jährt sich die Tschernobyl-Katastrophe zum 25. Mal.

## Der Juchtenkäfer ( *Osmoderma eremita* ) im Kampf gegen Macht und Kapital

Lothar Keller

**Wie der kleine Eremit schafft, was 100000 Demonstranten, zahlreiche Klageverfahren und versuchte Volksbegehren nicht vermochten. Was passierte und wie es weitergeht mit Stuttgart 21**

Der Eremit (auch genannt Juchtenkäfer) misst 23 bis 39 Millimeter in der Länge und 14 bis 19 Millimeter in der Breite und ist am ganzen Körper unauffällig glänzend braunschwarz gefärbt mit einem schwachen Metallschimmer. Der Käfer lebt in Baumhöhlen, die er oft sein ganzes Leben lang nicht verlässt. Der Geruch seines Sexuallockstoffs erinnert an Juchtenleder, woher sein Name stammt.



Juchtenkäfer oder Eremit (Weibchen)

Und dieser Käfer hat nun vollbracht, worüber ganz Deutschland seit Monaten streitet. Er hat zu einem Fällverbot des Eisenbahnbundesamtes geführt. Er gibt Zeit zum Nachdenken über ein Projekt, das zur

Schicksalsfrage Deutschlands ausgerufen wurde. Bundeskanzlerin Merkel hat so ihr eigenes politisches Vorkommen eng an den Erfolg des Projekts geknüpft. Fällt (wie in den Umfragen vorhergesagt) im März 2011 die schwarz-gelbe Landesregierung in Baden-Württemberg, könnten auch die Tage von Angela Merkel gezählt sein.

Doch worum geht es bei Stuttgart 21? Seit Jahren gärt nun der Streit um den Neubau des Bahnhofs Stuttgart 21. Der Planungsprozess ist schon so alt, dass viele derer, die wöchentlich zu Tausenden aus Protest am Bauzaun stehen, ihn zu Lebzeiten wohl garnicht miterleben durften. Die Bedenkender Gegner, von Anfang an mit viel Leidenschaft vorgetragen, konnten sich im bisherigen Planungsverfahren noch nicht durchsetzen. Zu groß das Interesse der Stadt, ein neues Stadtviertel für die Besserbegüterten der Stadt zu erschaffen. Das ist die geschätzte 8 Milliarden Euro Projektkosten (manche unabhängige Gutachter rechnen inklusive der Neubaustrecke nach Ulm mit bis zu 20 Milliarden) doch Peanuts. Dabei wird der größte Teil vom Bund, vom Land und der Stadt und damit von den Bürgern getragen. Die Deutsche Bahn selber zahlt nur knapp über eine Milliarde Euro.

Doch die Bedenken der Gegner des Projekts sind nicht nur monetär begründet. Es wird auch grundsätzlich in Frage gestellt, wie eine Halbierung der Gleiszahl (von 16 auf 8) eine bedeutende Effizienzsteigerung und Fahrzeitverkürzung bewirken soll. Und nicht zuletzt an den Umweltproblemen, die Stuttgart 21 mit sich bringt, wird vehement Kritik geübt. Deswegen sollen hier die ökologischen Bedenken genauer unter die Lupe genommen werden.

## Der Schlosspark

Der Stuttgarter Schlossgarten, seit Jahrhunderten ein Symbol der Stadt, ist die grüne Lunge Stuttgart. Für Stuttgart 21 soll dort mehr als 280 alte Bäume mit bis zu 5m Stammumfang gefällt werden. Und das ausgerechnet im von den Stuttgartern am meisten genutzten und geliebten Teil des mittleren Schlossgartens. Diese Bäume stammen teilweise noch aus der Zeit der Einweihung des Schlossgartens Anfang des 19. Jahrhunderts. Was nach der Beendigung des Projekts noch an Bäumen übrig bleibt, ist aufgrund von Grundwasserabsenkungen für den Tunnelbau vom Verdursten bedroht.

## Der geologische Untergrund und die Mineralwasserquellen

Das Stuttgarter Mineralwasser ist weithin bekannt. Schon vor Jahrhunderten wurde es zum Trinken und für die Kur geschätzt. Durch das Projekt steht zu befürchten, dass durch Abpumpen große Schäden an der Wasserqualität entstehen. Und was noch viel schlimmer ist: Der geologische Untergrund in Stuttgart kann durch die Pfuscherei am Wasser nachhaltig geschädigt werden. Verschiedene geologische

Gutachter (u.a. der geologische Erstgutachter des Gesamtprojekts) haben inzwischen starke Zweifel zur Standfestigkeit des gesamten Projekts geäußert. Nicht erst seit dem Einsturz des U-Bahntunnels und des Stadtarchivs in Köln wissen wir, was ein Herumfuhrwerken am Grundwassernachsichziehen kann.

### Klima- und Luftverschmutzung

Stuttgart liegt in einem Talkessel und hat schon heute eine der höchsten Feinstaubbelastungen und Luftverschmutzungen in Deutschland. Außerdem leidet die Innenstadt schon jetzt unter der Sommerhitze, dies wird sich im Zuge der Klimaerwärmung noch verstärken.

Das Bahnprojekt Stuttgart 21 hat die Bebauung der Flächen entlang des jetzigen Schienenwegs zur Folge. Dies ist jedoch die einzige, für das Stadtklima sehr wichtige Frischluftschneise. Wird sie zugebaut, heizt sich die Innenstadt im Sommer noch mehr auf. Für bis zu fünfzehn Jahre soll ein großer Teil der Stuttgarter Innenstadt zur „größten Baustelle Europas“ werden. Baulärm, Dreck, Verkehrsbehinderungen und Verspätungen im öffentlichen Nahverkehr gibtes dann noch umsonst dazu.

### Wastun? Wastun!

Doch noch ist das letzte Wort in Sachen Stuttgart nicht gesprochen. Trotz aller Kampagnen der Landesregierung und der DB AG nimmt deren Zahl der Gegner nicht ab, und es kommen wöchentlich weiterhin Zehntausende, um ihren Unmut zum Ausdruck zu bringen. All zu viel ist von den Schlichtungsgesprächen von Heiner Geißler allein jedoch nicht zu erwarten. Vielmehr wird es davon abhängen, ob die derzeitige Unzufriedenheit der Bürger bis zu den Landtagswahlen im März 2011 anhält. Wenn der Widerstand jedoch weitergeht und es nach den Wahlen eine Regierung ohne CDU und FDP geben sollte, werden die Karten noch einmal neu gemischt. Und eine Volksabstimmung über das Projekt, das am Ende des Prozesses stehen könnte, brauchen die Gegner nicht zu fürchten. Es gibt auch schon realistische Alternativen wie den Kopfbahnhof 21. Also gibt es weiter aktiv zu bleiben und vor allem: OBEN BLEIBEN!

## BÜCHERECKE

### Rezension von Hermann Scheers Buch „Der energetische Imperativ“. 100 Prozent jetzt: Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist

#### Helmut Käss

Die sozialen Kosten unserer Energieversorgung sind gewaltig, und sie tauchen nicht in unseren Energie-rechnungen auf. Fossile Energien sind schmutzig, sie produzieren Ressourcenkriege und die extrem schädliche Klimaerwärmung, die laut Untersuchungen ungeheure Kosten zur Reparatur von Schäden und zur Anpassung an diese erforderlich macht. (Dies bei zur Zeit nur 0,7 Grad Celsius Temperaturanstieg, bei „akzeptierten“ 2 Grad Celsius in Zukunft laut Merkel...)

Das „2-Grad-Ziel“ ist eine Kapitulation, DESERTEC ist nur für Afrika geeignet, für Deutschland viel zu langsam, auch das „Supergrid“ ist zu langsam und zu teuer, da die Umstellung zu einer dezentralen Umwelt schneller als zu einer zentralen Energieversorgung geht. Wir müssen uns gegen die Allianz der Auf-schieber durchsetzen. 100% EE-Strom wären schon bis 2020 erreichbar.

Die nukleare Energie fördert die Proliferation, da jeder AKW-Besitzer Atomwaffen herstellen kann, sie setzt uns der ungeheuren Gefahr eines Tschernobyls auch durch Atomterrorismus aus, tötet viele indigene Uranarbeiter durch Strahlenkrebs, lässt uns auf unentsorgtem strahlenden Müll sitzen und tötet nachweislich Kinder schon im Normalbetrieb. Wenn man diese sozialen Kosten fossil wie nuklear einpreist, würde die Kilowattstunde über 50 Cent kosten, teurer als jetzt noch die Solarenergie.

Die Konzerne verlangen außerdem Planwirtschaft, nicht Marktwirtschaft. Das ist absurd. Aber die Energieversorger verstaatlichen bringt nichts, staatliche verhalten sich nicht anders, der Staat muss die Regeln vorgeben. Der CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre muss von 385 ppm auf 350 ppm verringert werden und nicht, wie bei Kopenhagen beabsichtigt, bis 450 ppm akzeptiert werden. (Gut, dass Kopenhagen gescheitert ist.)

Da die Schäden der Klimaerwärmung schon begonnen haben, können wir einer dramatischen Zunahme nur entgehen, wenn wir mit aller Energie und

\* Anmerkung d. Red.: Grad allein ist in der Umgangssprache immernoch üblich. In Anpassung an das SI-System (Système international d'unités – frz. Internationales Einheitensystem) wird für Temperaturdifferenzen K (Kelvin) empfohlen, es darf aber auch Grad Celsius (°C) benutzt werden.

\*\* Anmerkung d. Red.: d.h. parts per million (eng.: Millionstel), 0,385 ‰ = 0,0385%.

schnellstmöglich an einer 100%-Erneuerbare-Energie-Lösung arbeiten.

Dies sagt Hermann Scheer in seinem neuen Buch, „Der energetische Imperativ“. Er legt die vielen Zählungen, die vielen Schwierigkeiten dar, die überwunden werden müssen, wie den politisch-industriellen Komplex. Die Sonne ist eine gigantische Energiespenderin für alle Bedürfnisse des Menschen, wenige Basistechnologien ihrer Nutzung führen zu zahlreichen Ansätzen. Die Einführung der erneuerbaren Energien ist keine Last, sondern bringt volkswirtschaftliche Vorteile.

Das EEG mit seiner ständigen Überarbeitung ist der Schlüssel zur 100%-Lösung, je nach den lokalen Verhältnissen und den Fortschritten der Technik. Scheer sagt, dezentrale Lösungen mobilisieren auch viel mehr kreative Energie. Energie muss in Zukunft überwiegend kommunal verwaltet werden. **Die Energiekosten pro Kopf liegen in Deutschland bei 2300 € pro Jahr, bei der Nutzung erneuerbarer Energien würde die Produktion in der Region erfolgen und auch der Gewinn an Ort und Stelle verbleiben.**

Erschlägt eine „Energieallee“ (die Autobahn) A7 vor, die mit 5-MW-Windkraftwerken bestückt 2,2% der Stromenergie produzieren würde. (Ich schlage den Namen „Hermann-Scheer-Allee“ vor.) Nachfolgend wären Wind- und Solarmodule an geeigneten Autobahnen und Bundesbahnen zu montieren, was deutlich über 15% der deutschen Stromproduktion bringen würde. Das wäre in wenigen Jahren möglich. Weltklimakonferenzen waren fehlorientiert durch ihre Betonung des Minimalprinzips und der Emissionsabgaben. Man muss sie in eine Weltkonferenz für nachhaltige Energieversorgung und Klimaschutz überführen, diese am besten in Form einer jährlichen Sondergeneralversammlung der UN.

EEG und realistische Schadstoffabgaben (Schadstoffabgabe für die geschätzten Schäden als Ersatz für Ökosteuer und Energiesteuern, anfangs etwa in der Höhe der Energiesteuern) für Verbrennungsprodukte und Radioaktivität sind für eine zügige Umstellung erforderlich, und wovon geht und die Technik verbessert und verbilligt, tut viel für die Menschheit. Die vorindustriellen CO<sub>2</sub>-Werte von 350 ppm können binnen 20 Jahren unterschritten werden, durch 100% EE und durch CO<sub>2</sub>-Reduktion über weltweite Aufforstung und kohlenstoffverbesserte Böden. Es gibt mehrere, sehr seriöse 100%-Studien, einschließlich derjenigen im Spektrum der Wissenschaft von 12/09: „Emissionsfrei bis 2030“ als gedankliche Hilfe...

#### **Vier ordnungspolitische Grundsätze:**

- bleibender Vorrang der erneuerbaren Energien,
- Umwandlung einer Energiesteuer zu einer Schadstoffabgabe,
- Vorrang für EE in der Bauleitplanung,
- kommunale Energieversorgung zentral und öffentlich.

Der energetische Imperativ bedeutet: ultimative Beschleunigung.

**Mich freut die Vorstellung, dass Deutschland mit dem EEG einen bedeutenden Anstoß für die**

#### **weltweite Versorgung mit 100% erneuerbarer Energie gemacht hat.**

PS: eine gute Quelle für die EEG-Kosten, die oft falsch gesehen werden, ist diese Studie aus Wuppertal: [http://www.wupperinst.org/uploads/tx\\_wiprojekt/EEG-Foerderung\\_Endbericht.pdf](http://www.wupperinst.org/uploads/tx_wiprojekt/EEG-Foerderung_Endbericht.pdf).

Sehens- und hörens- und wert ist ein Video mit einer Grundsatzrede von Herrmann Scheer vom 30.9.10: [www.rosalux.de/shorturl/power-to-the-people](http://www.rosalux.de/shorturl/power-to-the-people)  
*Scheer, Hermann: Der energetische Imperativ. 100% jetzt: Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist, Antje Kunstmann Verlag München 2010, ISBN 978-3888976834, 19,90 €*

#### **Peak Oil. Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen**

##### **Götz Brandt**

Ende August 2010 kam ein nicht für die Veröffentlichung vorgesehenes Dokument der Bundeswehr in die Presse (Spiegel online). Die Aussagen dieser Studie sind so brisant, dass das Verteidigungsministerium bisher eine Stellungnahme abgelehnt hat.

In der Studie werden die Folgen der unumkehrbaren Rohstoffverknappung bei Erdöl und Erdgas untersucht. Verbindungen zum Klimawandel, dem Peak Oil (Zeitpunkt des größten Umfangs der zur Verfügung stehenden Nahrungsflächen) und der Erschöpfung vieler Metalle und seltener Erden werden in dieser Studie in ihrer kumulativen und verstärkenden Wirkung nicht mit untersucht. Die Studienergebnisse, die sich allein aus dem Peak Oil ergeben, sind für die Entwicklung der Gesellschaft und Wirtschaft katastrophal genug.

##### **Öl wird ein entscheidender Faktor zukünftiger internationaler Beziehungen**

Die Bedeutung der Ölförderländer wächst. 95% aller industriell gefertigten Produkte hängen heute von der Verfügbarkeit von Erdöl ab. Russland wird zukünftig 40% unseres Ölbedarfs decken. Aus Gründen der Energiesicherheit müsste Deutschland den Wünschen Russlands nach Engagement auf dem europäischen Markt entgegenkommen.

Die verstärkte Konkurrenz der Ölimporteure um die Gunst der Förderländer kann zu einer wirtschaftlichen und politischen Aufwertung dieser Länder führen. Es können neue globale Führungsmächte entstehen.

##### **Der bei Verknappung zu erwartende Ölschock**

Es wird zukünftig kein billiges Erdöl mehr geben. Eine starke Verteuerung des Erdöls stellt ein syste-

misches Risiko dar. Alle erdölbasierten Produkte werden sich verteuern, der Transport großer Warenmengen über lange Entfernungen wird infrage gestellt. Die Ölkonzerne erhalten durch steigende Gewinnein noch größeres politisches Gewicht. Nur wer Öl hat, kann seine Wirtschaft so weiterbetreiben wie bisher. Der Ölmarkt wird bei Verknappung nicht mehr den freien marktwirtschaftlichen Gesetzen folgen. Es wird zukünftig keinen Weltölmarkt mehr geben. Bilaterale Staatsverträge als privilegierte Partnerschaften werden den Markt ersetzen. Politische und wirtschaftliche Zugeständnisse an die Förderländer werden Vertragsbestandteil. Politische Forderungen nach Schutz der Menschenrechte, guter Regierungsführung und demokratischer Entwicklung werden als wertorientierte Außenpolitik keine Rolle mehr spielen. Viele Länder werden versuchen, Atomkraftwerke zu bauen, um die Energiesicherheit zu gewährleisten, aber Uran ist ebenfalls ein endlicher Rohstoff und wird möglicherweise nur noch 40 Jahre zur Verfügung stehen. Auch die Gewinnung von Ölersatzstoffen aus Biomasse findet eine Grenze wegen der zu sichernden Nahrungsmittelversorgung.

Für die hochentwickelten Industriestaaten, die die unbedingte Deckung ihres Ölbedarfs im Vordergrund sehen, wird die Gewinnerwirtschaftung zweitrangig werden. Privates Kapital wird dann für Investitionen nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Ölinfrastrukturen mit ihren Pipelines werden zu einem schwer zu schützenden Risiko, denn dort kann mit geringem Aufwand großer Schaden angerichtet werden.

### Übergang zu postfossilen Gesellschaften führt zu ökonomischen und politischen Krisen

Eine infolge von Erdölmangel entstehende Mobilitätskrise führt in eine Wirtschaftskrise. Während Individualverkehr möglicherweise auf öffentlichen elektrischen Fahrbetrieb und bei individueller Mobilität auf Elektroautos umgestellt werden kann, ist das beim LKW-Verkehr absehbar nicht möglich. Alles muss auf die Schiene.

Importierte Nahrungsmittel werden sich durch den erhöhten Ölpreis dauerhaft im Preis erhöhen. Die Ernteerträge hängen ebenfalls vom Erdöl ab (Maschineneinsatz, ölbasierte Düngemittel und Chemikalien). Tendenzuell werden die Erträge sinken.

Fast alle Wirtschaftszweige stehen vor der Herausforderung, ihre Branche grundlegend neu auszurichten, insbesondere die Automobilindustrie und die Chemieindustrie.

Die individuellen Lebensumstände der Bevölkerung werden sich verschlechtern, eine staatliche Rationierung und Zuteilung wichtiger Güter und die Aufstellung von Produktionsplänen werden marktwirtschaftliche Mechanismen ersetzen. Der Wohlstandsabbau wird zu einer Vertrauenskrise führen, zentralistische und autoritäre Maßnahmen können als allgemeine Systemkrise begriffen werden und den Boden für ideologische extremistische Alternativen bereiten. Die Folge wird politische Instabilität sein.

### Globale Kettenreaktionen

Deutschland zählt zu den Ländern mit dem höchsten Globalisierungsgrad und hat dadurch auch große Anpassungsprobleme an die sich neu entwickelnde Wirtschaftssituation mit teurem und wenigem Erdöl. Jeder Staat wird sich zuerst auf die Lösung der eigenen Probleme konzentrieren. Hilfeleistungen jedweder Art für andere Staaten werden unterlassen oder stark reduziert. Die internationalen Organisationen und NGO werden dadurch in ihrer Wirksamkeit stark eingeschränkt.

Das Wachstum der Weltwirtschaft wird zum Stillstand kommen. Kurzfristig reagiert die Weltwirtschaft proportional zum Rückgang des Ölangebots. Es kann der Punkt erreicht werden, der das destabilisierte Weltwirtschaftssystem in eine chaotische Phase treibt. Es wird nicht mehr investiert, weil die Unternehmen kaum noch Gewinne machen. Das Bankensystem, die Börsen und die Finanzmärkte werden zusammenbrechen. Die Banken verlieren ihre Geschäftsgrundlage, weil sie ihre Einlagen nicht mehr verzinsen können und keine kreditwürdigen Unternehmen mehr finden. Der Glaube an die werterhaltende Funktion des Geldes geht verloren, es kommt zu einer Hyperinflation, zu Schwarzmärkten und zur Tauschwirtschaft auf lokalem Level. Wertschöpfungsketten werden zusammenbrechen. International mögliche Folgen dieser Entwicklung können sein: Massenarbeitslosigkeit, Staatsbankrotte, Zusammenbruch kritischer Infrastrukturen und Hungersnöte. Auch Deutschland hat ein hohes systemisches Risiko.

### Peak Oil für die Streitkräfte

Alle Fahrzeuge und Flugzeuge brauchen Sprit und nicht wenig, denn der spezifische Verbrauch ist hoch. Ohne Erdöl gibt es keine schnellen Operationen hochmobiler Kräfte. Ersatzlösungen wie z.B. die Verflüssigung von Kohle oder Erdgas sind mit erheblichen wirtschaftlichen Anstrengungen verbunden. Kohle wird zu einem wichtigen strategischen Rohstoff, dessen nationale Nutzung im Vordergrund steht. Die Bundeswehr legt größere strategische Erdölreserven an. Langfristig ist ein Umstieg auf erneuerbare Energien auch bei der Bundeswehr notwendig.

### Fazit

Die Transformation zu postfossilen Gesellschaften hängt in besonderem Maße von der Verfügbarkeit nichtfossiler Technologien ab. Insbesondere die Abhängigkeit der Mobilität vom Öl muss schnell verringert werden. Partielle oder komplette Zusammenbrüche von Wirtschaftskreisläufen führen zur Unterversorgung, humanitären Notlagen und mit hoher Wahrscheinlichkeit länderübergreifend zu schweren politischen Verwerfungen. Der Faktor Zeit kann für



den Erfolg der Transformation zu postfossilen Gesellschaften entscheidend sein.

Soweit Gedanken aus der Studie, die für jeden LINKEN lesenswert ist. Hier wird in klarer verständlicher Sprache Herrschaftswissen preisgegeben. Den Peak Oil verortet die Studie auf das Jahr 2010. Wir haben also nur noch etwa 10 Jahre Zeit zum energischen Umsteuern.

Und was macht die Regierung? Sie fördert die Auslaufmodelle Kohle und Atom um des Profits der mächtigen Konzerne willen. Eine Politik, die nach Meinung der Studie ins Wirtschaftschaos führt. Um so wichtiger ist die Politik der LINKEN zum Ablösen der Kapitalmacht durch Enteignung der großen Konzerne und Banken und die Eroberung der politischen Macht, um die Wirtschaft umzubauen.

*Zentrum für Transformation der Bundeswehr, Dezer-nat Zukunftsanalyse: Streitkräfte, Fähigkeiten und Technologien im 21. Jahrhundert – Umweltdimensi-onen von Sicherheit – Teilstudie 1: PEAK OIL. Si-cherheitspolitische Implikationen knapper Ressour-cen, Strausberg Juli 2010, Download: [http://peak-oil.com/download/Peak Oil.Sicherheitspolitische Imp-likationen knapper Ressourcen 11082010.pdf](http://peak-oil.com/download/Peak%20Oil.Sicherheitspolitische%20Implikationen%20knapper%20Ressourcen%2011082010.pdf)*

## Buchempfehlungen

### Zusammenstellung von Marko Ferst

#### **Arved Fuchs, Claudia Kempfert, Dirk Notz, Stefan Rahmstorf, Rüdiger Wolfrum, Olav Hohmeyer Blickpunkt Klimawandel**

Seit 30 Jahren ist Arved Fuchs in der Arktis und An-arktisch mit seinen Expeditionen unterwegs und wurde dort ständig mit den Auswirkungen des Klimawandels konfrontiert. Auch in seinen zahlreichen Büchern, Vorträgen und Zeitungsberichten ist der Klimawandel seit langem ein wichtiges Thema. Zahlreiche renommierte Wissenschaftler liefern den nötigen Unterbau (Meteorologie, Wirtschaft, Rechtsauswirkungen), dervon Arved Fuchs' persönlichen Eindrücken aus den Expeditionen als roten Faden kommentiert und verbunden wird. Das Buch enthält Beiträge von Olav Hohmeyer, Claudia Kempfert, Dirk Notz, Stefan Rahmstorf, Rüdiger Wolfrum.

*Delius Klasing Verlag, 2010, 240 S., ISBN 978-3768831314, 18 €*

#### **Harald Welzer Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird**

Die Klimakriege haben schon begonnen. Die Folgen des Klimawandels haben tiefgreifende Auswirkungen auf die globalen Lebensbedingungen und Kulturen. Überlebensräume schwinden, und damit entstehen Gewaltkonflikte, Bürgerkriege, gewaltige Flüchtlingsströme. Bestehende Gerechtigkeitslücken werden tiefer, nicht nur zwischen Nord und Süd, sondern

auch zwischen den Generationen, was erheblichen sozialen Sprengstoff birgt. Der Klimawandel ist nicht nur ein globales Phänomen, sondern auch eines von unabsehbarer Dauer; er stellt die menschlichen Gesellschaften und ihre Institutionen vor ganz neue Herausforderungen. Aus den Völkermorden des 20. Jahrhunderts ist bekannt, wie schnell Menschen soziale Fragen mit radikalen und tödlichen Lösungen beantworten.

Harald Welzer beschreibt die Linien der Gewalt im 21. Jahrhundert: Konflikte um Ressourcen, Kriege gegen eigene Bevölkerungen, Wellen von Klimaflüchtlingen und Terrorismus. Er macht klar, dass der Klimawandel die Gesellschaften vor ganz neue Fragen von Sicherheit, Verantwortung und Gerechtigkeit stellt. Und es wird beunruhigend deutlich, was die Dimension der Aufgabe ist und wie wenig zu ihrer Bewältigung geschieht. Harald Welzer, geboren 1958, ist Direktor des Center for Interdisciplinary Memory Research am Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen und Forschungsprofessor für Sozialpsychologie an der Universität Witten/Herdecke.  
*Fischer, Frankfurt, 2. Aufl. 2010, 335 S., ISBN 978-3596178636, 9,95 €*

#### **Sascha Adamek, Kim Otto Dergekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben**

Sie schreiben Gesetze, sitzen in Ministerien, bezahlen Konzerne. Früher nannte man das Korruption. Die Recherchen der Autoren veranlassten den Bundesrechnungshof, ihre Prüfer erstmals in alle Bundesministerien zu schicken, und die Bundesregierung, neue Verwaltungsvorschriften zu erlassen. Mehr als Hundert Vertreter deutscher Großkonzerne haben in Bundesministerien eigene Schreibtische bezogen. Bezahlt werden sie von den Unternehmen. Sie arbeiten an Gesetzen mit und sind politisch immer am Ball. Die Unabhängigkeit staatlicher Entscheidungen ist in Gefahr - und damit die Demokratie selbst. Mehrere umweltbezogene Themen werden im Band behandelt. Die Korruption im Energiebereich wird detailliert beschrieben. Auf EU-Ebene wird aufgezeigt, wie die Chemikalien-Richtlinie aufgeweicht wurde. Das Fluglärmsgesetz formulierten sich die Flughafenbetreiber selbst. Ebenfalls aufgeschlüsselt wird das Abenteuer LKW-Maut.  
*Kiepenheuer & Witsch Verlag, 2009, 336 S., ISBN 978-3462040999, 8,95 €*

#### **Stephan Kaufmann, Tadzio Müller Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums**

(Reihe: einundzwanzig der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd.2. Mit einem Beitrag von Victor Wallis zur Agenda des grünen Kapitalismus in den USA)  
Gegenwärtig scheint nur ein Projekt kapitalistischer Krisenbewältigung langfristig hegemoniefähig zu sein, das die dafür nötigen Ressourcen, Akkumulationsdynamiken und Konsenspotenziale hervorbringt.

gen könnte: ein Green New Deal, eine Periode eines grünen Kapitalismus. Es gilt, von links Positionen zu entwickeln, die auf die Widersprüche eines solchen Herrschaftsprojekts verweisen und interventionsfähig sind. Zugleich soll eine radikale Realpolitik auf eine sozialistische, sozial-ökologische Transformation ausgerichtet werden. Noch sind wir in einer relativ offenen geschichtlichen Situation. Die Auseinandersetzung über die Wege nach der Krise ist noch nicht entschieden.

Die vorliegende empirische Studie untersucht die materielle Realität bisheriger Politiken ökologischer Modernisierung. Sie zeigt die strategischen Konzepte der unterschiedlichen Kräfte eines grünen Kapitalismus und entwickelt eine Kritik des kapitalistischen Green New Deals. Es werden Perspektiven der Klimagerechtigkeit und der solidarischen Transformation bis hin zu einer möglicherweise notwendigen „Schrumpfungsökonomie“ diskutiert.

*Dietz, Berlin, 2009, 269 S., ISBN 978-3320022112, 269 Seiten, 19,90 €*

### **DIE LINKE im Bundestag**

#### **Besser verkehren. Verkehrspolitisches Zirkular, Ausgaben 1-3**

Diese Veröffentlichung, die drei bis vier Mal im Jahr erscheinen soll, dokumentiert in erster Linie die verkehrspolitische Arbeit der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, die von den Büros der drei MdB Sabine Leidig, Herbert Behrens und Thomas Lutze getragen wird.

*Ausgabe 1, Frühjahr 2010, 49 S.; Ausgabe 2, Sommer 2010, 65 S.; Ausgabe 3, Sommer 2010, 44 S.: [http://www.sabine-leidig.de/Besser\\_verkehren/\\_Verkehrspolitisches\\_Zirkular/](http://www.sabine-leidig.de/Besser_verkehren/_Verkehrspolitisches_Zirkular/)*

### **Peak Soil**

#### **Götz Brandt**

Das ist kein Druckfehler. Es handelt sich nicht um den Peak Oil, das Fördermaximum von Erdöl, das wir nach Auffassung vieler Fachleute bereits überschritten haben. Hier geht es um „soil“, englisch, „Boden“. Der US-amerikanische Geowissenschaftler David R. Montgomery hat ein Buch über den Ackerboden geschrieben, unsere Nahrungsgrundlage. Der Vorrat an Boden geht langsam, aber sicher zur Neige. Weltweit wurden seit 1860 etwa 800 Mio. ha Neuland urbar gemacht und der landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt. Aber es gibt kaum noch Boden, der nicht genutzt wird. Der „Peak Soil“ wurde in den 1980er Jahren erreicht. Die Nahrungsflächen auf der Welt sind rückläufig. Ebenso wie die Klimaerwärmung schreitet die Bodenerosion ganz langsam, selbst für Bauern, die den Acker beobachten, während ihres Lebens nicht wahrnehmbar, voran. Sowohl bei der Klimaerwärmung als auch beim Boden

gilt, die kommende Hitzeperiode ist irreversibel und der abgetragene Boden ist für immer verloren. Das sind für die Ernährungssicherheit der weiter wachsenden Weltbevölkerung keine guten Nachrichten. Boden bildet sich nur sehr langsam. Etwa ein bis zweieinhalb Zentimeter Mächtigkeit zunahme je Jahrhundert. Der steinige Untergrund wird zersetzt. Die nachschaffende Kraft des Bodens ist nicht so hoch, dass eine industrialisierte Landwirtschaft moderner Prägung über menschliche Zeiträume hinweg möglichst. Boden ist für die Menschheit eine strategische Ressource, wird aber vom Kapital als billige Industrieprodukt behandelt. Das ist die Einschätzung von Montgomery auf Grund von Studien in vielen Ländern.

Nicht nur der Boden wird langsam abgetragen, auch die Bodenfruchtbarkeit lässt langsam nach. In der EU haben 45% der Böden einen kritisch einzustufenden Humusgehalt von weniger als 2%.

Die Kolonialmächte erschlossen Land in den Kolonien, um den Bedarf an Nahrungsmitteln zu befriedigen. Die auf den europäischen Markt strömenden Nahrungs- und Genussmittel zehrten die Bodenfruchtbarkeit entfernter Kontinente auf. Die Großplantagen mit Monokulturen für Exportprodukte in Übersee führten zu einem raschen Absinken der Bodenfruchtbarkeit. Zukunftsfähig ist nur die biologische Landwirtschaft. Das ganze Jahr über muss der Boden mit verschiedenen Kulturen bedeckt oder gemulcht sein, damit er vor den erosiven Niederschlägen geschützt wird. Zukünftig wird das auch in Europa zu einem Problem, denn zunehmende Starkregen werden dem Boden zusetzen. Wenn wir verhindern wollen, dass das Angebot an Nahrungsmitteln zukünftig rapide sinkt, dann muss die Landwirtschaft einer radikalen Umstrukturierung unterzogen werden.

Boden lässt sich nicht in für Menschen relevanten Zeiträumen ersetzen. Dies ist für die Menschheit unersetzliche und unentbehrliche Ressource erneuert sich nur im Schnecken tempo. Notwendig sind deshalb die Entglobalisierung der Landwirtschaft und eine Entwicklung hin zu kleinen regionalen Märkten, auf denen lokal produzierte Güter angeboten werden. Wenn wir die Lebensdauer unserer heutigen Zivilisation verlängern wollen, dann ist ein Umbau unserer Landwirtschaft zwingend erforderlich.

Marx hatte recht mit seiner Einschätzung: „Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist ist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit.“

*David R. Montgomery: Dirt: The Erosion of Civilisations, University of California Press, 2007, ISBN 978-0520248700*

*Deutsche Übersetzung: „Dreck. Warum unsere Zivilisation den Boden unter den Füßen verliert“, oekom verlag München, 2010, 347 S., ISBN 978-3865119742, 24,90 €*

## Inhaltsverzeichnis

INEIGENERSACHE	1
Einladung zur Tagung „Nachhaltige Schrumpfung der Wirtschaft bei einem sozial-ökologischen Umbau der Eigentumsverhältnisse und Produktivkräfte“ am 12.03.2011	1
Sitzung des Koordinierungsrats der Ökologischen Plattform am 11.12.2010	1
PROGRAMMDISKUSSION	1
Ökologie im Programm entwurf	1
Ökologische Plattform Nordrhein-Westfalen	1
Zum Programm entwurf der LINKEN. Ein Diskussionsbeitrag der „Initiative Ökosozialismus“	5
Bruno Kern	
GRUNDSATZFRAGEN UND PERSPEKTIVEN	8
Wasserdaseigentlich heißen: „Natur“?	8
Friedrich W. Sixel	
Ökosozialismus oder Weltgemeinschaftsordnung? Zur Kasseler Erklärung der Bildungsgemeinschaft SALZe.V.	12
Werner Grundmann	
Thesen zur Wachstumsfrage	13
Sprecherrat der Ökologischen Plattform	
Wachstum über alles? Nein Danke!	16
Wolfgang Huste	
EUROPA- und BUNDESPOLITIK	17
Damit Lebensmittel Farbe bekennen	17
Sabine Wils	
100000 in Berlin. Es hat erst angefangen - jetzt weiter für die Vergesellschaftung der Energieversorgung!	19
Gilbert Siegler	
AUSDENLÄNDERN	20
Referat auf der 2. Tagung des 2. Landesparteitags des Landesverbands Hamburg am 20.11.2010	20
Gilbert Siegler	
LINKE gegen Kohlekraftwerke Krefeld-Uerdingen und Lünen	25
Pressemitteilung der Landtagsfraktion DIE LINKE NRW und der Ökologischen Plattform DIE LINKE NRW	
Bericht von der Jahreshauptversammlung der ÖPF NRW	26
Ralf Henrichs	
Der Juchtenkäfer (Osmoderma eremita) im Kampf gegen Macht und Kapital	27
Lothar Keller	
BÜCHERECKE	28
Rezension von Hermann Scheers Buch „Der energetische Imperativ“. 100 Prozent jetzt: Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist	28
Helmut Käss	
Peak Oil. Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen	29
Götz Brandt	
Buchempfehlungen	31
Zusammenstellung Marko Ferst	
Peak Soil	32
Götz Brandt	

## Autorenangaben

Brandt, Götz: Sprecherrat der Ökologischen Plattform  
 Helmut Käss: Koordinierungsrat der Ökologischen Plattform Bund  
 Henrichs, Ralf: Sprecherrat der Ökologischen Plattform Bund, Koordinierungsrat der Ökologischen Plattform Nordrhein-Westfalen  
 Huste, Wolfgang: Pressesprecher der Ökologischen Plattform Rheinland-Pfalz  
 Siegler, Gilbert: LAG Umwelt, Energie, Verkehr Hamburg  
 Wils, Sabine: Europaabgeordnete der LINKEN in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL, Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen)

## Abbildungen

Titel: „Lieber links aktiv als radioaktiv“. Schnappschuss von der Anti-Atom-Demonstration in Gorleben am 06.11.2010 von G. Franke, Berlin  
 S.4 und 20: G. Franke, Berlin  
 S.27: Urheber Siga, Genehmigung: public domain, gemeinfreie Lizenz (aus Wikipedia)

## Impressum



Kontakt:  
 Ökologische Plattform, Kleine Alexanderstr. 28,  
 10178 Berlin, oekoplattform@die-linke.de,  
 www.oekologische-plattform.de  
 Die ÖPF ist ein anerkannter Zusammenschluss der LINKEN und arbeitet als bundesweite Arbeitsgemeinschaft.

Herausgeber:  
 Sprecherrat der Ökologischen Plattform

Redaktion:  
 zeitschrift-oekoplattform@web.de  
 (ausschließlich für Veröffentlichungen)

Redaktionsschluss: 01.12.2010  
 Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden.  
 Übereine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat.  
 Veröffentlichte Beiträge, auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Beiträge ohne Quellenangabe stammen von den Autoren, Beiträge ohne Autorenangaben in der Rubrik INEIGENERSACHE von der Redaktion.  
 geplanter Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15.02.2011  
 Elektronische Fassungen dieser und älterer Ausgaben sind unter www.oekologische-plattform.de bzw. www.die-linke.de verfügbar.

Bestellung/Adressänderung:  
 kontakt-oekoplattform@web.de

Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF:  
 Volksbank Berlin, BLZ 10090000, Konto 5000600000,  
 VWZ Ökologische Plattform

## Kontaktadressen

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei Adressen/  
Abonnement der Tarantel über kontakt-oeko-plattform@web.de.

### Bundesebene

#### Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, www.oekologische-plattform.de, oeko-plattform@die-linke.de  
Manfred Wolf, Tel. 030 241 1127, manfred.wolf@berlin.gmx.de  
Petra Beck, pcbe@gmx.net  
Götz Brandt, Prof. Goetz Brandt@t-online.de  
Mailverteiler (Newsletter):  
Anmeldung unter kontakt-oeko-plattform@web.de  
Pressekontakt: presse-oeko-plattform@web.de

#### BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Prof. Dr. Wolfgang Methling (Sprecher), Lennestr. 1, 19053 Schwerin, w.methling@dielinke.landtag-mv.de  
Uwe Fiedler (Koordination), Auf der Kugel 15, 58093 Hagen, hageneruwe@googlemail.com

#### Bundestag

Eva Bulling-Schröter (Vorsitzende Umweltausschuss), Tel. 030 227 72485, Fax 030 227 76485, eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de  
Dorothee Menzner (energiepolitische Sprecherin), Tel. 030 227-73167, Fax 030 227-76166, dorothee.menzner@bundestag.de  
Ralph Lenkert (umweltpolitischer Sprecher), Tel. 030 227-72638, Fax 030 227-76638, ralph.lenkert@bundestag.de  
Sabine Stüber (Naturschutz, Biodiversität, Lärmschutz), Tel. 030 227-72138, Fax 030 227-76138, sabine.stueber@bundestag.de

#### Landesebene

**Baden-Württemberg** Ökologische Plattform  
Heinrich Dubell, Heggbacher Str. 41, 88477 Schönbühl, hg.dubell@online.de

#### Bayern

LAG Umwelt  
Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt, Tel. 0841 3796284, Fax 0841 8814230, eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de; Marianne Selke, marianne-selke@t-online.de

#### Berlin

LAG Umwelt  
Marion Platta (MdA, umweltpolitische Sprecherin), Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 030 23252550, Fax 030 23252515, platta@linksfraktion-berlin.de

#### Brandenburg

LAG Umwelt  
Norbert Wilke (Sprecher), Großbeerenstr. 7, 14482 Potsdam, Tel. 0152 02875749, norbert.wilke@dielinke-brandenburg.de  
Carolin Steinmetzer-Mann (MdL, umweltpolitische Sprecherin), Am Havelblick 8, 14473 Potsdam, carolin.steinmetzer@dielinke-fraktion.brandenburg.de

#### Bremen

Klaus-Rainer Rupp (Mitglied Bürgerschaft, umweltspezifischer Sprecher), Tiefer 8, 28195 Bremen, klaus-rainer.rupp@linksfraktion-bremen.de

#### Hamburg

AG Umwelt, Energie, Verkehr  
Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg, g.siegler@web.de  
Dora Heyenn (Mitglied Bürgerschaft, umweltspezifische Sprecherin), Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg, dora.heyenn.ma1@linksfraktion-hamburg.de

#### Hessen

ÖPF Hessen  
Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg, Tel. 06421 163873, hajo.zeller@web.de  
Marjana Schott (MdL, umwelt- und landwirtschaftspolitische Sprecherin), Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, m.schott@ltg.hessen.de

#### Mecklenburg-Vorpommern

Wolfgang Griese (MdL, energie- und umweltspezifischer Sprecher), Lennestr. 1, 19053 Schwerin, w.griese@dielinke.landtag-mv.de

Birgit Schwebs (MdL, finanz- und verkehrspolitische Sprecherin), Lennestr. 1, 19053 Schwerin, Tel. 0382 0363519, b.schwebs@dielinke.landtag-mv.de

#### Niedersachsen

ÖPF Niedersachsen  
Heinz Preuß (ÖPF Niedersachsen, Koordinierungsrat ÖPF Bund), Sedanstr. 6, 31787 Hameln, Tel. 0515 1409481, Hpborusso@aol.com  
Rolf Köhne, Mispelweg 6, 30419 Hannover, rolf.koehne@arcor.de  
Kurt Herzog (MdL, umweltspezifischer Sprecher), Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover, kurt.herzog@lt.niedersachsen.de

#### Nordrhein-Westfalen

ÖPF Nordrhein-Westfalen  
www.oepf-nrw.de  
Ralf Henrichs, Kellermannstr. 13, 48149 Münster, Tel. 0151 18479447, ralfhenrichs@gmx.de  
Jörg Bütefür, Spittlerstr. 24, 45144 Essen, joerg.buetefuer@gmx.de

#### Rheinland-Pfalz

LAG ÖPF Rheinland-Pfalz  
www.oepf-rlp.de  
Marion Morassi, Walporzheimer Str. 5, 53474 Ahrweiler, marion-morassi@t-online.de  
Wolfgang Huste, whuste@aol.com

#### Saarland

Dagmar Ensch-Engel (MdL, umwelt- und tierschutzpolitische Sprecherin), Franz-Josef-Röder-Straße 7, 66119 Saarbrücken, dagmar.ensch-engel@dielinke-saar.de

#### Sachsen

ADELE-ÖPF Sachsen  
Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 03589 135290, an-sa-kunze@t-online.de  
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341 9424882, micha.lauter@web.de  
Dr. Reinhard Natke (Koordinierungsrat ÖPF Bund), Mosenstr. 6, 01309 Dresden, Tel. 0174 98484127, drnatke@web.de  
Dr. Jana Pinka (MdL, umwelt- und technologiepolitische Sprecherin), Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden, jana.pinka@slt.sachsen.de,  
Dr. Monika Runge (MdL, energie- und klimaschutzpolitische Sprecherin), Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden, monika.runge@slt.sachsen.de

#### Sachsen-Anhalt

AG Umwelt Sachsen-Anhalt  
Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle, Tel. 0345 29418-63, Fax 0345 29418-64  
Angelika Hunger (MdL, Sprecherin Verbraucherschutz und Energiepolitik), Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg, angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de  
Andre Lüderitz (MdL, Sprecher Umweltschutzpolitik), Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg, andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

#### Schleswig-Holstein

ÖPF Schleswig-Holstein  
Silke Mahrt, Amselweg 7, 23843 Bad Oldesloe, silke.mahrt@web.de  
Dettmer Grünefeld, Bendixenweg 6, 24975 Ausackerholz, Flensburg, Tel. 0463 3966624, dettmergruenefeld@hotmail.com

#### Thüringen

ÖPF Thüringen  
oekosozialisten.de  
Dr. Johanna Scheringer-Wright, johanna@scheringer.de  
Thomas Pätzold, webmaster@oekosozialisten.de  
Tilo Kummer (MdL, landwirtschaftspolitischer Sprecher), Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, Tel. 0361 3772317, kummer@die-linke-thl.de  
Katja Wolf (MdL, umweltspezifische Sprecherin), Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, wolf@die-linke-thl.de

#### linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur Neues Deutschland), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, s.schmidt@nd-online.de, www.neues-deutschland.de/rubrik/umwelt  
Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. 030 44339147, www.grueneliga-berlin.de/raberalf